



Brasilien: Das Schweigen brechen –

**Leiden der Frauen
unter urbaner Gewalt**

**Stoppt die Gewalt
gegen Frauen**

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Impressum

Brasilien: Das Schweigen brechen – Leiden der Frauen unter urbaner Gewalt

1)

AMNESTY INTERNATIONAL (ai) ist eine weltweite Bewegung mit 2,2 Millionen Mitgliedern und Unterstützer/innen in über 150 Ländern und Regionen, die sich für ein Ende schwerer Menschenrechtsverletzungen einsetzen.

Wir haben die Vision, dass alle Menschen die Rechte genießen können, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEdMR) und anderen internationalen Menschenrechtsstandards festgehalten sind.

Wir arbeiten unabhängig von Regierungen, politischen Ideologien, ökonomischen Interessen oder Religionen und finanzieren uns fast ausschliesslich über Mitgliedsbeiträge und öffentliche Spenden.

Übersetzung² der Brasilien-Koordinationsgruppe der deutschen Sektion von Amnesty International (ai)

AMNESTY INTERNATIONAL, Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.
D-53.108 Bonn, NW

Fax 0049 (228) 630 036, i: <http://www.amnesty.de>
Tel 0049 (228) 420248-0, e: info@amnesty.de

AMNESTY INTERNATIONAL, Österreichische Sektion
Moeringgasse 10, A-1150 Wien

Fax 0043 (1) 78008-44, i: <http://www.amnesty.at>, i: <http://www.amnesty.at/brasilien-netzwerk>
Tel 0043 (1) 78008-0, e: info@amnesty.at

AMNESTY INTERNATIONAL, Schweizer Sektion
Speichergasse 33, CH-3011 Bern

Fax 0041 (31) 30722-33, i: <http://www.amnesty.ch>
Tel 0041 (31) 30722-0, e: info@amnesty.ch

© Amnesty International, Köln, April 2008

Verbindlich ist der englische Originaltext: (ai-Index: AMR 19/001/2008, ISBN 978-0-86210-432-0)

Brazil: Picking up the Pieces - Women's Experience of Urban Violence

published by:

AMNESTY INTERNATIONAL (AI), International Secretariat (IS)
Peter Benenson House, 1 Easton Street, Clerkenwell
London WC1X 0DW, England, United Kingdom

Fax 0044 (20) 7956 1157, i: <http://www.amnesty.org>
Tel 0044 (20) 7413 5500, e: amnestyis@amnesty.org

© Amnesty International Publications, London, April 2008

Alle Rechte vorbehalten. Diese Veröffentlichung unterliegt dem Urheberrecht (Copyright).

Vervielfältigungen zur Verwendung bei Kampagnenarbeit und zu Lehrzwecken sind bei Quellenangabe möglich, nicht jedoch zum Zwecke des Weiterverkaufs. Belegexemplare werden erbeten an:

AMNESTY INTERNATIONAL, Brasilien-Koordinationsgruppe (ai-2119 BR)
D-53.108 Bonn, NW

e: brasilienkogruppe@googlemail.com

Für Vervielfältigungen zu anderen Zwecken, für die Wiederverwendung in anderen Veröffentlichungen sowie für Übersetzungen und Bearbeitungen des Textes ist die schriftliche Genehmigung durch die Herausgeber einzuholen und eventuell nach Absprache eine Gebühr zu entrichten.

Titelbild:

Eine Frau trägt ihr Baby an einem Polizisten vorbei,
der in der *Favela Rocinha* während einer Razzia in Rio de Janeiro patrouilliert.

© Bruno Domingos / Reuters, Mo.31.Okt.2005

Oktober 2005.

ai-Adam-id-21566

¹⁾ Um ihre Privatsphäre zu wahren und ihre Sicherheit nicht zu gefährden, wurden die Namen der in diesem Bericht genannten Frauen geändert.

²⁾ [Übersetzungen] sind in eckige Klammern gesetzt.

Brazil: Picking up the Pieces – Women's Experience of Urban Violence³

Der englische Originaltext ist zum Abruf (Runterladen, Download) erhältlich unter:

<http://www.amnesty.org>

printed by:

AMNESTY INTERNATIONAL, International Secretariat
1 Easton Street, Clerkenwell, London WC1X 0DW, United Kingdom

Brasil: Por trás do Silêncio – experiências das mulheres com a violência urbana⁴

Die portugiesische Übersetzung ist zum Abruf (Runterladen, Download) erhältlich unter:

<http://www.mediamax.com/ithelp/Links/4AD4DE599B>

Brasilien: Das Schweigen brechen – Leiden der Frauen unter urbaner Gewalt

Die deutsche Übersetzung ist zum Abruf (Runterladen, Download) erhältlich unter:

<http://www.ai-brasilienkogruppe.de> bzw. <http://www.amnesty-brasilien.de>

gedruckt von:

AMNESTY INTERNATIONAL, Brasilien-Koordinationsgruppe (ai-2119 BR)
D-53.108 Bonn, NW

Bei Internet-Verbindungen (Links) zu Seiten anderer Organisationen und Einrichtungen gilt, dass die dortigen Inhalte nicht unbedingt den Ansichten von AMNESTY INTERNATIONAL entsprechen. Internet-Verbindungen (Links) zu Behörden-Seiten sind rein informativ.

ai-Adam-id-7781

© Kita Pedroza / Viva Favela, 2005



⁵ Blick von der *Favela Rocinha*, einer der grössten *Favelas* in Brasilien, auf *São Conrado*, eines der wohlhabendsten Stadtviertel von Rio de Janeiro-RJ.

³) „Picking up the Pieces“ heisst wörtlich „die Scherben aufsammeln“ oder „die Trümmer einsammeln“.

⁴) „Por trás do silêncio“ heisst wörtlich „jenseits des Schweigens“.

⁵) Die *Favela Rocinha* liegt auf dem Gebiet des Stadtteils *Gávea* in der Talmulde zwischen links dem 533 m hohen *Pedra Dois Irmãos* [Zwei-Brüder-Felsen] und rechts dem 718 m hohen *Morro do Cochrane* [Cochrane-Hügel] unweit der feinen Badestrand-Stadtteile *Leblon* und *São Conrado* von Rio de Janeiro-RJ. Im Hintergrund liegen der 828 m hohe *Pedra da Gávea* [Gávea-Felsen] und die Atlantikküste

Inhalt

Impressum.....	2
Inhalt.....	4
Kapitel 1: Einleitung.....	5
Das „Maria da Penha“-Gesetz.....	7
Die angemessene Sorgfalt.....	7
Kapitel 2: Führend im Kampf für Gerechtigkeit.....	8
Der Schutz von Menschenrechtsverteidigern.....	13
Kapitel 3: Die Frauen und das Verbrechen.....	14
Das Leben ohne Schutz.....	15
Die Frauen und der Drogenhandel.....	20
Kapitel 4: Die Frauen und das Strafrechtssystem.....	23
Die Frauen und die Polizei.....	25
Die Strafverfolgung und die Anwendung von Gewalt und Schusswaffen.....	27
Die Frauen in Haft.....	28
Die Frauenpolizeiwachen.....	32
Kapitel 5: Der Zugang zu staatlichen Dienstleistungen.....	34
Der Zugang zur Gesundheitsversorgung.....	35
Das Recht auf Gesundheit.....	38
Die Kinderbetreuung und die Bildung.....	39
Das Recht auf Bildung im Völkerrecht.....	39
Der Zugang zu Wohnraum.....	40
Kapitel 6: Die gute Praxis und der Weg vorwärts.....	42
Das National-Programm für öffentliche Sicherheit mit Bürgerrechten (PRONASCI).....	44
Das „Maria da Penha“-Gesetz.....	44
Kapitel 7: Die Schlussfolgerung und die Empfehlungen.....	47
Die Mitmach-Aktionen.....	49
Die Geographie und die Statistik.....	50

ai-Adam-id-11572



© Genna Naccache, 2005

Rocinha ist eine gigantische *Favela*, die sich entlang der steilen Berghänge des Küstengebirges zwischen den Stadtteilen *São Conrado* und *Gávea* in der Zona Sul [Süd-Zone] von Rio de Janeiro-RJ erstreckt. Wie alle *Favelas* in Rio de Janeiro erlitt *Rocinha* jahrelang die tägliche Gewalt durch die Drogenbanden und die Polizei. Im April 2004 erreichte die Gewalt jedoch ein neues Ausmass.

Kapitel 1: Einleitung

- **Joanna und Maria** sind 14 Jahre alt. An den meisten Tagen verstecken sie sich über Stunden unter ihren Betten, um den täglichen Schiessereien zwischen Verbrecherbanden in ihrer Gemeinde⁶ zu entgehen.
- **Barbara's** Sohn wurde von der Polizei getötet. Sie brach in Tränen aus, als sie beschrieb, wie sie sich über Jahre hinweg dafür einsetzte, dass die verantwortlichen Polizeibeamten zur Rechenschaft gezogen würden. Ihr Kampf dauert an.
- **Paula's** Tochter wurde von Drogenhändlern getötet. Sie ermordeten sie, als sie sich weigerte, ihnen den Aufenthaltsort ihres Mannes zu verraten.
- Wenn **Katia** zur Arbeit geht, schliesst sie ihre Kinder zuhause ein. Sie hat Angst, dass sie, wenn sie das Haus verlassen, in Verbrecherbanden hineingeraten, doch sie kann sich die Kosten für eine Kinderbetreuung nicht leisten.
- **Patricia** muss zur Schwangerschaftsvorsorge ans andere Ende der Stadt fahren. Dies ist teuer und unbequem, doch sie kann das örtliche Gesundheitszentrum nicht aufsuchen, das in einem Gebiet unter der Kontrolle einer gegnerischen Drogenbande liegt.



Verkaufstand für Modeschmuck und billige Parfüms, Rio de Janeiro.

Diese Geschichten geben einen Eindruck davon, wie heutzutage das Leben von Frauen in vielen Teilen Brasiliens aussieht. In sozial ausgegrenzten Wohnvierteln (oftmals Elendsviertel, sogenannte *Favelas*) leben Frauen ihr Leben in Gegenwart permanenter Kriminalität und Polizeigewalt. Die Auswirkungen dieser Gewalt auf ihr Leben sind komplex und tiefgreifend. Dennoch werden ihre Geschichten selten gehört. In einer Diskussion, die sich traditionellerweise auf Schusswaffengewalt konzentriert, lag der Fokus immer auf

jungen Männern, welche die überragende Mehrzahl der an Schiessereien Beteiligten darstellen – dies sowohl als Täter als auch als Opfer. Der vorliegende Bericht beschäftigt sich mit den grossteils unbekannteren Geschichten von Frauen, die darum kämpfen, ihr Leben zu leben, ihre Kinder gross zu ziehen und sich für Gerechtigkeit inmitten von Polizeigewalt und Gewalt durch Verbrecherbanden einzusetzen.

Amnesty International hat in früheren Publikationen die Problematik von Verbrecherbanden aufgegriffen, darin durchweg deren Handlungen verurteilt und aufgezeigt, wie das Versagen des Staates bei der Bekämpfung von Gewalt durch diese Verbrecherbanden Millionen von Menschen zu einem Leben in Angst und Elend verurteilt hat. Dieser Bericht beleuchtet besonders einige der Muster von Menschenrechtsverletzungen gegen Frauen. Aufbauend auf die bisherige Arbeit vom Amnesty International zu öffentlicher Sicherheit⁷, zeigt er, wie Frauen mit massiver Gewalt durch Verbrecherbanden in der Abwesenheit eines seine Bürger schützenden Staates umgehen. Ebenso zeigt er, wie eine zunehmende Anzahl von Frauen direkt oder indirekt in Drogenhandel verwickelt wurde, und wie der Kontakt mit dem Justizsystem oftmals bereits traumatische Situationen noch verschlimmert. Wie der Bericht darstellt, ist es am besorgniserregendsten, wie der Bericht darstellt, wie der Staat über Jahrzehnte hinweg direkt dafür verantwortlich war, dass **Frauen Opfer von Angriffen und Gewalt seitens der Verbrecherbanden sowie seitens der Polizeibeamten** wurden.

Dieser Bericht basiert auf Interviews mit Frauen in sechs Bundesstaaten – **Bahia (BA)**, **Sergipe (SE)**, **Pernambuco (PE)**, **Rio de Janeiro (RJ)**, **São Paulo (SP)** und **Rio Grande do Sul (RS)**, die in den Jahren 2006 und 2007 geführt wurden.⁸

⁶) Mit „Gemeinde“ auch „Wohnviertel“ und „Wohngebiet“ (englisch: „community“ und brasilianisch-portugiesisch: „comunidade“) ist begrifflich sowohl die **nachbarschaftliche Lebensgemeinschaft** als auch der **Wohnort** gemeint, der in diesem Amnesty-Bericht nun Orte bezeichnet, die z.T. auch grosse Stadtfächen und Stadtviertel mit Hunderten oder sogar Zehntausenden Familien umfassen.

⁷) Siehe beispielsweise die folgenden Berichte von Amnesty International:

„Brazil: They come in shooting - Policing socially excluded communities“, bzw.

„Brasilien: Sie kommen schiessend - Polizeistrategien zu sozial ausgegrenzten Wohnvierteln“ (ai-Index: [AMR 19/025/2005](http://www.amnesty.org/ai/AMR19/025/2005));

„Brazil: We have come to take your souls. The caveirão and policing in Rio de Janeiro“, bzw.

„Brasilien: Wir kommen um eure Seelen zu holen. Der Caveirão und die Polizeistrategie in Rio de Janeiro“ (ai-Index: [AMR 19/007/2006](http://www.amnesty.org/ai/AMR19/007/2006));

und „Brazil: From burning buses to caveirões – In search of human security“, bzw.

„Brasilien : Zwischen brennenden Bussen und Caveirões – die Suche nach menschlicher Sicherheit“ (ai-Index: [AMR 19/010/2007](http://www.amnesty.org/ai/AMR19/010/2007)).

Die englischen Originalberichte sowie die deutschen Übersetzungen bzw. Zusammenfassungen der Berichte sind unter:

<http://www.ai-brasilienkogruppe.de> bzw.: <http://www.amnesty-brasilien.de> erhältlich.

⁸) Hierbei ist es wichtig zu berücksichtigen, dass seit den Interviews in einigen Bundesstaaten die Regierung gewechselt hat.

(Die brasilianischen Bundesstaaten [estados] entsprechen im deutschsprachigen Europa den Bundesländern oder Kantonen.)

Amnesty International hat mit Müttern gesprochen, die aus ihren Häusern flohen, als ihre Wohnviertel von Verbrecherbanden eingenommen wurden, sowie mit Müttern, die ihr Leben damit verbringen, um Gerechtigkeit für ihre ermordeten Angehörigen zu kämpfen. Einige der interviewten Frauen beteiligten sich selbst am blühenden Drogenhandel. Viele der Frauen haben sich nie zuvor mit der Not und den Missbräuchen befasst, die sie selbst erfahren haben. Sie konzentrierten sich vielmehr auf die Menschenrechtsverletzungen an ihren Söhnen und Ehemännern. Viele weitere hatten Angst, sich zu äussern, und taten dies nur unter der Bedingung, dass die Namen ihrer Wohnviertel nicht veröffentlicht würden. Alle zeigten extrem viel Mut angesichts ihres erschreckenden täglichen Kampfes.

ai-Adam-id-21567

© Ricardo Moraes / AP Photo, Di.13.Feb.2007



Ein Polizist der Eliteeinheit „Bataillon für Spezielle Polizeieinsätze [Batalhão de Operações Policiais Especiais (BOPE)]“ zielt mit seiner Maschinenpistole auf eine Frau, als Leute neben der Leiche eines Opfers protestieren, welches während einer der vielen Polizei-Razzien im „Favela-Komplex Alemão [Complexo do Alemão]“ getötet wurde. Rio de Janeiro, Februar 2007.

Dieser Bericht betrachtet Gewalt gegen Frauen als ein Menschenrechtsproblem. Mit der Ratifizierung (Unterzeichnung) von verbindlichen internationalen Menschenrechtsverträgen und durch die Verabschiedung diesbezüglicher Erklärungen durch internationale Organisationen wie die „Vereinten Nationen (VN)“ und die „Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)“ haben sich die Regierungen dazu verpflichtet, sicherzustellen, dass alle Menschen bestimmte Grundrechte und Freiheiten haben.

Die „Interamerikanische Konvention über die Verhütung, Bestrafung und Abschaffung der Gewalt gegen Frauen [Inter-American Convention on the Prevention, Punishment and Eradication of Violence against Women]“ (auch bekannt als die „Konvention von Belém do Pará“) bekräftigt in ihrer Präambel,

„(a) dass Gewalt gegen Frauen eine Verletzung ihrer Menschenrechte und Grundfreiheiten darstellt, und die Einhaltung, das Wahrnehmen und die Ausübung solcher Rechte und Freiheiten beeinträchtigt oder verhindert“.

Die Konvention ergänzt weiterhin in Artikel 2, dass unter Gewalt gegen Frauen nicht nur häusliche Gewalt fällt, sondern auch Gewalt,

„(b) die in der Öffentlichkeit geschieht und von gleich welcher Person begangen wird. Dies schliesst

unter anderem Vergewaltigung, sexuellen Missbrauch, Folter, Menschenhandel, Zwangsprostitution, Entführung und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz oder in Bildungseinrichtungen, Krankenhäusern oder an jedem anderen Ort ein; und Gewalt

(c) die vom Staat oder seinen Repräsentanten begangen oder geduldet wird, ungeachtet dessen, wo sie stattfindet.“

Gewalt zwischen Männern hat Folgen für das Leben von Frauen. Wenn Familienstrukturen zusammenbrechen, weil Väter getötet oder in Haft genommen werden, tragen Frauen die zusätzliche Verantwortung.⁹ Eine Familie zu versorgen, bedeutet für viele Frauen, dass sie überdurchschnittlich viel arbeiten müssen, um über die Runden zu kommen. Bezahlbare Kinderbetreuung ist kaum vorhanden, so dass ihre Kinder auf der Strasse für sich selbst sorgen müssen. In den überfüllten Schulen herrscht Gewalt. Zuweilen werden sie wegen Schiessereien zwischen Polizei und Kriminellen tagelang geschlossen. Die Frauen in diesen Wohnvierteln leiden zudem unter übermässigen gesundheitlichen Problemen, wobei die meisten, wenn nicht sogar alle, an Formen von Traumata leiden. Trotzdem sind die medizinischen Versorgungsmöglichkeiten beschränkt, diskriminierend und unzureichend.

In Folge dessen sind Frauen auf eine dreifache Weise diskriminiert: erstens erleiden sie die Gewalt zuhause sowie in ihrem Wohnviertel ausnahmslos im Stillen; zweitens werden sie für das Chaos in ihrem Familienleben verantwortlich gemacht und es wird drittens hart mit ihnen umgegangen, wenn sie versuchen, Zugang zu den überlasteten staatlichen Behörden zu bekommen, die ihnen Hilfe anbieten sollten.

Das „Maria da Penha“-Gesetz

Dieses Gesetz wurde nach **Maria da Penha Maia Fernandes** benannt, einer Apothekerin aus dem Bundesstaat Ceará. Nach jahrelanger Gewalt durch ihren Ehemann wurde Maria da Penha im Jahr 1983 von ihm angeschossen und ist seitdem querschnittsgelähmt. Ihr Ehemann gab anschliessend an, dass sie bei einem Raubüberfall angegriffen worden sei. Zwei Wochen später versuchte ihr Ehemann, sie im Bad durch einen Elektroschock zu töten. Nach diesem Vorfall trennte sich Maria da Penha von ihrem Ehemann. 15 Jahre nach diesen Angriffen wurde noch immer kein endgültiges Urteil in diesem Fall gesprochen. Im Jahr 2001 kam der „Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte“ zu dem Schluss, dass Brasilien nicht mit der angemessenen Sorgfalt bezüglich des Schutzes von Frauen vorgegangen sei und dass:

„das Recht von Frau Maria da Penha Maia Fernandes auf eine faire Gerichtsverhandlung und Schutz durch die Justiz verletzt worden sei. Es kommt zudem zu dem Schluss, dass diese Gewalt ein Muster von Diskriminierung darstellt, was sich durch die hingegenommene häusliche Gewalt gegen Frauen in Brasilien durch ineffektives Handeln der Gerichtsbarkeit belegen lässt.“¹⁰

Diese Entscheidung stellt einen rechtlichen Präzedenzfall für die Verantwortung von Staaten dar, mit angemessener Sorgfalt in Fällen von häuslicher Gewalt vorzugehen.

Die erstarkte Frauenbewegung hatte durch die Verabschiedung des „Maria da Penha“-Gesetzes im Jahr 2006, das eine Reihe von Schutzmassnahmen für Frauen enthält, die häusliche Gewalt erfahren, bereits Auswirkungen auf die bundesstaatliche Politik (siehe Seite 7). Die Einrichtung eines Bundesfrauenministeriums hat ebenfalls dazu beigetragen, ein stärkeres Bewusstsein für Themen zu schaffen, die das Leben von Frauen betreffen. Trotzdem bleiben die Erfahrungen von Frauen mit öffentlicher Sicherheit und sozialen Ausschlussmechanismen weitgehend unbeachtet.

Die angemessene Sorgfalt

Das Völkerrecht verpflichtet Regierungen, ihre Macht dazu zu nutzen, Menschenrechte zu schützen und durchzusetzen.¹¹ Dies bedeutet nicht nur sicherzustellen, dass die eigenen Beamten

⁹ Dem „Brasilianischen Institut für Geographie und Statistik [Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística ([IBGE](http://www.ibge.gov.br))]“ zufolge stieg die Anzahl von Familien mit Frauen als Familienoberhäuptern in Brasilien. 1996 gab es weniger als 10 Millionen Familien mit Frauen als Familienoberhäuptern. Diese Zahl stieg bis zum Jahr 2006 um 79% auf mindestens **18,5 Millionen Familien**. Mehr als ein Drittel dieser Familien leben von einem monatlichen Pro-Kopf-Einkommen in Höhe eines **halben Mindestlohns**, also monatlich von nur etwa 190 Reais (etwa 114 US-Dollar, bzw. 110 Franken oder 74 Euro).

Siehe hierzu: http://www.ibge.gov.br/home/presidencia/noticias/noticia_visualiza.php?id_noticia=987&id_pagina=1 (zuletzt eingesehen am Di.28.Nov.2007).

¹⁰ „Interamerikanische Menschenrechtskommission [Inter-American Commission on Human Rights ([IACHR](http://www.oas.org))]“, Bericht 54/01, Fall 12.051, Maria da Penha Maia Fernandes, Brasilien, Mo.16.April 2001. „Maria da Penha“ heisst wörtlich „Maria vom Felsen“.

¹¹ Siehe z.B. Artikel 2 des „Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (IPBPR) [International Covenant on Civil and Political Rights (ICCPR)]“; Siehe „Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen ([DGVN](http://www.dgvn.de))“;

Menschenrechtsstandards einhalten, sondern auch mit „angemessener Sorgfalt“ gegen Übergriffe durch Privatpersonen (nicht-staatliche Akteure) vorzugehen.

Dieses „Konzept der angemessenen Sorgfalt“ beschreibt den notwendigen Aufwand, den ein Staat zur Durchsetzung von Rechten in der Praxis aufbringen muss. Staaten sind dazu aufgefordert, sicherzustellen, dass Rechte, die per Gesetz als Menschenrecht anerkannt sind, in der Praxis realisiert werden. Zusätzlich muss der Staat, wenn ein solches Recht verletzt wurde, dieses soweit als möglich wiederherstellen und eine angemessene Entschädigung leisten. Dies muss die Ermittlung gegen die für die Rechtsverletzung Verantwortlichen sowie deren Bestrafung umfassen und gegebenenfalls auch gegen Staatsbeamte durchgeführt werden. Dieser Standard der „angemessenen Sorgfalt“ wird angewandt, um zu bewerten, ob diese Verpflichtungen eingehalten wurden.

Wenn Staaten Kenntnis von Menschenrechtsverletzungen haben oder diese haben sollten und es ihnen aber nicht gelingt, angemessene Schritte zu unternehmen, um diese zu verhindern, tragen sie genau wie die Täter selbst die Verantwortung.

Das „Prinzip der angemessenen Sorgfalt“ schliesst die Verpflichtung ein, Menschenrechtsverletzungen in jedem Falle zu verhindern, zu untersuchen und zu bestrafen, sowie Entschädigung und Unterstützungsleistungen für die Opfer erbringen.¹²

Es muss betont werden, dass die staatliche Verantwortung mit „angemessene Sorgfalt“ vorzugehen, in keiner Weise die Schuldfähigkeit derer mindert, die Gewalttaten ausüben.

Staaten tragen jedoch die Verantwortung, wenn es ihnen nicht gelingt, die Verbrechen zu verhindern, zu untersuchen und angemessen dagegen vorzugehen. Wenn es Staaten ausserdem nicht gelingt, mit „ausreichender Sorgfalt“ auf Gewalt an Frauen – durch Einschalten des Rechtssystems und die Bereitstellung von Mitteln zur Wiedergutmachung – zu reagieren, verletzt dies oftmals zudem das Recht von Frauen auf Gleichheit vor dem Gesetz.

Es sind weit reichende und radikale Reformen vonnöten, um das Thema der Gewalt gegen Frauen in ihren Wohnvierteln anzugehen. Es ist an der Zeit, dass die Regierung sich genauer mit dem Thema Gewalt an Frauen auseinandersetzt und auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene daran arbeitet, die Lücken im Hilfesystem, in der Berichterstattung und in der Problem-Analyse zu schliessen. Im Bereich der öffentlichen Sicherheit müssen die Behörden sicherstellen, dass die Erfahrungen von Frauen in die Politik und in die Praxis einbezogen werden, und so der besondere Bedarf an Schutz für Frauen gewährleistet werden kann. Die Behörden müssen zudem sicherstellen, dass die Art und Weise, mit der Polizeiaktionen durchgeführt werden und öffentliche Sicherheit geschaffen wird, nicht der Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen in den betroffenen Gemeinden Vorschub leistet. Weiterhin ist es essentiell wichtig, Schritte einzuleiten, die einen fairen und effektiven Zugang zu Gerechtigkeit gewährleisten.

Kapitel 2: Führend im Kampf für Gerechtigkeit

Frauen engagierten sich lange an der vordersten Front im Kampf für Gerechtigkeit und gegen Straflosigkeit. Als Menschenrechtsverteidigerinnen, Rechtsanwältinnen und Aktivistinnen spielten Frauen eine zentrale Rolle mitten im Kampf zum Schutz und zur Förderung von Grundrechten und des allgemeinen Zugangs zum Rechtssystem. Viele Frauen übernahmen diese Rolle nach dem Verlust eines Familienangehörigen durch Polizeigewalt und des Versagens der Behörden für Gerechtigkeit zu sorgen, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Menschenrechtsbewegung hat den Kampf der zahllosen Frauen unterstützt, die über all die Jahre ihr Leben riskierten, um Gerechtigkeit für ihre Familienangehörigen zu erlangen, die von der Polizei gesetzeswidrig ermordet oder gefoltert wurden. Infolge ihrer Erfahrungen wurden viele der Frauen zu zentralen Akteurinnen in der Menschenrechtsbewegung. Jedoch wurde nur wenig Aufmerksamkeit den Auswirkungen ihres Verlustes und des anscheinend niemals endenden Kampfes für Gerechtigkeit bei den Frauen selber gewidmet. Warum nehmen Frauen dies auf sich, ihr Leben immer wieder auf's Spiel zu setzen ? Was bedeutet es für sie ?

¹²⁾ Siehe z.B. Allgemeiner Kommentar 31 des „Menschenrechtsausschusses der Vereinten Nationen [United Nations - Human Rights Committee (UN-HRC)]“, zuständiges VN-Komitee zur Überwachung der Staaten bei der Umsetzung des „Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (IPBPR) [International Covenant on Civil and Political Rights (ICCPR)]“. Seit Mi.15.März 2006 ersetzt der „Menschenrechtsrat [Human Rights Council (HRC)]“ die „Menschenrechtskommission [Human Rights Commission (HRC)]“ in Genf-CH.

Siehe ebenfalls „Vereinte Nationen - Fachausschuss gegen Diskriminierung von Frauen [United Nations - Committee on the Elimination of Discrimination against Women (UN-CEDAW)]“, Allgemeiner Kommentar 19.

„Wir können nicht unter diesen Bedingungen leben. Wir leben in Angst. [Não podemos continuar vivendo nessas condições. Vivemos com medo.]“

Paola, eine Näherin und Mutter, lebt am Eingang zur *Favela*. Als dieses Foto aufgenommen wurde, schallte eine Stimme durch die Strasse: „Jeder bleibt ab 18 Uhr im Haus! Alle Geschäfte schliessen morgen!“ als die Drogenhändler die Abendsperrstunde ausriefen.
Rio de Janeiro, 2005.



Im Mai 2007 traf Amnesty International eine Frauengruppe in Rio de Janeiro, welche sich an einem Projekt teilnahm, welches von der Nichtregierungsorganisation (NRO) „Viva Rio [Rio lebe]“ und der Universität von Coimbra (in Portugal) organisiert war und vom „Studienzentrum für Sicherheit und Bürgerrecht [Centro de Estudos de Segurança e Cidadania (CESeC)]“ unterstützt wurde. Alle diese Frauen hatten ihre Familienangehörigen in Polizei-Massakern verloren, viele davon waren Gegenstand von lang-andauernden Kampagnen von Amnesty International.¹³ Dieses Projekt war eines der ersten Versuche, die Unterdrückung von Frauen zu thematisieren und zu untersuchen und nach Wegen zu ihrer Unterstützung als Frauen zu suchen, anstatt den Blick auf den Fall einzuschränken, welcher Gegenstand der Amnesty-Kampagnen war. Das Projekt bietet Ratsbeistand, Menschenrechtserziehung und ein Frauenforum, um dort ihre Erfahrungen und Angebote zu teilen und Unterstützung zu erhalten.

¹³ Die Frauen sind Verwandte von denjenigen, die in folgenden Massakern getötet wurden: **Vigário Geral, Acari, Borel, Via Show, Maracanã, Candelária, Baixada Fluminense** [Flussniederung], **Cajú**. (alles Stadtteile und bekannte Orte in Rio de Janeiro-RJ); Siehe: „Brazil: Candelária and Vigário Geral – justice at a snail’s pace“, bzw.

„Brasilien: Candelária und Vigário Geral – Gerechtigkeit im Schnecken tempo“ (ai-Index: [AMR 19/11/1997](#)) und

„Brazil: Candelária and Vigário Geral – 10 years on“, bzw.

„Brasilien: Candelária und Vigário Geral – 10 Jahre danach“ (ai-Index: [AMR 19/015/2003](#)).

Auf den Treppen zum Portal der **Candelária**, der Kathedrale im Stadtzentrum von Rio de Janeiro-RJ, wurde am Fr.23.Jul.1993 eine Gruppe von etwa 50 schlafenden Kindern und Jugendlichen von Vermummten (darunter Polizisten) beschossen. Dabei wurden 7 Kinder ermordet und viele schwer verletzt. Später wurden Zeugen im Gerichtsverfahren bedroht, überfallen, entführt und ermordet. Es gab noch weitere ähnliche Massaker und Attentate, so auf eine rund 30 Kinder zählende Gruppe am Praça de Mauá im Stadtzentrum direkt vor einer Polizeiwache. (Siehe entsprechende Amnesty-Eilaktionen ([ua 241/1993](#), ai-Index AMR 19/22/1993 - [ua 301/1997](#), ai-Index AMR 19/11/1997) und Folgeaktionen.)

Der Stadtteil **Vigário Geral** von Rio de Janeiro-RJ an der Stadtgrenze zu *Duque de Caxias RJ* wurde in der Nacht von So.29. auf Mo.30.Aug.1993 von rund 30 mit Sturmgewehren und Granaten schwer bewaffneten und vermummten Männern (mutmasslich rachesuchende Polizisten) überfallen. Sie ermordeten wahllos 21 Bewohner und verletzten weitere Leute schwer.

(Siehe entsprechende Amnesty-Eilaktion ([ua 301/1993](#), ai-Index AMR 19/27/1993) und Folgeaktionen.)

Später wurden die ermittelnden Staatsanwälte und die zuständige Strafrichterin mordbedroht.

(Siehe Amnesty-Eilaktion ([ua 167/1995](#), ai-Index AMR 19/13/1995) und Folgeaktionen.)

Auch die Überlebenden und Zeugen, sowie Familienangehörige und Nachbarn wurden wiederholt (von der Polizei) drangsaliert, bedroht und überfallen, beschossen, so manche auch ermordet.

(Siehe entsprechende Amnesty-Eilaktionen. Diese können alle auf <http://www.amnesty.de> nachgeschlagen werden.)

Die Frauen beschrieben die Verwüstung und das Gefühl des Alleingelassenseins, welches diejenigen empfinden, die den seitens des Staates verursachten Verlust von Familienangehörigen überleben, und die weiterer Demütigung und Verzweiflung über den langen und schwierigen Kampf um Gerechtigkeit und Wiedergutmachung ausgesetzt sind. Der Staat verletzt die Rechte dieser Frauen in dreierlei Weise. Zunächst unterstützt er offen die Politikstrategien, welche zu den aussergesetzlichen Hinrichtungen (extralegalen Exekutionen) führen. Dann perpetuiert er, verewigt ein System, welches jederzeit garantiert, dass ihr Zugang zur Justiz extrem schwierig wenn nichts sogar verunmöglicht wird. Und zudem verdammt er sie zu intensiver finanzieller Not und der Schmach, für das zu kämpfen, was bestenfalls Entschädigung (Kompensation) genannt werden könnte. Die Auswirkungen auf ihre Gesundheit, ihren Lebensunterhalt, ihre Familien und ihr Sozialleben sind immens.

Die beschriebenen Leidensmuster der Frauen waren insgesamt gesehen sehr ähnlich. Zuallererst und zuvorderst widmen alle diese Frauen eigentlich ihr ganzes Leben dem Kampf um Gerechtigkeit. Viele berichteten, dass sie sich vom Staat verlassen fühlten, der niemals in ihrem Leben präsent war und ihnen nun nur Hindernisse bei der Gerechtigkeitssuche in der Weg legt.

„Não tive zempo pra chorar a morte do meu filho ... Eu vivo pra procurar justiça.”

„Ich hatte keine Zeit zuhause zu bleiben und über den Tod meines Sohnes zu trauern ... Ich lebe, um Gerechtigkeit zu erlangen.”

„Eu esqueci tudo da minha vida. Só sei das cosas que têm a ver com o caso do meu filho. Minha vida anterior se apagou.”

„Ich habe alles über mein Leben vergessen. Ich weiss nur etwas über den Fall meines Sohnes. Mein ganzes früheres Leben ist wie ausgelöscht.“

„Ninguém veio à minha casa perguntar se precisava de ajuda pra buscar justiça.”

„Niemand kam, mich zu fragen, ob ich Hilfe zur Suche nach Gerechtigkeit bräuchte.“

Frauen in Rio de Janeiro, Mai 2007

Alle diese Frauen drückten ein Gefühl aus, dass sie Diskriminierung erfahren, obwohl sie nicht alle *Favela*-Bewohnerinnen sind. Nur wenige hatten Vertrauen in staatliche Institutionen, oft empfanden sie mehr Groll, Ressentiments gegen die Justiz als gegen die Polizei. Sie alle sahen es als notwendig an, die Tatsache zu wiederholen, dass der verlorene Familienangehörige ein „Arbeiter“ oder ein „Schüler“ oder ein „Student“ – kein „Krimineller“ – war, um der oft von der Polizei verlautbarten und von der grossen Öffentlichkeit allgemein akzeptierten Rechtfertigung für diese Morde zu entgegnen.¹⁴

Die Frauen gaben mehrere Gründe an, warum Männer so oft unfähig waren, den Kampf um Gerechtigkeit zu unterstützen, darunter Angst, emotionale Schwäche oder andere Verantwortlichkeiten. Einige Männer halfen ihren Frauen. Bei den anderen führte der Mangel an Einbindung zum Zusammenbruch der Familienbindungen.

„Meu marido não participa porque não tem condições emocionais para isso.”

„Mein Ehemann macht nicht mit, weil er nicht die emotionale Stärke dafür hat.“

„Meu casamento se foi.”

„Meine Ehe ist zerrüttet.“

„Meu outro filho me disse: „Mai, você perdeu um filho, mas tem mais dois.” Perdi minha cabeça com isso. Não consigo fazer nada dentro de casa.”

„Mein anderer Sohn sagte zu mir: „Mama, Du hast einen Sohn verloren, aber Du hast noch zwei andere Söhne.“ Ich verlor meinen Kopf darüber. Ich kann zuhause nichts mehr machen.“

Frauen in Rio de Janeiro, Mai 2007

Die „Inter-Amerikanische Konvention über die Verhütung, Bestrafung und Abschaffung von Gewalt gegen Frauen“ (bekannt als „Konvention von Belém do Pará“) wurde von der Generalversammlung der „Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS)“ 1994 angenommen. Die „Konvention von Belém do Pará“ anerkennt, dass jede Frau das Recht hat, frei von Gewalt zu leben, sowohl im öffentlichen wie privaten Raum. Sie verlangt von den Staaten nicht nur, die Gewalt gegen Frauen zu verurteilen, zu verhüten und zu bestrafen, sondern auch spezielle Massnahmen zu ergreifen, um gegen die tief verwurzelten Ursachen anzugehen. Die „Konvention von Belém do Pará“ wurde von mehr Staaten ratifiziert, als jeder andere inter-amerikanische Vertrag.

¹⁴) Aber auch die Tötung eines Kriminellen ist ein Verbrechen. Gerade dies ist typischerweise eine Menschenrechtsverletzung (MRV), wenn nämlich das Verbrechen von Staatsbediensteten begangen wird, denn die vorsätzliche Tötung verletzt sein „Recht auf Leben“, welches jedem Menschen unbedingt zusteht.



Pierre Sané (rechts, bebrillt), der damalige Generalsekretär von Amnesty International, bei einem Treffen im Friedenshaus [Casa da Paz] mit Familienangehörigen von Opfern des Massakers im Stadtteil Vigário Geral, Rio de Janeiro, 2004.

Viele Frauen leiden an finanzieller Not infolge ihres Verlustes. Oft raubt ihnen die Gewalt eines der Haupternährers der Familie. In vielen Fällen empfinden sie die Suche nach Gerechtigkeit als vorrangig und dies lässt ihnen wenig Zeit einer bezahlten Arbeit nachzugehen.

„Meu filho costumava cuidar de meu outro filho deficiente. Agora ele desapareceu e eu não posso mais trabalhar.“

„Mein Sohn pflegte für meinen behinderten Sohn zu sorgen. Wo er nun verschwunden ist, kann ich nicht länger arbeiten gehen.“

„Tive que air do trabalho pra correr atrás do caso do meu irmão. Minha mãe é diabética e não podia fazer isso. Eu vou atrás e ela cuida dos filhos dele.“

„Ich musste meinen Job aufgeben, um den Fall voranzutreiben. Meine Mutter ist Diabetikerin und konnte den Fall nicht verfolgen. Ich verfolge ihn und sie versorgt die Kinder.“

Frauen in Rio de Janeiro, Mai 2007

Viele der Frauen beklagen das Erleiden von schweren psychischen Problemen als Folge ihres Verlustes und der Belastungen ihres Kampfes um Gerechtigkeit. Die meisten nahmen irgendeine Art Medikamente und wenige hatten vor dem Kontakt zum genannten Projekt die Mittel, eine beständige psychologische Behandlung zu erlangen.

Frauen berichteten, dass sie Unterstützung innerhalb ihrer Gemeinde und von ihren Nachbarn erhielten. Alle beschreiben die Unterstützung und die Stärke, die sie voneinander erhielten. Viele verstanden ihre Rolle als Kampf gegen die Straflosigkeit und waren aktiv im Gewähren von Solidarität mit anderen Müttern, protestierten regelmässig zusammen oder gewährten sich gegenseitig Unterstützung während der Rechtsverfahren. All die Frauen scheinen Kraft aus ihrem neu gefundenen Aktivismus gewonnen zu haben, auch ein grösseres Selbstvertrauen und

besonders nachdem ihr Einsatz ihnen Zugang zu nationalen und Nichtregierungsorganisationen (NRO), zu Medien und hochgestellten Offiziellen einbrachte.

„Ganhei uma força que não tinha. Era muito medrosa de tudo. Deixei o medo pra trás. Tenho que lutar por meu objetivo.“

„Ich erreichte eine Stärke, die ich niemals zuvor hatte. Ich hatte mich sonst vor allem gefürchtet. Ich liess die Angst weit hinter mir. Ich muss für mein Ziel kämpfen.“

Frauen in Rio de Janeiro, Mai 2007

Im Mai 2006 wurde der Bundesstaat **São Paulo** von einer Gewaltwelle erschüttert, als Mitglieder der als „Erstes Hauptstadt-Kommando [Primeiro Comando da Capital (PCC)]“ bekannten Verbrecherbande, welche das Staatsgefängniswesen kontrolliert¹⁵, eine Serie von Angriffen gegen die Polizei und zivile Ziele startete. Mehr als vierzig Polizisten wurden getötet, ebenso etliche Gefängniswärter und etliche Unbeteiligte. Gebäude und öffentliche Nahverkehrsmittel wurden massiv beschädigt. Aus Rache handelten dann Polizisten und maskierte Männer als „Todesschwadronen“ – mit der offensichtlichen Unterstützung oder dem Wissen der Polizei – und töteten den Berichten zufolge mehr als 170 Leute. Die Mütter einige dieser Opfer erzählten Amnesty International ihre Geschichten.

Rogério wurde am Montag, den 15. Mai 2006 getötet. Es gab Gerüchte, dass ein Ausgehverbot, eine Sperrstunde an diesem Tage verhängt werden sollte, und es war kaum jemand draussen auf den Strassen unterwegs. Rogério's Mutter **Debora** war durch einen Freund der Familie, einen Polizisten, gewarnt worden, dass alle „guten“ Bürger zuhause bleiben sollten, weil es auf den Strassen „wild“ zugehen würde. Am nächsten Tage hörte sie im Radio von Rogério's Ermordung. Sie wusste sofort, dass es die Polizei gewesen war, ihr Ehemann wurde 13 Jahre zuvor auf genau dieselbe Weise getötet.¹⁶ Auf der Suche nach Hilfe und Information ging sie überall hin. Man schlug ihr Türen vor der Nase zu und die Polizisten lachten sie aus. Seither schaut sie alle Fernseh-Nachrichten, kauft jede Zeitung und bewahrt jedweden relevanten Zeitungsausschnitt auf. Sie begann ihre eigenen Nachforschungen und fand andere Mütter, deren Kinder ebenfalls während dieser Woche getötet wurden.

Das war, als sie **Nalva** traf, eine andere Mutter, die ihren Sohn **Marcos** am Sonntag, den 14. Mai 2006, am Muttertag verlor. Seither sind sie ständig zusammen. Sie wurden furchtbar frustriert durch den Mangel an Interesse an ihren Fällen. Sie glauben, dass sie alle nötigen Beweise haben und die Behörden schlicht uninteressiert sind, weil sie arm sind. Sie erhalten keinerlei Hilfe vom Staat. Rogério's Mutter **Debora** nimmt Beruhigungsmittel (Anti-Depressiva) und nimmt abends Schlaftabletten und beide wurden starke Raucherinnen. **Nalva** trinkt auch viel Alkohol. Beide arbeiten nicht mehr. Ihr Lebensinhalt besteht nun darin, mit Leuten und Offiziellen zu reden, im Versuch, sie zum Zuhören zu bringen und Hilfe zu erlangen.

Vera's Tochter **Ana Paula** wurde am Montag, den 15. Mai 2006 getötet. Sie glaubt auch, dass er von der Polizei getötet wurde, zögerte aber noch immer, zu irgend einer offiziellen Stelle zu gehen. Sie glaubt nicht an das Justizsystem. Sie traut keiner Behörde. Sie weiss, es war die Polizei, welche ihre zu dieser Zeit schwangere Tochter und ihren Schwiegersohn tötete. Sie weiss sogar genau,

¹⁵ Viele Mitglieder und etliche Anführer der weitverzweigten Verbrecherbande „Erstes Hauptstadt-Kommando [Primeiro Comando da Capital (PCC)]“ haben in den Gefängnissen der Metropole São Paulo-SP die interne Kontrolle übernommen. Wegen der mangelnden Versorgung mit dem Lebensnotwendigen seitens der Behörden „organisieren“ sie vielfach die Erfüllung der einfachsten Dinge (selbst oftmals die Bereitstellung von Toilettenpapier) mithilfe einer strengen hierarchischen Kontrolle (sogar die Zusammenlegung und Trennung von Häftlingen auf Zellen und Hafthäuser - und den Zwangsbeitrag neuer Häftlinge zur Bande). Am Vorabend der Kommunalwahlen befahl der Gouverneur [Governador] die Erstürmung des „Pavilhão 9 [Pavillon 9]“ in der „Casa de Detenção [Haft-Haus]“ im Stadtteil Carandirú in der Metropole São Paulo-SP am Fr. 2. Okt. 1992, wobei die Militärpolizei [Polícia Militar (PM)] (mit deutschen Heckler&Koch-Maschinen-Pistolen HK-MP5) 111 nackt auf dem Boden liegende Gefangene erschoss. Nach diesem berüchtigten Massaker und der Offenlegung der dortigen katastrophalen Verhältnisse (mit rund 7.200 Häftlingen wohl doppelte Überbelegung der Haftplätze, usw.) in weltweiten Protesten entschloss sich der Bundesstaat São Paulo zu einer weitreichenden Gefängnisreform. Überall im Bundesstaat weit weg von der Metropole wurden neue kleine, moderne Gefängnisse gebaut. Auf diese wurden die Gefangenen verteilt. Dadurch sollte auch die Machtstruktur des „Ersten Hauptstadt-Kommandos (PCC)“ über die damals rund 51.500 Häftlinge zerschlagen werden. Als die inhaftierten Führungskader getrennt wurden, befahlen diese zum Protest dagegen über die üblicherweise reingeschmuggelten Mobiltelefone ihren Bandenmitgliedern draussen den Aufruhr gegen die staatliche Obrigkeit, womit sie das gesamte öffentliche Leben der Megastadt tagelang lahmlegten. Zum **Carandirú-Massaker** siehe: „Carandirú – das Gefängnis massaker in São Paulo“, *FDCL*, Berlin 1995, 123 S., ISBN 3-923020-15-5, darin: Amnesty-Bericht: „Brazil: Death has arrived - Massacre at the Casa de Detenção“, bzw. „Brasilien: Der Tod ist gekommen – das Massaker in der Casa de Detenção“ (ai-Index: [AMR 19/08/1993](#)). und der *Parlamentarier-Bericht*: Prof. Elói Pietá & Justino Pereira „Pavilhão 9 - O Massacre do Carandirú [Pavillon 9 - das Massaker von Carandirú]“, Editora Página Aberta Ltda, São Paulo, 1993, 238 Seiten, ISBN 985-85328-35-5.

¹⁶ Die 1.140 Tötungen durch die „Militärpolizei [Polícia Militar (PM)]“ des Bundesstaates São Paulo nahmen schon 1991 ein beachtliches Ausmass an: damals wurde jede vierte Tötung durch sie vorgenommen. Die „Zivilpolizei [Polícia Civil (PC)]“ führte keine Statistiken über ihre Tötungen. Im selben Jahr 1991 wurden in New York City-NY/USA 27 Leute von der Polizei getötet und doppelt so viele mit Schüssen schwer verletzt. Dagegen erschoss die Militärpolizei in São Paulo damals dreimal mehr Menschen als sie verwundete. Seit dem Ende der Militär-Diktatur hat sich Jahr für Jahr die Anzahl und der Anteil der Tötungen durch die Polizei in São Paulo stetig erhöht, während die Gesamtzahl der Tötungen sich nicht so dramatisch veränderte. Siehe (ai-Index: [AMR 19/08/1993](#)).

welcher Polizist es war. Einer ihrer Freunde hatte alles gesehen. Die Polizei sagt, sie könne nur dann ermitteln, wenn es Zeugen gibt ... Sie will kein Geld oder irgendeine Form von Entschädigung (Kompensation). Mit ihren eigenen Worten: „Ich will nicht, dass das Blut meiner Tochter in mein Haus kommt. [Não quero o sangue da minha filha dentro de casa.]“ Ihre verwaiste Enkeltochter lebt nun mit ihr im Haus, wo sie als Haus-Pflegerin für ein älteres Ehepaar arbeitet. Sie glaubt nicht an das offizielle Justizsystem, aber sie glaubt daran, andere ebenso betroffene Mütter zu finden und sich mit ihnen im Protest zu vereinen. Vera's Sohn Marcos wurde am Mittwoch, den 17. Mai 2006 getötet.



Dona Maria war tief bedrückt. Ihr Sohn wurde kürzlich erschossen. Sie litt auch an hohem Fieber, nachdem in ihrem Haus eine grosse Ratte sie gebissen hatte. Rio de Janeiro, 2006.

Dona Maria ist 86 und war von ihrem 17-jährigem Enkelsohn **Ricardo** abhängig. Er wurde im Mai 2006 getötet. Sie lebt in einem Haus oben auf einem Hügel und bleibt die ganze Zeit zuhause. Ihr Gesundheitszustand hindert sie daran, alleine das Haus zu verlassen – sie geht an einem Krückstock und der Boden um ihr Haus ist ziemlich rau und uneben. Ihr Enkelsohn sollte in die grösste Fussball-Mannschaft der Gegend aufgenommen werden, als er getötet wurde.

Wenn man die wahren Folgen der Gewalt für die Leben dieser Frauen jenseits des unmittelbaren Verluste enthüllt, ist vital, grundlegend, ob der Staat jemals versteht, welche wirklichen Schäden seine gewalttätige und repressive Sicherheitspolitik verursacht und wie diese mit der Straflosigkeit verknüpft ist, welche darin enthalten ist. Die Frauen, die allein gelassen werden, ihren Verlust zu verarbeiten und um Gerechtigkeit zu kämpfen, sind selber auch Opfer von Menschenrechtsverletzungen und sie haben ein Recht darauf, dass man sich um ihre Bedürfnisse kümmert. Die Frauen, mit denen Amnesty International sprach, vermittelten eine klare Botschaft, was ihre Bedürfnisse sind: genuine Sicherheit; eine Polizeimacht, die sie und ihre Familien schützt; gleichen Zugang zur Justiz für alle ohne Ansehen der sozialen Herkunft; Schutz für sie

und ihre Familien, so dass sie ihren Einsatz zur Menschenrechtsverteidigung fortsetzen können; und das Bedürfnis nach sozialer und wirtschaftlicher Unterstützung, wenn sie solch einen Verlust erleiden.

Der Schutz von Menschenrechtsverteidigern

Artikel 1 der Erklärung der Vereinten Nationen zu Menschenrechtsverteidigern besagt: „Jedermann hat das Recht, einzeln und in Vereinigung mit anderen, auf nationaler und internationaler Ebene den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten zu fördern und anzustreben.“ Daher muss jede Person, die national oder international in irgend einer Weise die Verwirklichung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten zu fördern sucht, als Menschenrechtsverteidiger angesehen werden.¹⁷

Die Erklärung (Deklaration) legt ausführlich die Rechte von Menschenrechtsverteidigern und die speziellen Freiheiten und Aktivitäten dar, welche für ihre Arbeit unabdingbar sind. Dies schliesst das Recht ein, Informationen über Menschenrechte und Grundfreiheiten zu kennen, zu suchen, zu erhalten und zu erlangen, ebenso das Recht, an friedlichen Aktionen gegen Menschenrechtsverletzungen teilzunehmen, Kritik zu üben und Beschwerde einzureichen, wenn Regierungen Menschenrechtsstandards nicht einhalten, und Verbesserungsvorschläge zu machen.

Die Staaten übernahmen mit der Annahme der Deklaration die Verpflichtung zu gewährleisten, dass Menschenrechtsverteidiger in der Lage sind, ihre Menschenrechtsarbeit ohne Beeinträchtigung, Hindernisse oder Furcht vor Vergeltung ausüben können.

¹⁷) „Inter-Amerikanische Kommission für Menschenrechte [Inter-American Commission on Human Rights (IACHR)]“, „Report on the situation of human rights defenders in the Americas [Bericht über die Lage der Menschenrechtsverteidiger in den Amerikas]“, März 2006, Abs.13.

Die Regierungen der Americas anerkennen in mehreren Resolutionen ebenso die Bedeutung von Einzelpersonen, Gruppen und Nichtregierungsorganisationen (NRO), welche die Menschenrechte befördern. Die jüngste Resolution bezüglich der Menschenrechtsverteidiger wurde von der „Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS)“ im Juni 2007 angenommen.¹⁸

ai-Adam-id-21568

© Tatjana Cardeal, Feb.2005



Einwohner von Coruja, São Paulo, protestieren gegen die Ermordung von sechs jungen Männern im Februar 2005.

Zeugen beschuldigen drei Militärpolizisten, das Opfer aus nächster Nähe erschossen zu haben. Die Attacke geschah offenbar aus Rache wegen Beschwerden der Einwohner gegen Polizeigewalt und Erpressung durch Polizisten.

Die Einwohner beschuldigen Polizisten, welche zu Ermittlungen kamen, der Entfernung von Beweismitteln, z.B. Patronenhülsen vom Tatort.

Die Leute waren sehr verängstigt zu protestieren, weil sie Repressalien durch die Polizei fürchteten. Viele, die dennoch teilnahmen, waren Frauen und Kinder.

Kapitel 3: Die Frauen und das Verbrechen

In Tausenden *Favelas* und marginalisierten Wohnvierteln überall im Lande leben Millionen Brasilianer und Brasilianerinnen unter der Kontrolle von Verbrecherbanden und Drogenfraktionen. Die Abwesenheit staatlicher Gewalt führte zu einem Machtvakuum, welches es diesen Banden ermöglicht, jeden Aspekt des alltäglichen Lebens in den *Favelas* zu kontrollieren. Die Banden erlegen der Bevölkerung Ausgangssperren auf, betreiben das Transportsystem und richten gewaltsam über Vergehen oder Ordnungswidrigkeiten der Bevölkerung.¹⁹ Das alltägliche Leben dieser Gemeinden dreht sich um Revierkämpfe zwischen rivalisierenden Banden und dem gewaltsamen Einfallen der Polizei. In den meisten Fällen müssen die Bewohner sich den Regeln der kriminellen Gruppierungen beugen, während sie von der Aussenwelt automatisch aufgrund ihrer Herkunft als kriminell verdächtig werden.

¹⁸) „Organisation der Amerikanischen Staaten [Organization of American States (OAS)]“, „Human Rights Defenders: Support for the individuals, groups and organizations of civil society working to promote and protect human rights in the Americas [Menschenrechtsverteidiger: Unterstützung für Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen der Zivilgesellschaft, die zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte in den Americas arbeiten]“, AG/Res. 2280 (XXXVII O/07), Juni 2007.

¹⁹) Siehe Amnesty-Bericht: „Brazil: They come in shooting – Policing socially excluded communities“, bzw. „Brasilien: Sie kommen wild schießend – Polizeitaktik in sozial ausgegrenzten Wohnvierteln“ (ai-Index: [AMR 19/025/2005](#)).

Die Auswirkungen der kriminellen Gewalt auf das Leben der Frauen sind komplex und vielschichtig. Frauen, die Opfer von Gewalt werden, werden dies nicht unbedingt nur aus dem Grund, weil sie Frauen sind. Getrieben von finanzieller Not oder auf der Suche nach einem sozialen Status kollaborieren oder nehmen immer mehr Frauen direkt an den Handlungen von Verbrecherbanden oder Drogenfraktionen teil. Die Leiden von Frauen hervorzuheben, bietet eine wichtige neue Perspektive hinsichtlich der verheerenden Gewalt in den Wohnvierteln. Es trägt zu einer Analyse der Hilflosigkeit bei, die oft von den Gemeinden erfahren wird, die gefangen sind in einer Welt, in der Kriminalität die einzige Möglichkeit des Überlebens darstellt und gleichzeitig eine ständige Bedrohung bedeutet.

Das Leben ohne Schutz

Die Auswirkungen des heutigen Ausmasses bewaffneter Gewalt in Brasilien sind oftmals kaum verstanden.

Im Jahr 2006 sind 34.648 Menschen in ganz Brasilien aufgrund von bewaffneter Gewalt ums Leben gekommen. Mit steigender Tendenz sind diese Tötungen auch nicht mehr ausschliesslich auf grosse urbane Zentren beschränkt; das Ausmass bewaffneter Gewalt steigt auch in den kleinen Städten im Inland Brasiliens. Das Profil der meisten Opfer bleibt weites gehend dasselbe: Junge Afro-Brasilianer mit minderprivilegiertem Hintergrund. Jedoch sind die Folgen krimineller Gewalt nicht auf eine Gruppe begrenzt. Die Leiden der Frauen und Mädchen verdeutlichen die harten Umstände, mit denen die gesamte Gesellschaft konfrontiert ist. 8% der gesamten Mordrate betrifft Frauen, aber die Zahlen steigen jedoch. In den Jahren 1979/1981 waren 9,6% der Frauen Mordopfer, die aufgrund äusserer Einflüsse (wie Unfälle und Gewalt) ums Leben kamen. In den Jahren 1997/1999 ist die Zahl auf 17,7% gestiegen. Davon ist die Hälfte mit einer Schusswaffe getötet worden.²⁰

Viele Fälle von Gewalt werden nicht angezeigt, da es niemanden gibt, an den man sich wenden könne, berichten verschiedene Frauen Amnesty International. Die überall vorhandene Gewalt werde zur „Normalität“. Die Zurückhaltung der Frauen, Gewalt anzuzeigen, zeigte sich in Interviews, die in allen sechs Staaten durchgeführt wurden. Insbesondere in Bezug auf kriminelle Gewalt und Gewalt in der Öffentlichkeit waren die Frauen nicht gewillt, auf die Präsenz von Handlungen krimineller Gruppierungen oder Drogenfraktionen in ihren Wohngebieten aufmerksam zu machen.

Im Jahr 2003 begannen mehrere Frauengruppen in der Stadt **Recife**-PE, die Ermordungen von Frauen zu dokumentieren, über die in den Medien berichtet wurde und die in öffentlichen Statistiken auftauchten. Der Bundesstaat Pernambuco mit der Hauptstadt Recife hat die höchste pro-Kopf-Mordrate im Land. Laut offiziellen Zahlen wurden im Jahr 2003 in Pernambuco 263 Frauen ermordet. Diese Zahl stieg im Jahr 2004 auf 320 und im Jahr 2005 auf 323 getötete Frauen an. In den ersten acht Monaten im Jahr 2006 wurden 220 Frauen umgebracht.²¹ Zwischen den Jahren 1980 und 2000 erhöhte sich die durchschnittliche Anzahl von Morden an Frauen von 3,8 auf 6,4 von 100.000 Einwohnern. Gleichzeitig stieg die Anzahl im gesamten Brasilien im selben Zeitraum von 2,3 auf 4,3 von 100.000 Einwohner.²²

Die Studie zeigt auch, dass, während die Tötungen in Pernambuco hauptsächlich zuhause passierten, eine steigende Anzahl vom Morden in der Öffentlichkeit geschah – als Konsequenz des wachsenden Gewaltausmasses innerhalb der Gemeinden und des Fehlens von öffentlicher Gewaltprävention und Schutzmechanismen.²³

Die Untersuchung wurde durch Medienberichte zu zwei Fällen innerhalb weniger Tage ausgelöst. Am Samstag, den 3. Mai 2003 verschwanden zwei Mädchen aus der Mittelschicht, **Maria Eduarda Dourado** sowie **Tarsila Gusmão**, bei einem Strandausflug mit ihren Freunden im Süden **Pernambucos**. Zehn Tage später wurden die Überreste ihrer Leichen in einem Zuckerrohrfeld gefunden. Zwei Männer, welche die Mädchen in einem gemieteten Kleinbus mitnahmen, wurden daraufhin trotz nur schwacher Beweise angeklagt. Der Ausgang der Fälle steht noch offen, da sie erneut von der Staatsanwaltschaft zur weiteren Untersuchung zurückgestellt wurden. Aufgrund der Gewalt dieses Verbrechens und der Herkunft der Mädchen erfährt der Fall in den Medien weiterhin

²⁰) A.C. Reis et aliter, „Mortalidade Feminina por Causas Externas: Brasil e Macrorregiões (1979 a 1999) [Frauen-Sterblichkeit wegen äusserer Einwirkungen: Brasilien und die Makroregionen (1979 bis 1999)]“, Rio de Janeiro, *BOLETIM do CENEPI / CLAVES*, n°4 (2001) [Bulletin von CENEPI und CLAVES],

zitiert in: Tatiana Moura, „Rostos Invisíveis da Violência Armada: um estudo de caso sobre o Rio de Janeiro [Unsichtbare Antlitze der Waffengewalt: eine Fallstudie über Rio de Janeiro]“, *7letras* [7 Buchstaben] (2007), Seiten 74-75.

²¹) Aureliano Biancarelli, „Assassinatos de Mulheres em Pernambuco [Ermordung von Frauen in Pernambuco]“, Seite 25.

²²) Aureliano Biancarelli, „Assassinatos de Mulheres em Pernambuco [Ermordung von Frauen in Pernambuco]“, Seite 28.

²³) SOS Corpo, „Dados e Análisis, Ano II, N°4 [Daten und Analyse, 2. Jahrgang, Nr. 4]“, Juli/September 2005.

grosse Beachtung.²⁴ Im Gegensatz dazu erfuhr ein weiterer Fall, bei dem eine Mutter mit ihren vier Töchtern von einigen maskierten Männern in **Alto Santo Aleixo**, einer armen Vorortgemeinde von **Recife-PE**, erschossen worden ist, in den Medien nur wenig Aufmerksamkeit. Er machte nur deshalb Schlagzeilen, da es sich um einen Mehrfachmord [chacina] handelte und weil die bundesstaatliche Regierung nicht in der Lage war, dem einzigen überlebenden Zeugen Schutz zu gewährleisten. Im Mai 2007 wurden zwei Männer schuldig gesprochen und wegen der Morde zu 139 Jahren Gefängnis verurteilt.

ai-Adam-id-215744

© SOS Corpo, Di.30.Jan.2007



Mitglieder des Pernambuco Frauenforums halten eine ihrer monatlichen Mahnwachen, um auf die wachsende Zahl von ermordeten Frauen im Bundesstaat aufmerksam zu machen.

Auf den Plakaten steht: „2006: 316 Frauen ermordet [2006: 319 Mulheres assassinadas]“ und sie nennen die Namen und das Alter der Gewaltopfer, sowie Forderungen nach den Strafgerichtshöfen, wie sie nach dem „Maria da Penha“-Gesetz im ganzen Bundesstaat errichtet werden müssten:

„Wer liebt, tötet nicht [quem ama, não mata]“, „Sicherheit [segurança]“,
 „Maria da Penha-Gesetz Nr. 11.340 [lei 11.340 Maria da Penha]“,
 „Strafgerichtshöfe überall im Bundesstaat [varas criminais em todo estado]“.

Jedoch enden die meisten Mordfälle in den sozial ausgegrenzten Wohnvierteln nicht damit, dass die Täter zur Verantwortung gezogen werden. Viele dieser Morde werden nicht angezeigt, da die Familien Angst vor Vergeltungsschlägen haben und auch nur wenig Vertrauen dahinein setzen, dass die Verantwortlichen auch tatsächlich vor Gericht gestellt werden. Nur wenige der angezeigten Fälle, falls überhaupt, werden genau und ordnungsgemäss von der Polizei untersucht. Diese Fälle erfahren kaum Aufmerksamkeit seitens der Medien, was dazu beiträgt, die Aufklärung dieser Fälle zu verhindern und es verstärkt gleichzeitig das Gefühl von Hilflosigkeit und Isolation derer, die in den ausgegrenzten Wohnvierteln leben. Im Ergebnis haben die Opfer dieser Gewalt gelernt, in Stille zu leiden.

Das vor 15 Jahren gegründete „Frauenforum von Pernambuco [Fórum de Mulheres de Pernambuco]“ initiierte eine Kampagne, welche das „unsichtbare“ Verbrechen Mord im gesamten

²⁴) Aureliano Biancarelli, „Assassinatos de Mulheres em Pernambuco [Ermordung von Frauen in Pernambuco]“, Seite 29.

Bundesstaat aufzeigen soll. Veranlasst durch diese Morde begannen sie, eine monatliche Mahnwache abzuhalten, um den Opfern zu gedenken und um die bundesstaatliche Regierung zum Handeln aufzurufen. Diese Mahnwachen zeigten zweifelsohne Wirkung. Sie zwangen die Regierung, die steigende Anzahl der getöteten Frauen einzuräumen, und gaben der Frauenbewegung Eingang zu den Machern der Politik.

Als die derzeitige bundesstaatliche Regierung von Pernambuco 2007 ihr Amt übernahm, wurden ein Sekretariat für Frauen begründet, sowie zwei staatliche Pläne eingeführt: zum einen der „Plan für Leben [Pacto pela Vida]“, ein Plan zur Öffentlichen Sicherheit, welcher Gender-Fragen fokussierte, zum anderen der „Bundesstaatliche Plan zur Begegnung der Gewalt gegen Frauen [Plano Estadual para o Enfrentamento da Violência contra a Mulher]“. Zur Zeit der Abfassung dieses Berichts war es noch zu früh, zu beurteilen, ob diese Pläne effektiv umgesetzt (implementiert) worden sind.

Im Mai 2006 besuchten Abgesandte von Amnesty International ein Projekt mit jungen Mädchen aus der Nachbarschaft **Santo Amaro**, eines der Stadtviertel **Recifes** mit der höchsten Gewaltrate. 13- und 14-jährige Mädchen und einige ihrer Eltern berichteten über das Leben in ihren Armenvierteln. Tägliche Schiessereien zwischen Verbrecherbanden zwangen die Mädchen sich auf der Suche nach Sicherheit, unter ihren Betten zu verstecken. Ihre Nachbarn lebten in ständiger Angst; sogar ein Feuerwerk konnte dazu führen, dass die Bewohner panisch nach Schutz suchten. Sie sprachen über ein 16-jähriges Mädchen, welches auf dem Nachhauseweg in eine Schiesserei geriet und erschossen wurde. Ein anderes wurde getötet, nachdem es vergewaltigt worden ist. Sie sprachen auch von einem 15-jährigen Mädchen, dass vor kurzem ermordet wurde, nachdem es die Freundin eines Drogenhändlers geworden ist.



Der 26-jährige Drogenhändler Maurinho gehörte zum „Comando Vermelho [Rotes Kommando]“ in Rio de Janeiro, Seine Leiche wird abtransportiert, während Kinder, Anwohner und eine Fernsehkamera und zuschauen. Zeitungsberichte besagten, dass Maurinho während einer Schiesserei getötet worden sei. Jedoch wurden von Zeugen keine solche Schiesserei gehört. Vielmehr war ein Stiefelabdruck auf Maurinhos Rücken zu sehen, was vermuten lässt, dass die Polizei ihn auf den Boden zwang, bevor sie ihn erschoss. Die Wahrheit wird wohl niemals ans Licht kommen, da die Polizei gewöhnlich in solchen Situationen die Leichen entfernt, bevor eine gerichtsmedizinische Untersuchung erfolgen kann.

Ein Mädchen sagte, „die Leute gehen lieber, als dass sie ermordet werden. Wenn du etwas anzeigst, stirbst du. [O pessoal se muda para não morrer. Se for denunciar morre.]“ Ein anderes Mädchen beschrieb, wie Aussenstehende denken, dass die Bewohner von Santo Amaro „nichts taugen [não prestam]“. Die Macht der Banden ist so gross, dass es den Mädchen nicht möglich ist, ein ähnliches Projekt in der näheren Umgebung zu begründen; denn das würde bedeuten, in das Kontrollgebiet einer anderen Bande zu geraten und somit dem Risiko ausgesetzt zu sein, angegriffen zu werden. Sie alle spürten, dass die Polizei keine Präsenz in dem Armenviertel zeigte: „Die Polizei kommt nur, um die Leichen aufzusammeln. [polícia só vem para catar morto.]“ Alle Mädchen waren überrascht zu hören, dass Schiessereien in Städten wie London (UK) nicht zur Tagesordnung gehörten.

Frauen im Bundesstaat **Bahia** berichteten Amnesty International von den extremen Gefahren mit denen sie konfrontiert sind, insbesondere in den Wohnvierteln von **Novo Alagados**. Bei einem Treffen in der Gemeinde **Uruguai**, einem Armenviertel von **Salvador-BA**, beschrieben frühere Bewohner von **Ilha do Rato** [Maus-Insel] in Novo Alagados den Ort als extrem verarmt, bestehend aus Hütten auf Stelzen, gebaut auf sumpfigem Boden. Konflikte zwischen rivalisierenden Drogenbanden haben zu einem extremen Ausmass an Gewalt geführt. Bewohner, die sich gegen die Banden erhoben haben, wurden getötet oder verprügelt. Viele wurden gezwungen, das Wohnviertel zu verlassen. Nur die Bewohner, die zu arm waren, um das Wohnviertel zu verlassen, blieben und leben unter der Kontrolle der Verbrecherbanden. Die Polizei betritt das Wohnviertel nur selten.

Die bundesstaatliche Universität von Bahia [Universidade do Estado da Bahia (UNEB)] führte eine Studie zur Lage der Frauen in Not von Novo Alagados durch. Die Studie verdeutlichte das hohe Ausmass an Gefahr und Angst. Die Studie erörterte auch, dass viele Frauen in diesen Gemeinden einem höheren Risiko ausgesetzt sind, weil sie allein die Verantwortung für ihre Familien tragen müssen. In einer beträchtlichen Fallzahl waren die Partner oder Familienväter umgekommen oder befanden sich im Gefängnis. Die Frauen, die allein der Familie vorstehen, befinden sich nicht nur in

einer weit prekäreren finanziellen und sozialen Situation; sie sind auch einem direkten Risiko grösserer krimineller Gewalt ausgesetzt.

ai-Adam-id-11575

„Es ist alles so traurig, aber ich muss hier bleiben, weil ich keinen anderen Ort habe, hinzugehen. [É tudo muito triste, mas eu tenho que ficar aqui porque não tenho pra onde ir.]“

Dona Carolina steht neben ihrem Sohn und beobachtet, wie die Polizei in den unterhalb gelegenen Strassen ausschwärmt. Rio de Janeiro, 2005.



© Genna Naccache, 2005

„Eu vivo dopada, tomo remédio de maluco ! Aquele Diazepam® para dormir. Porque se estou lúcida não consigo dormir, com medo. Dopada, pego minha filha, me jogo no chão, para me proteger do tiroteiro, e durmo a noite toda. Se minha filha perder a chupeta, ela vai chorar a noite toda, porque deu oito horas da noite eu não saio mais de casa.“

„Ich lebe voll gepumpt mit Drogen, nehme Medikamente wie eine Wahnsinnige, nehme dieses Diazepam®, um zu schlafen. Denn, wenn ich klar bin, kann ich wegen der Angst nicht schlafen. Wenn ich gedopt bin, greife ich meine Tochter und werfe mich auf den Fussboden, um mich vor den Schiessereien zu schützen, und schlafe die ganze Nacht. Wenn meine Tochter ihren Schnuller verliert, schreit sie die ganze Nacht; denn nach 20 Uhr verlasse ich niemals mehr das Haus.“

Zitiert in: Maria de Fátima Cardoso, „Mulher Chefe de Família na Mira da Violência Urbana [Frau, Familienoberhaupt im Visier der urbanen Gewalt]“, Februar 2003, Seite 49.

Die Studie fand heraus, dass Kriminelle auf der Flucht regelmässig in die Häuser der Familien dieser Frauen in den Wohnvierteln von Novo Alagados eindringen. Dadurch sind die Frauen ständig dem Risiko körperlicher und sexueller Gewalt ausgesetzt. Die Frauen sehen sich selbst in der Falle. Aus Angst vor Vergeltung sind sie nicht in der Lage, die Drohung oder Anwendung von Gewalt anzuzeigen. Zudem fürchten sie, selbst als Kriminelle verdächtigt zu werden, da sie Kriminelle beherbergt haben. Die Frauen, die versucht haben, Verbrechen auf staatlichen Telefon-Hotlines anzuzeigen, legten auf, sobald man sie nach ihrem Namen und ihrer Adresse fragte. Amnesty International wurde zudem berichtet, dass Frauen sich verletzten oder sogar starben, als sie von den Dächern ihrer Häuser sprangen, um den Verbrechern zu entfliehen oder Schiessereien zu entkommen.

Einige Frauen tragen selbst Messer, um sich zu schützen. Viele sind gezwungen, ihre Häuser zu verlassen und bei Verwandten in überfüllten Häusern zu wohnen.

„... fui procurar ajuda numa instituição porque tinha muito medo de que os marginais voltassem a invadir minha casa; me responderam que se eu quisesse porteção era para eu pegar um homem e botar na minha casa, que quem protege a casa de mulher solteira é homem.“

„... Ich suchte Hilfe bei einer staatlichen Institution, da ich Angst hatte, dass die Verbrecher erneut in mein Haus eindringen würden. Sie sagten mir, ich solle einen Mann finden und ihn ins Haus bringen, denn es seien die Männer, welche die Häuser alleinstehender Frauen beschützen.“

Zitiert in: Maria de Fátima Cardoso, „Mulher Chefe de Família na Mira da Violência Urbana [Frau, Familienoberhaupt im Visier der urbanen Gewalt]“, Februar 2003, Seite 40.

Die Frauen leben in ständiger Angst vor Vergeltung oder Bestrafung seitens der Verbrecher. Während eines Treffens in einer Stadtrandgemeinde von **Recife-PE** wurde deutlich, dass die Frauen Informationen über das zurückhielten, was in ihrer Nachbarschaft geschieht. Amnesty International fand später heraus, dass eine der anwesenden Frauen die Ehefrau des führenden lokalen Drogenhändlers war. Diejenigen, die wagen, kriminelle Aktivitäten anzuzeigen, bringen ihr Leben in Gefahr.



© Genna Naccache, 2005

Wenn die Polizei die *Favelas* betritt, fliehen die Familien in die entgegengesetzte Richtung, um Zuflucht auf öffentlichen Plätzen zu suchen.

An Orten wie der *Favela Rocinha* bringt die Anwesenheit der Polizei keine Sicherheit, sondern das Gegenteil.

Wenn die Polizei die *Favelas* betritt, so bedeutet dies, dass Gewalt droht.

Im August 2005 präsentierte eine 80-jährige Frau, die neben einer *Favela* im Stadtteil **Copacabana** in **Rio de Janeiro** wohnte, den Behörden Filmaufnahmen, die sie über mehrere Jahre

aufgenommen hatte. Die stundenlangen Filmaufnahmen zeigen Drogendealer, die offen vor ihrem Fenster mit Drogen handeln, sowie Polizisten, die von den Drogenhändlern Bestechungsgelder entgegennehmen. Als die Frau, in den Medien bekannt unter dem Namen **Dona Vitória**, eines Nachts den lokalen Posten der Militärpolizei anrief, um die Kriminellen anzuzeigen, machten die sich angeblich über sie lustig. Dank der darauf in den Medien folgenden Aufmerksamkeit zu den Filmaufnahmen, wurden 20 Menschen festgenommen, darunter neun Polizeibeamte. Zwar musste Dona Vitória daraufhin ihr Haus verlassen, der Staat garantierte ihr jedoch, dass sie in ein Zeugenschutzprogramm käme. Diese Massnahmen kommen nur selten vor.

Frauen sind ebenso gefährdet, wenn sie mit den Drogenbanden in Konflikt geraten. In **Restinga**, einem extrem ärmlichen und gewalttätigen Wohnviertel im Süden von **Porto Alegre** im Bundesstaat **Rio Grande do Sul** wurde Amnesty International von einer Frau berichtet, die erdrosselt und geschändet wurde, in dem man ihr einen Holzstock in Vagina steckte, da sie den Drogenhändlern ihre Schulden nicht bezahlte.

Frauen sind ebenfalls Opfer von Vergeltungsanschlägen. In der Nacht vom 29. Juni 2003 wurden die 41-jährige **Verônica Maria do Carmo**, ihre 13-jährige Tochter **Priscila Fernanda do Carmo** sowie ihre 28-jährige Nichte **Andréa Carla Santana** auf dem Heimweg von einem Besuch bei Verwandten entführt, vergewaltigt und ermordet. Das Verbrechen wurde als „Maranguape-2-Gemetzel [chacina]“ in Anlehnung an die Nachbarschaft in der Stadt **Paulista** ausserhalb von **Recife** tituliert, wo sie ermordet wurden. Es wird angenommen, dass die drei aufgrund von Auseinandersetzungen des Ehemanns von **Andréa Carla Santana** über Drogenverkäufe sterben mussten. Aufgrund von weitreichenden Demonstrationen der Frauenbewegung nahm sich die Polizei des Falles an. Gerichtsmedizinische Untersuchungen zeigten, dass die Frauen mit Stöcken und Steinen zu Tode geprügelt wurden. Die Verantwortlichen wurden vor Gericht gestellt und verurteilt. Die Verantwortlichen für den Tod von **Andréa Carla Santanas** Schwägerin **Adriana** rund vier Monate zuvor wurden jedoch niemals vor Gericht gestellt. Die damals 17-jährige **Adriana** wurde am Samstag, den 8. März 2003, dem Internationalen Frauentag auf einer Feier getötet, als ein Mann sie in der Menschenmenge als Schutzschild benutzte, während er sich ein Feuergefecht mit einem anderen Mann lieferte.²⁵

²⁵ Maria de Fátima Cardoso, „Mulher Chefe de Família na Mira da Violência Urbana [Frau, Familienoberhaupt im Visier der urbanen Gewalt]“, Seite 29.

Die Frauen und der Drogenhandel

In den von Verbrecherbanden beherrschten, dominierten Gemeinden ist das Verhältnis zwischen Frauen und Drogenhändlern als sehr komplex anzusehen. Drogenhändler haben eine enorme Macht über das Leben der Menschen in diesen Gemeinden, die durch sie effektiv kontrolliert werden. Die Drogenhändler stellen hier oft faktisch das Gesetz dar, sie haben sowohl die Macht, Strafen zu verhängen, als auch den Gemeinden Schutz zu bieten. Für die Frauen können sie sowohl ein Mittel zur Erhöhung des sozialen Status sein, sie können diesen Status aber auch nutzen, um Missbrauch zu betreiben. Diese Gesellschaftsstruktur des Verhältnisses zwischen Drogenhändlern und Gemeindemitgliedern ist seitens der Drogenhändler von Eigennutz im Interesse ihrer Geschäfte geprägt und so ist die Rolle des Gemeindemitgliedes meist auf die Sicherung des eigenen Überlebens und damit eine gewisse Anpassung ausgerichtet.

Jahrelang galt allgemein die mythische Sichtweise, dass Drogenhändler häusliche Gewalt in ihrem Umfeld nicht dulden. Tatsächlich haben Drogenhändler ein Eigeninteresse, bei Fällen häuslicher Gewalt einzuschreiten, um möglichst abzusichern, dass die Behörden sich nicht in „ihr Hoheitsgebiet“ einmischen. Dies ist aber keinesfalls mit Respekt für Frauen gleichzusetzen. Viele Leute, auch ehemalige Drogenhändlerinnen berichteten Amnesty International, dass Drogenhändler regelmässig ihre eigenen Frauen und Freundinnen schlagen und missbrauchen.



© Genna Naccache, 2005

Ein 16-jähriges Mädchen neben ihrem Stiefvater.
Das Mädchen hat erst kürzlich ein kleines Mädchen geboren.
Eine Frauengruppe aus **São Paulo** erzählte Amnesty International von einem Mädchen, die nach jahrelangem Missbrauch durch ihren Grossvater Schutz bei Drogenhändlern suchte. Diese gaben dem Mädchen Geld, damit sie bei einer lokalen Frauengruppe im Stadtzentrum Hilfe suchen konnte. Die Frauengruppe riet dem Mädchen, psychologische Hilfe in einem Gesundheitszentrum in Anspruch zu nehmen. Dort sagte man ihr, sie müsse zuvor

den Missbrauch bei der Polizei anzeigen. Als sie dies den Drogenhändlern mitteilte, töteten diese den Grossvater, um zu vermeiden, dass die Polizei einen möglichen Grund sah, das Wohnviertel zu betreten. Das Mädchen ist mittlerweile in psychologischer Behandlung.

In allen von Amnesty International aufgesuchten Wohngebieten wurde berichtet, dass Drogenhändler Frauen als ihren persönlichen Besitz ansehen. Diese zunehmende entmenschlichte Sichtweise von Frauen in diesen Gemeinden spiegelt sich auch in der Musik (insbesondere im Funk) als auch in der generellen Kultur wieder. Liedtitel wie „**Um tapinha não dói [Ein kleiner Klaps schmerzt nicht]**“ zeigen diese Tendenz deutlich. Frauen werden entweder eine Trophäe, ein Beutegut – viele Drogenhändler prahlen, brüsten sich mit mehreren Freundinnen – oder sie werden als Handelsgut benutzt.

Dennoch üben Drogenhändler eine gewisse Attraktivität auf einige Frauen aus. Ein Studie der Universität von Coimbra (in Portugal) und „Viva Rio [Rio lebe]“, unterstützt durch das „Studienzentrum für Sicherheit und Bürgerrecht [Centro de Estudos de Segurança e Cidadania (CESeC)]“, zum Thema Frauen und Waffengewalt führte zahlreiche Interviews mit Frauen aus sozial schwachen Gemeinden sowie mit Gefängnisinsassinnen in Rio de Janeiro durch. Die Frauen stellte klar die Attraktivität von Drogenhändlern als Lebenspartner heraus:

„Mulher adora bandido ! Nossa Senhora, fica até mais bonito ! Fica lindo, fica mais poderoso ... Tem um cargo. As meninas estão desvalorizadas ... Meninas da favela não tem condições para bancar Gang. PXC ... e bandido pode.“

„Frauen lieben Banditen ! Göttin, man wird sogar schöner dadurch ! Du wirst wunderschön und mächtig ... Du hast ein gewisses Ansehen. Die Mädchen sind wertlos ... Mädchen aus der Favela können sich keine Gang leisten, kein PXC [designer label] ... Ein Bandit kann das.“

17-jährige Renata zitiert in: Tatiana Moura, „Rostos Invisíveis da Violência Armada: um estudo de caso de Rio de Janeiro [Unsichtbare Antlitze der Waffengewalt: eine Fallstudie zu Rio de Janeiro]“, Seite 53.

„Eu acho que é isto sabe, tudo é ... é a embriaguez do poder, do sucesso ... as meninas acham que o cara que tá portando uma arma, ele pode dar uma ... uma posição para ela de destaque ...“

„Ich glaube, das ist so, weißt du, alles ist ... es ist, betrunken von der Macht und des Erfolgs zu sein ... Die Mädchen glauben, dass der Geliebte mit der Pistole ihnen ... ein gewissen Status geben kann“.

31-jährige Gefängnisinsassin des Talavera-Bruce-Frauengefängnisses in Rio de Janeiro, zitiert in: Tatiana Moura, „Rostos Invisíveis da Violência Armada: um estudo de caso de Rio de Janeiro [Unsichtbare Antlitze der Waffengewalt: eine Fallstudie zu Rio de Janeiro]“, Seite 53.



Eine amerikanische Gefangene an ihrem Hochzeitstag: „Ich könnte ein Buch über meine Zeit in einem brasilianischen Gefängnis schreiben - die Frauen waren wunderbar und bekamen viel Unterstützung von der Gemeinschaft ... aber ich sah auch viele traurige Dinge ... [Eu possa escrever um livro sobre meu tempo numa cadeia brasileira - as mulheres eram maravilhosas e tiveram muitíssimo socorro da comunidade ... mas eu vi também muitas coisas tristes ...]“

Jedoch müssen die Frauen oft einen hohen Preis für diese Macht und den Status bezahlen. Manchmal werden die Frauen zu reinen Besitztümern der Drogenhändler degradiert.

Amnesty International erhielt zahlreiche Berichte von Frauen, die während der Ehepartner-Besuchszeiten in Gefängnissen als Leibeigene benutzt werden, um Drogen- oder Gefängnisschulden abzubezahlen. In **Prinha do Lobato** in **Salvador** im Bundesstaat Bahia gab es einen Fall, in dem die Frau eines Drogenhändlers an einen Politiker „abgegeben“ wurde, um Schulden abzugelten. Die Frauen oder engen Freundinnen von Drogenhändlern werden so eng an deren Lebensstil gebunden, dass sie andere Frauen im Leben ihres Partners akzeptieren und oft dazu gezwungen werden, ihre Partner zu unterstützen und ihre Schulden für sie abzubezahlen, wenn diese im Gefängnis sind – oft auch unter Gewaltandrohung. In Salvador wurde Amnesty International berichtet, dass die Freundinnen von Drogenhändlern oft über längere Zeit gefangen gehalten werden [carcere privado]. Unsicherheit und Gewalt bringen Frauen oft dazu, gefährliche und erniedrigende Dinge zu tun.

„[Muitas vezes elas pensam assim] Eu tenho que guardar a arma do meu marido aqui na casa, se não ele vai guardar a arma dele na casa de outra.“

„[Oft denken Mädchen so] Ich muss die Waffe meines Ehemannes zuhause aufbewahren, wenn nicht, wird er seine Waffe im Haus einer anderen aufbewahren“.

Einwohnerin des Wohnviertels Cidade-de-Deus [Gottesstadt]²⁶, zitiert in: Tatiana Moura, „Rostos Invisíveis da Violência Armada: um estudo de caso de Rio de Janeiro [Unsichtbare Antlitze der Waffengewalt: eine Fallstudie zu Rio de Janeiro]“, Seite 54.

Frauen sind für Drogenhändler sehr nützlich, vom Verstecken von Waffen bis zum Drogentransport, weil sie nicht von männlichen Polizisten durchsucht werden dürfen und weil sie allgemein als ersetzbar angesehen werden.

„Eu nunca usei arma. Mulher não ... é mais homem. Ah ... mas já vi muita menina levar arma para o garot, para ele roubar. Leva até ele, depois ele faz o assalto e depois entrega a ela levar de volta para a favela.“

„Ich habe noch nie eine Waffe benutzt. Frauen tun das nicht ... normalerweise sind das die Männer. Ah ... aber ich habe oft gesehen, wie Mädchen ihren Kerlen Waffen gebracht haben, damit diese Raubüberfälle begehen können. Sie bringt ihm die Waffe, er macht den Überfall, dann gibt er ihr die Waffe zurück, damit sie die Waffe zurück in die Favela bringen kann.“

17-jährige Beatriz, zitiert in: Tatiana Moura, „Rostos Invisíveis da Violência Armada: um estudo de caso de Rio de Janeiro [Unsichtbare Antlitze der Waffengewalt: eine Fallstudie zu Rio de Janeiro]“, Seite 57.

Teenager und junge Frauen werden auserkoren, um Drogen und Waffen von einem Ort an einen anderen zu bringen. Die komplexe und unausgeglichene Beziehung zwischen Drogenhändlern und Frauen hat dazu geführt, dass Frauen vermehrt für den Drogenhandel gebraucht und missbraucht werden. Obgleich Frauen eine eher geringe Zahl der Inhaftierten ausmachen, ist die Zahl der Frauen angestiegen, die Haftstrafen verbüßen – insbesondere bei Haftstrafen aufgrund von Drogenhandel. In Rio de Janeiro machen Frauen lediglich 3,7% der Gefängnisinsassen aus. Allerdings hat sich die Anzahl inhaftierter Frauen zwischen 1988 und 2000 mehr als verdoppelt.²⁷ Im Juni 2007 gab es laut brasilianischem Bundesjustizministerium 419.551 Inhaftierte, davon waren

²⁶) Das Wohnviertel **Cidade-de-Deus** [Gottesstadt] im Stadtbezirk **Jacarepaguá** liegt in einem Tal des **Tijuca**-Küstengebirges, welches sich mitten durch die Metropole Rio de Janeiro-RJ zieht und die Stadtteile an der Atlantikküste im Süden von denen der **Baixada Fluminense** [Flussniederung] im Norden trennt.

²⁷) Barbara Soares, Musumesci & Ilgenfritz, Lara, „Prisioneiras: vida e violência atrás das grades [weibliche Gefangene: Leben und Gewalt hinter Gefängnistoren]“, Garamond, Rio de Janeiro 2002, Seite 85.

25.909 Frauen, was 6,2% der Gefängnisinsassen entspricht. Eine im Jahr 1988 in Rio de Janeiro durchgeführte Zählung in Gefängnissen zeigte, dass 36% der inhaftierten Frauen wegen Drogenbesitz oder Drogenhandel Strafen verbüßten. Im Jahr 2000 war diese Zahl auf 56% gestiegen.²⁸ In São Paulo waren zwischen den Jahren 1991 und 1998 fast 40% der Frauen wegen Drogenhandel oder Betrug inhaftiert.²⁹

Eine Studie über Frauen in Gefängnissen, die in São Paulo durch die „Gefängnis-Pastoral-Kommission [Comissão Pastoral de Carcerária (CPC)]“ der römisch-katholischen Kirche und dem „Institut Land, Arbeit und Bürgerrecht [Instituto Terra, Trabalho e Cidadania (ITTC)]“ durchgeführt wurde, stellt einen Zusammenhang zwischen der Zunahme der für Drogenhandel verurteilten Frauen und einer Gesetzesänderung (Gesetz-Nr. 6368/76) her, entsprechend derer zwischen Drogentransport und Drogenhandel nicht mehr unterschieden wird.³⁰ Aus dieser Änderung resultierte, dass viele als „Maulesel [mulas]“-Drogenkuriere eingespannte Frauen vermehrt für Drogentransport unverhältnismässig hohe Strafen erhalten, im Vergleich zu den Strafen für Drogenhandel. Manchmal werden weibliche Drogenkuriere von männlichen Drogenhändlern verpöffen, um die Polizei von anderen, grösseren Drogen-Transaktionen abzulenken. Dies beleuchtet auch die Dynamik des Verhältnisses von Drogenhandel und Polizei und die niedrige Stellung der Frauen im Drogenhandel, die oft ganz unten in der Kette stehen – Frauen werden gleichermassen von Drogenhändlern als auch von korrupten Polizisten als entbehrlich und austauschbar angesehen.³¹

In Rio de Janeiro erzählte eine frühere Drogenhändlerin den Universitätsforschern, wie sie einem Drogenring beigetreten war, da er ihr einen gewissen Status und Macht bot. Sie beschrieb, wie sie sich lange wünschte, selbst eine Waffe zu besitzen und wie diese ihr dann ein Machtgefühl gab:

„E depois que eu comecei a andar com aqueles garotos, caramba, todo mundo que me batia antigamente, não olhava nem pra minha cara. Passava por mim assim de cabeça baixa. Sabe, tu vê quando as pessoas sentem medo de você, tá com medo de você, entendeu? Então aquilo foi me fortalecendo cada vez mais.“

„Als ich anfing, mit diesen Kerlen [die mit Drogen handelten] rumzuhängen, trauten sich die Leute, die mich früher geschlagen hatten, nicht mehr, mir ins Gesicht zu sehen. Sie gingen mit gesengtem Haupt an mir vorbei. Wissen Sie, du siehst, wenn Leute vor einem Angst haben. Verstehst du? Und das hat mich jedes Mal stärker gemacht.“

Zitiert in: Mariana Bacinski, „Identity Construction of Reformed Criminal Women: A Systemic Approach [Identitätskonstruktion von gebesserten, straffälligen Frauen: ein systematischer Ansatz]“, Clark University, Massachusetts, USA, Seite 116.

Macht und Status sind eindeutig ein Hauptbeweggrund für die Frauen. Es sind jedoch oft finanzielle Notlagen und der Ausschluss von sozialen Leistungen die Frauen dazu zwingen, alternative Einkommensquellen durch Verbrechen und Drogenhandel zu suchen. Im riesigen Stadtbezirk **Sapopemba**³², im Osten **São Paulos**, erzählten Frauen Amnesty International, dass sowohl der Mangel an Kinderkrippenplätzen als auch die schwierige Lage am Arbeitsmarkt dazu führten, dass viele Frauen Arbeit im Drogenhandel suchen, um ihre Kinder zuhause versorgen zu können. Eine 53-jährige Grossmutter, die im **Talavera-Bruce-Gefängnis** in Rio de Janeiro wegen Drogenhandel einsitzt, beschrieb, wie es dazu kam:

„Então o que me levou era que queria dar do bom e do melhor para os meus netos ... o melhor eu queria para os meus netos ... então ... (silêncio). Foi por pura ilusão ... me levou a entrar por ilusão.“

„Also, was mich dahin führte, war, dass ich nur das Gute und das Beste für meine Enkel wollte ... das Beste wollte ich für meine Enkel ... also ... (Schweigen). Es war eine reine Illusion ... Ich habe aufgrund einer Illusion damit angefangen.“

Zitiert in: Tatiana Moura, „Rostos Invisíveis da Violência Armada: um estudo de caso de Rio de Janeiro [Unsichtbare Antlitze der Waffengewalt: eine Fallstudie zu Rio de Janeiro]“, Seite 61.

²⁸) Barbara Soares, Musumesci & Ilgenfritz, Iara, „Prisioneiras: vida e violência atrás das grades [weibliche Gefangene: Leben und Gewalt hinter Gefängnistoren]“, Garamond, Rio de Janeiro 2002, Seite 85.

²⁹) Instituto Terra, Trabalho e Cidadania (ITTC) [Institut Land, Arbeit und Bürgerrecht] & Comissão Pastoral Carcerária (CPC) [Gefängnis-Pastoral-Kommission], „Direitos Humanos e Mulheres Encarceradas [Menschenrechte und inhaftierte Frauen]“, São Paulo 2006, Seite 24.

³⁰) Instituto Terra, Trabalho e Cidadania (ITTC) [Institut Land, Arbeit und Bürgerrecht] & Comissão Pastoral Carcerária (CPC) [Gefängnis-Pastoral-Kommission], „Direitos Humanos e Mulheres Encarceradas [Menschenrechte und inhaftierte Frauen]“, São Paulo 2006, Seite 26.

³¹) Siehe: Barbara Soares, Musumesci & Ilgenfritz, Iara, „Prisioneiras: vida e violência atrás das grades [weibliche Gefangene: Leben und Gewalt hinter Gefängnistoren]“, Garamond, Rio de Janeiro, Seite 86.

³²) Der Stadtbezirk **Sapopemba** im Osten der Metropole **São Paulo-SP** grenzt an die beiden Städte **São Caetano do Sul-SP** und **Santo André-SP** im ABCD-Industrie-Viereck mit den beiden Städten **São Bernardo do Campo-SP** und **Diadema-SP**.



Ein Paar flieht mit seinem jungen Baby aus dem Haus, während ein Polizist seinen Weg eine Gasse hinunter bahnt, Rio de Janeiro, 2005.

Während dieser Razzia besetzten etwa 1.200 Polizisten strategische Punkte in der *Favela Rocinha*.

Gross angelegte Polizei-Razzien verursachen oft grosse Kosten für die Wohngebiete, aber lassen die zugrunde liegenden Probleme der Ausgrenzung (Exklusion) und der Kriminalität unberührt.

Insgesamt wurde bisher die Situation der Frauen, die versuchen, in einem durch Drogenhandel dominierten Umfeld Sicherheit für sich und ihre Familien zu schaffen, nicht genügend bedacht. Das hat zur Folge, dass es nicht genügend Polizeipräsenz gibt, um zu verhindern, dass Frauen in solche Situation geraten. Jedweder Versuch, Probleme der öffentlichen Sicherheit zu lösen, muss daher diesen geschlechterspezifischen Aspekt berücksichtigen, soll er von Erfolg gekrönt sein.

Kapitel 4: Die Frauen und das Strafrechtssystem

Durch die Arbeit der dynamischen Frauenbewegung Brasiliens gelangte das Land an die Spitze der Länder, welche speziell für Frauen in riskanten Situationen Schutzmechanismen entwickeln. Im Jahre 1985 wurden in Brasilien als erstem Land Polizeiwachen geschaffen, die sich speziell mit dem Thema Gewalt an Frauen befassten. Im Jahr 2003 schuf die Bundesregierung das Bundesfrauenministerium und im September 2006 wurde das „Maria da Penha“-Gesetz verabschiedet.

Diese bahnbrechenden Fortschritte haben jedoch für die Frauen in Brasilien bislang in der Realität keine wirklichen Verbesserungen in Bezug auf Gewaltsituationen gebracht. Ursächlich für diese Diskrepanz zwischen gesetzgeberischen Versprechungen und der erlebten Realität der Frauen ist die Verleugnung von anhaltenden und tief verwurzelten Problemen des Strafrechtssystems, an deren Lösung nicht gearbeitet wird. Dies erleben besonders Frauen, die am Rande der Gesellschaft leben. Das Auftreten einer Polizei, die beständig die Rechte der Frauen verletzt und sie aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert, kann nur wenig Respekt und Vertrauen von Frauen erwarten, die für ihre Rechte kämpfen. Ein Justizsystem, welches schwache soziale Schichten ausgrenzt und diskriminiert, gibt gerade diesen Menschen wenig Hoffnung und Vertrauen in die Mechanismen des Systems. Schliesslich bietet das durch eine lange Geschichte von Brutalität, Folter und Missbrauch geprägte Gefängnissystem für männliche gewalttätige Ehepartner geringe Aussichten auf eine gesellschaftlichen Wiedereingliederung (Rehabilitation).

Indem diese Menschenrechtsverletzungen innerhalb des Strafrechtssystems beharrlich gelegnet werden, läuft Brasilien Gefahr, die aufgrund der verabschiedeten Gesetze und geschaffenen Institutionen entstandenen Hoffnungen und Versprechungen zu untergraben und nicht erfüllen zu können.

Am Dienstag, den 16. Januar 2007 wurden ein Teenager-Junge und ein 14-jähriges Mädchen in der Nähe eines Drogenumschlagplatzes von Militärpolizisten in der Gemeinde **Jardim Elba** in **Sapopemba** in São Paulo-SP angehalten. Nach dem Bericht, den sie einer lokalen Nichtregierungsorganisation vortrugen, wurden die beiden zu einem nahe liegenden Schulgelände verbracht und dort mit Stöcken verprügelt. Sie wurden dann auf den Schulsportplatz verschleppt und dort wurde das Mädchen von einem der Militärpolizisten sexuell missbraucht. Die zwei Jugendlichen wurde danach laufen gelassen mit dem Auftrag, den Drogenhändlern auszurichten: zahlt an uns Militärpolizisten monatlich 1.000 R\$ (etwa 600 US\$, bzw. 610 SFr oder 380 Euro)³³, dann könnt ihr euren Drogenhandel ohne Einschreiten der Polizei fortsetzen.

Dieses Falles nahm sich das Menschenrechtszentrum in Sapopemba an, welches auch gegen die beteiligten Polizisten Anzeige erstattete. Im September nahm der Polizist, der wegen sexuellen Missbrauchs an dem Mädchen angezeigt worden war, das Mädchen unter der Anschuldigung des Drogenhandels fest. Die Beschuldigung bezüglich einer Straftat des Mädchens wurden angezweifelt und es wurde berichtet, dass sich der Polizist anderen gegenüber derart geäußert habe, dass er sich an dem Mädchen und an ihrer Verteidigerin, **Valdenia de Paulino**, rächen wolle. Das Mädchen wurde sodann gegen Kautions während der noch anhängigen Ermittlung entlassen. Die beauftragten Rechtsanwälte sind sich sicher, dass es leicht gelingen wird, die Anschuldigungen gegen das Mädchen zu widerlegen.

ai-Adam-id-8537
© Amnesty International, Nov.2005



Valdenia de Paulino spricht im Stadtteil Parque Madalena, Sapopemba, São Paulo-SP.

Kurze Zeit später versuchte die Polizei die Glaubhaftigkeit von **Valdenia de Paulino** zu beeinträchtigen, welche als Menschenrechtsverteidigerin ein hohes Ansehen genießt. Es wurde behauptet, dass ihr Name auf einer Liste mit Personen stehen würde, die Geld von Drogenhändlern annehmen. Auch dies wurde später in den nationalen Medien angezweifelt. In der gleichen Zeit wurde das Haus des Bruders von **Valdenia de Paulino** von unbekanntem Männern belagert. Seine Frau wurde von ihnen vor dem Haus abgefangen und die Männer versuchten gewaltsam, in das Haus einzudringen. Im Oktober 2007 machte Amnesty International die Landes- und die Bundes-Behörden auf die Einschüchterungen aufmerksam, denen **Valdenia de Paulino** und ihre Familie ausgesetzt waren. Amnesty International hat bislang keine Antwort auf diese Schreiben erhalten.

Aurina Rodrigues Santana, ihr Ehemann und ihr 19-jähriger Sohn, **Paulo Rodrigues Santana Braga**, wurden am Dienstag, den 14. August 2007 im Schlaf in ihrem Haus getötet. Dies geschah nachdem **Aurina Rodrigues**, die sich als Aktivistin in der

„Bewegung für die Rechte auf Wohnung“ einsetzte, einen Bericht über die Folter durch 2 Militärpolizisten an ihrem Sohn und ihrer 13-jährigen Tochter³⁴ wegen angeblichen Drogenhandels bei der staatlichen Menschenrechtskommission eingab. Diesem Bericht lag folgender Sachverhalt zugrunde: Am Mittwoch, den 21. Februar 2007 waren 4 Militärpolizisten wegen einer angeblichen Suche nach Drogen und Waffen in das Haus der Familie eingedrungen. Sie schlugen und traten **Paulo** und seine 13-jährige Schwester. Die Polizisten stülpten den Kindern Plastiktüten über den Kopf, um sie zu ersticken. Über **Paulo's** Kopf gossen sie heisses Öl.

³³) Wechselkurse in Brasilien vom Do. 17. Apr. 2008: 1 Real = 0,6 US-Dollar = 0,61 Franken = 0,38 Euro, bzw. 1 US-Dollar = 1,68 Reais, bzw. 1 Franken = 1,64 Reais, bzw. 1 Euro = 2,66 Reais.

³⁴) Der Name soll ungenannt bleiben.

Später erklärte die Familie, dass die Polizisten ihnen mit dem Tode gedroht haben, sollten sie hierüber berichten. Nachbarn der Familie sagten aus, dass die Polizisten vorschriftswidrig ohne ihre zur Identifizierung nötigen Dienstmarken in das Haus eingedrungen seien. Jedoch schrieben die Anwohner als Beweis für deren Identität das Kennzeichen des Polizeiwagens auf. Sie berichteten ebenso, dass die Polizisten sie beim Verlassen des Hauses bedroht haben. Die Familie, welche jegliche Verbindung zu kriminellen Machenschaften abstritt, glaubte, dass dies alles aus Rache an ihrem Sohn Paulo geschehen war. Dieser hatte nämlich von einem Nachbarn 40 R\$ (etwa 24 US\$, bzw. 24,4 SFr oder 15,2 Euro)³⁵ zurückgefordert, die er diesem geliehen hatte. Lokalen Presseberichten zufolge, wehrte der diensthabende Polizeioffizier des dortigen Militärpolizeibataillons diese Anschuldigungen ab. Er sagte, die Polizisten seien aufgrund eines offiziellen Einsatzes dort gewesen, gab jedoch zu, dass es ein Fehler gegen die Dienstvorschriften gewesen sei, dass die Verdächtigen nicht zur Polizeiwache gebracht worden seien, um dort vernommen zu werden. Er sagte zu, dass diesbezüglich eine Untersuchung eingeleitet werde. Bis zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts ist eine solche polizeiliche Untersuchung nicht abgeschlossen, obwohl gegen die 4 Polizisten wegen des Mordes an der Familie ermittelt wird. Rechtsanwälte und die Nichtregierungsorganisation, welche die Familie unterstützten, drückten gegenüber Amnesty International ihre Besorgnis über das Versagen der Dienstaufsicht aus, die noch keinen Sonderermittler zur Untersuchung des Falles benannt hat.

Die Frauen und die Polizei

Die Diskriminierung und Gewalt, welche die Politikstrategie zu sozial ausgeschlossenen Wohnvierteln in Brasilien charakterisiert, sind von Amnesty International unter vielen Gesichtspunkten genauestens analysiert worden.³⁶ Die Politikstrategie zu den *Favelas* besteht hauptsächlich daraus, das Verbrechen innerhalb dieser Wohnviertel einzugrenzen, deren einziger Kontakt zum Staat in einer oft brutalen und korrupten Polizeigewalt besteht. Die Anwesenheit der Polizei eskaliert in diesen Wohnvierteln regelmässig zu Schusswechseln der eindringenden Truppen mit den Kriminellen und terrorisiert so die Anwohner. Sie schafft es jedoch selten – wenn überhaupt – längerfristig anhaltenden Schutz und Frieden für die Anwohner dieser konfliktreichen Gebiete zu gewährleisten.

Frauen aus marginalisierten Wohnvierteln bezeichnen und beschreiben übereinstimmend die Polizei daher eher als bedrohende denn als beschützende Macht. Während Frauen meist nicht die Hauptzielscheibe von Polizei-Razzien sind, erfahren sie als Anwohner oftmals Diskriminierung und Missbrauch. Frauen werden häufig bedroht und angegriffen, wenn sie versuchen, männliche Angehörige zu beschützen. Frauen werden verbal und sogar sexuell von Polizeibeamten missbraucht. Sie werden in Kreuzfeuern und Schiessereien als Unbeteiligte verletzt und getötet, da kein ausreichender Schutz für die Zivilbevölkerung bei solchen Konflikten existiert.

Anwohner aus **Nordeste Amaralina** (Nordost-Amaralina) einer gewalttätigen Gegend in **Salvador** im Bundesstaat **Bahia**, sagten Amnesty International, dass Polizisten dort Frauen als „Nutten [vagabundas]“ bezeichnet. Sie erzählten, dass Polizisten eine schwangere Frau bei einer Polizei-Razzia verprügelte. In Salvador beschrieb eine Frau, welche grosse Angst sie hatte, als sie ihre jugendliche Tochter auf der Polizeiwache abholen musste, weil diese wegen eines Kampfes im Januar 2006 inhaftiert worden war. Die Polizisten auf der Wache sagten zu ihr:

„Você é vagabunda, senão não deixaria a sua filha nestas condições ... Você deve er uma puta para ter uma filha assim.“

„Du bist eine Nutte, sonst würdest du deine Tochter nicht in solchen Verhältnissen aufwachsen lassen ... Du musst eine Hure sein, wenn du eine Tochter wie diese hast.“

Amnesty International erhielt Kenntnis von vielen Berichten über Missbrauch und Einschüchterungen von Frauen bei gross angelegten Polizei-Razzien. Dies beinhaltet illegale Durchsuchungen (Leibesvisitationen) von Frauen, diskriminierende und abwertende Sprache

³⁵) Wechselkurse in Brasilien vom Do.17.Apr.2008: 1 Real = 0,6 US-Dollar = 0,61 Franken = 0,38 Euro, bzw. 1 US-Dollar = 1,68 Reais, bzw. 1 Franken = 1,64 Reais, bzw. 1 Euro = 2,66 Reais.

³⁶) Vergleiche hierzu die Berichte von Amnesty International:

„Brazil: They come in shooting – Policing socially excluded communities“ (ai-Index: [AMR 19/025/2005](#)), bzw.

„Brasilien: Sie kommen wild schiessend – Polizeitaktik in sozial ausgegrenzten Wohnvierteln“;

„Brazil: We have come to take your souls – The caveirão and policing in Rio de Janeiro“ (ai-Index: [AMR 19/007/2006](#)) bzw.

„Brasilien: Wir sind gekommen, eure Seelen zu holen – der Caveirão-Totenkopf-Panzerwagen und Politiktaktik in Rio de Janeiro“ und

„Brazil: From burning buses to caveirões – In search of human security“ (ai-Index: [AMR 19/010/2007](#)), bzw.

„Brasilien: Von brennenden Bussen zu den Caveirões-Totenkopf-Panzerwagen – die Suche nach menschlicher Sicherheit“.

gegenüber diesen, Zerstörung oder Diebstahl von Eigentum, sowie Einschüchterungen, insbesondere dann, wenn Frauen zum Schutz von Angehörigen einzugreifen versuchen.

In **Rio de Janeiro** lebten die Bewohner von des Wohnviertels **Vila Cruzeiro**³⁷ und den Gemeinden des Alemão-Komplexes [**Complexo do Alemão**] monatelang – von Ende 2006 bis Mitte 2007 – inmitten von anhaltenden gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Drogenhändlern. Die Politikstrategie in Rio de Janeiro ist weiterhin von gross angelegten Polizei-Razzien geprägt, bei denen schwer bewaffnete Polizeieinheiten in *Favelas* eindringen, die sich nach Beendigung der Razzia wieder völlig zurückziehen. Unter diesen Einsätze leiden besonders die Einwohner der *Favelas*. Das Leben aller Menschen – auch der Polizisten – werden hierdurch in grosse Gefahr gebracht. Schäden an der Infrastruktur und am Eigentum der Bewohner, sowie die Schliessung der Geschäfte und die sperrstundenähnlichen Bedingungen hindern die Menschen, einer geregelten Arbeit, der Schule oder einer Ausbildung nachzugehen. Die finanziellen und sozialen Auswirkungen halten noch lange nach der Razzia vor. Wird die Polizei abgezogen, übernehmen die Drogenbanden wieder die Kontrolle. Die tiefer liegenden sozialen Probleme der sozialen Ausgrenzung und der Kriminalität bleiben ungelöst und unangetastet, solange die Bewohner zwischen Wellen der Gewaltkriminalität und der Polizeigewalt hin- und hergeworfen werden.

Im Mai 2006 besuchten Delegierte von Amnesty International in Bahia einen Wohnkomplex neben einem offenen Abwasserkanal, wo viele Häuser halbfertig gebaut stehen blieben. Die Häuser waren extrem klein und boten nicht genug Platz für eine durchschnittliche Familie der Gemeinde. Die halbfertigen Häuser waren zu einem Treffpunkt für Drogenhändler geworden und ihre Wände waren mit Einschusslöchern durchsiebt. Amnesty International besuchte das Haus einer Frau, die auf einem informell besetzten Gelände wohnte, das sich neben dem Wohnkomplex entwickelt hatte. Die Frau zeigte den Amnesty-Leuten Kugeln, die durch die Sperrholzwände ihres Hauses geschossen waren und in ihrem Ofen landeten. Etliche Frauen vor Ort beschwerten sich über die Gewalt und Unsicherheit und den fehlenden Schutz, den ihre Häuser boten.



Ein „Fluss“ fliesst durch das Viertel „Terra Encantada [verzaubertes Land]“ in der Baixada Fluminense [Flussniederung] in Rio de Janeiro, 2005. Ein behelfsmässiges Abflussrohr leitet Abwässer ungeklärt in den Kanal - die meisten Häuser sind so armselig gebaut, dass sie in den Fluss zu stürzen drohen.

Viele der Anwohner, die im Mai 2007 mit Amnesty International sprachen, waren gezeichnet von psychischen Problemen, ausgelöst durch Stresssituationen. Frauen berichteten, wie sie als Nutten, Huren und Kriminelle beschimpft wurden. Verletzte und Tote durch „Querschläger-Kugeln [bala

³⁷ Die *Favela Vila Cruzeiro* [Kreuzer- / Kreuzzug-Kleinstadt] liegt im Stadtteil *Penha* [Felsen] von Rio de Janeiro-RJ am Abhang der *Serra da Misericórdia* [Gebirge des Erbarmens / der Barmherzigkeit] mit dem 185 m hohen *Morro de Caricó* [*Caricó*-Hügel] unweit der Fernverkehrsstrasse *Avenida Brasil*.

perdida]“³⁸ gehören in der *Favela* zum Alltag. Es scheint, dass wenig bis kein Aufwand von den staatlichen Behörden getätigt wird, um die Sicherheit der Anwohner während solcher Einsätze zu sichern. Zudem setzen sich diese nur wenig ein, um Fälle von Verletzungen bei diesen Schiessereien aufzuklären. Die willkürliche Verwendung von hochleistungsfähigen Waffen stellt eine immense Gefahr für das Leben von Kindern und Frauen dar. Anfang 2007 erklärte das Sekretariat für öffentliche Sicherheit gegenüber den Medien, dass der Landesregierung des Bundesstaates Rio de Janeiro keine offiziellen Zahlen bezüglich der bei Polizeirazzien von Querschläger-Kugeln Getöteten und Verletzten vorlägen. Trotzdem veröffentlichte das Institut der Öffentlichen Sicherheit als Teil des Staatssekretariates für Öffentliche Sicherheit – vergleichbar dem Landesinnenministerium – im Februar 2007 einen Bericht, wonach die Zahl der durch solche Querschläger-Kugeln im Bundesstaat Getöteten mit 19 und der Verletzten mit 205 für das Jahr 2006 angegeben wurde.³⁹

ai-Adam-id-11750



© Genna Naccache, 2005

Militärpolizisten beim Sturmangriff auf eine *Favela* in Rio de Janeiro. Ein Polizist trägt ein belgisches FAL-Schnellfeuerwaffe, dessen Geschosse mehrere Ziele hintereinander durchlöchern können – was in den beengten *Favelas* tödlich ist.

Im Oktober 2006 „besetzte“ die Militärpolizei zwei Wochen lang den „Alemão-Komplex [Complexo do Alemão]“⁴⁰, eine Ansammlung von *Favelas* im Norden von Rio de Janeiro. Sie verwendete dabei Panzerwagen und Helikopter. Während der Besetzung wurden auf Polizeibefehl einige dieser *Favelas* völlig von der Elektrizität- und Wasserversorgung abgeschnitten. Bewohner

beklagten sich über Bedrohungen, Einschüchterungen, Schläge und die Zerstörung von Eigentum. Als sich die Bewohner gegen Ende der Belagerung versammelten, um ein Ende der Gewalt zu verlangen, wurde eine 64-jährige Grossmutter, **Alice Bertock da Silva** durch eine Querschläger-Kugel während einer Schiesserei zwischen Polizisten und Drogenhändlern tödlich getroffen.

Alana Ezequiel wurde am Montag, den 5. März 2007 eine Woche vor ihrem 13. Geburtstag erschossen. Sie wurde von einer Streuschuss-Kugel bei einer Schiesserei zwischen Polizei und Drogenhändlern in der Gemeinde **Morro do Macaco**⁴¹ in Rio de Janeiro getroffen. Alana wollte ihre kleine Schwester in die Kinderkrippe [creche] bringen. Lokale Nichtregierungsorganisationen (NRO) prangerten diesbezüglich an, dass die Polizei ihre Razzien oft zu Tageszeiten durchführt, an denen Kinder zur Schule gehen oder von dort kommen, da sich gerade auch die Polizei durch die Anwesenheit der Kinder in grösserem Schutz wiegt.

Am Montag, den 15. Oktober 2007 wurde die 95-jährige **Florentina de Jesus** in das Getúlio-Vargas-Hospital gebracht, nachdem auch sie während einer Schiesserei zwischen der Polizei und den Drogenhändlern in der Gemeinde **Vila Cruzeiro** in Rio de Janeiro von einer Querschläger-Kugel am Bein getroffen worden war. Sie verstarb am folgenden Tag an einem Herz-Lungen-Versagen.

Die Strafverfolgung und die Anwendung von Gewalt und Schusswaffen

Einigen Polizeibeamten ist es durch die staatlichen Behörden generell erlaubt, Gewalt anzuwenden und insbesondere Schusswaffen zu tragen und zu verwenden. Die Vereinten Nationen (VN) haben hierzu Standards vorgegeben, wie Schusswaffen unter Vermeidung von grundlegenden Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden sollen. Dieser „Code of Conduct for Law Enforcement Officials [Verhaltensrichtlinien für Beamte mit Polizei-Befugnissen]“ wurde im

³⁸ „bala perdida“ heisst wörtlich „verlorene Kugel“ (englisch: „stray bullet“), gemeint sind Kugeln, die wild umher geschossen werden.

³⁹ Instituto de Segurança Pública [Institut für Öffentliche Sicherheit], „Relatório Temático – Bala Perdida [Themenbericht – verlorene Kugel / Querschläger-Kugel] / Streuschuss-Kugel“, Februar 2007, Seite 5.

⁴⁰ „Complexo do Alemão“ heisst wörtlich „Komplex des Deutschen“. Diese grosse Ansammlung von sozial ausgegrenzten Wohnvierteln, auch Elendsvierteln (*Favelas*) liegt im Stadtteil *Olaria* von Rio de Janeiro-RJ am Ausläufer der *Serra da Misericórdia* [Gebirge des Erbarmens / der Barmherzigkeit] unweit der Fernverkehrsstrasse *Avenida Brasil*. Dort liegen die *Favela Morro do Alemão* [Hügel des Deutschen], die *Favela Morro do Cariri* [Cariri-Hügel], die *Favela Tenente Pimentel* [Leutnant Pimentel], die *Favela Morro da Baiana* [Bahianerin-Hügel], die *Favela Joaquim de Queiros*, die *Favela Itararé*, die *Favela Nova Brasília* [Neu-Brasília] und die beiden Wohnviertel *Ramos* und *Morro do Alemão* [Hügel des Deutschen].

⁴¹ Das Wohnviertel **Morro do Macaco** [Makaken- oder Affen-Hügel] liegt am Abhang der *Serra do Engenho Novo* [Neue-Zuckermühle-Gebirge] an der Grenze der beiden Stadtbezirke *Sampaio* und *Engenho Novo* [Neumühl] von Rio de Janeiro-RJ.

Jahr 1979 verabschiedet und im Jahre 1990 die „Grundprinzipien für den Einsatz von Gewalt und Schusswaffen in der Strafverfolgung“.

Wenn der Einsatz von Gewalt und Schusswaffen unvermeidbar ist, müssen die Strafverfolgungsbeamte unter anderem Folgendes beachten:

„(a) Die Anwendung darf nur restriktiv eingesetzt werden und muss verhältnismässig sein in Bezug auf die Straftat und das strafrechtlich verfolgte Ziel;

(b) Eintretende Schäden und Verletzungen müssen auf ein Mindestmass beschränkt werden und der Lebensschutz muss oberstes Ziel sein;

(c) Es muss sichergestellt sein, dass erste Hilfe und medizinische Versorgung für jeden Verletzten und Betroffenen zum frühestmöglichen Zeitpunkt zur Verfügung steht.“⁴²

ai-Adam-id-21423

© Ricardo Moraes / AP / PA Photos, Mi.27.Juni 2007



Leute protestieren während einer der grossen Polizei-Razzien im „Favela-Komplex Alemão [Complexo do Alemão]“, Rio de Janeiro, Juni 2007.

Mindestens 19 Leute wurden während dieser Razzia von der Polizei erschossen.

Wenn die Polizei Mitglieder der Gemeinde verhaftet, folgen Frauen oft der Polizei in der Hoffnung, dass sie mit dieser „Beschattung“ die Polizei daran hindern, die Verhafteten zu erschiessen, bevor sie die Polizeiwache erreichen.

Frauen berichteten ebenso über Fälle von sexuellem Missbrauch durch Polizisten. Es ist schwierig, das wirkliche Ausmass dieser Missbrauchsfälle zu ermitteln, da viele solcher Fälle nie offiziell angezeigt werden und in noch weniger Fällen Ermittlungen aufgenommen werden.

Die Frauen in Haft

Frauen, die mit dem Strafrechtssystem in Kontakt kommen, erleben schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen seitens des Staates. Frauen machen nur einen geringen Anteil der Anzahl der Inhaftierten aus. Dies ist vielleicht einer der Gründe dafür, dass ihr Leid beständig übersehen wurde. Studien haben jedoch aufgedeckt, dass Erfahrungen von Frauen mit dem Strafrechtssystem von untragbaren, menschenunwürdigen Bedingungen und Diskriminierung geprägt sind, und dies insbesondere in den Gefängnissen.

⁴² Prinzip 5 der „Vereinte Nationen - Grundprinzipien über den Einsatz von Gewalt und Schusswaffen durch Beamte mit Polizeibefugnissen [United Nations - Basic Principles on the Use of Force and Firearms by Law Enforcement Officials]“.

Das Muster der Missbrauchsfälle an Frauen beinhaltet Folter, Misshandlungen und sexuellen Missbrauch ebenso wie das Einsperren unter grausamen, menschenunwürdigen Bedingungen. Zugleich gibt es verlässliche Berichte, wie die Rechte der Frauen auf ein Mindestmass an Zugang zur Gesundheitsversorgung verletzt werden. Der Staat hat es unterlassen, die speziellen Bedürfnisse der inhaftierten Frauen zu beachten und die Bedingungen zu untersuchen, unter denen diese inhaftiert sind. Ebenso wird den Frauen keine Möglichkeit gegeben, Misshandlungen gefahrlos anzeigen zu können. Nicht zuletzt aufgrund der Straflosigkeit der Menschenrechtsverletzer existiert eine solch hohe Anzahl von Menschenrechtsverletzungen an Frauen in Gefängnissen.

Im Februar 2007 legten mehrere Nichtregierungsorganisationen eine Petition bei der Interamerikanischen Menschenrechtskommission vor, welche detailliert beschreibt, welche Leiden Frauen im brasilianischen Haftsystem erleiden müssen. Nach Einreichung dieser Petition richtete die brasilianische Bundesregierung eine aus Regierungsvertretern und Bürgern bestehende Kommission ein, welche der Politik Empfehlungen geben soll, wie die Lage verbessert werden kann. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss des Bundes zum Gefängniswesen soll zudem zusätzlich die Misere analysieren, in der sich inhaftierte Frauen befinden.

Die 15-jährige **L.** wurde am Sonntag, den 21. Oktober 2007 in der Hafenstadt **Abaetetuba** bei Belém im Bundesstaat **Pará** von der Polizei festgenommen, da sie verdächtigt wurde, ein Mobiltelefon (Handy) gestohlen zu haben. Eine Polizeibeamtin sperrte sie in eine Zelle, in der zwischen 20 und 30 Männer inhaftiert waren. Sie wurde dort 24 Tage festgehalten. In dieser Zeit wurde sie 5-6 mal täglich vergewaltigt. Dem entkam sie nur dann, wenn die Männer offizielle Besuchszeiten mit ihren Ehefrauen hatten. Nach Berichten enthielten ihr die anderen Gefangenen selbst das Essen vor und verlangten als Gegenleistung für die Herausgabe des Essens sexuelle Dienste. Wehrte sie sich, wurde sie mit Zigaretten und Feuerzeugen misshandelt. Als einige Zelleninsassen sich bei den Polizisten beklagten und darum baten, das Mädchen aus der Zelle zu verlegen, schnitten ihr die Polizisten die Haare ab, um ihre Weiblichkeit möglichst zu vertuschen.

Während ihrer Haft wurde L. einer Richterin vorgeführt, der sie erklärte, dass sie minderjährig ist. Trotzdem wurde sie in diese Zelle zurückgebracht und dort rechtswidrig weiter eingesperrt. Zwei Staatsanwälte inspizierten die Polizeiwache, dennoch wurde L. nicht aus dieser Zelle herausgeholt. Ein Film, der einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Haftsystem vorgespielt wurde, zeigte Männer, die sich in einer Reihe aufstellten, um mit einer Person Geschlechtsverkehr zu haben, bei der es sich wohl um L. handelte. Zu keiner Zeit wurde die Familie L.'s von ihrer Inhaftierung informiert und dies obwohl aufgrund ihrer Minderjährigkeit die Behörden hierzu gesetzlich verpflichtet sind.

Schlussendlich wurde durch einen anonymen Hinweis an das örtliche Kinder- und Jugendamt die Öffentlichkeit von diesem erschreckenden Fall informiert. Als die Behörden in der Wache ankamen, war L. jedoch nicht mehr in dieser Zelle. Sie wurde später in einem Versteck im Hafen der Stadt Abaetetuba gefunden. Sie sagte, dass die Polizisten sie dorthin brachten und ihr damit drohten, sie zu töten, wenn sie die Gegend nicht verlassen würde. Sie wurde ausserhalb des Bundesstaates an einem unbekanntem Ort in Schutz genommen. Ihr Vater und ihre Mutter sagten anschliessend aus, dass sie bedroht worden seien, als er habe bestätigen sollen, dass seine Tochter 20 Jahre alt sei. Ebenso berichteten ihre Mutter, vier Schwestern und ein Schwager L.'s, dass Fahrzeuge ohne Kennzeichen nachts vor ihr Haus vorbeigefahren seien. Daraufhin wurde die gesamte Familie in ein Zeugenschutzprogramm aufgenommen.⁴³

Aufgrund der Berichte über die systematische Folter, die L. erleiden musste, besuchten Bundesabgeordnete [deputados federais] im Rahmen einer parlamentarischen Untersuchung der Haftbedingungen und die Bundesmensenrechtskommission den Bundesstaat Pará zusammen mit einer Kommission aus Vertretern der Landesregierung und der Zivilgesellschaft zur Untersuchung der Situation im Frauengefängniswesen dieses Bundesstaates. Diese unterschiedlichen Untersuchungsausschüsse berichteten sodann über eine erhebliche Fallzahl von Menschenrechtsverletzungen an Frauen sowie über grausame, unmenschliche und entwürdigende Zustände in den Haftanstalten. Während der Untersuchungen erklärte der oberste Leiter der Zivilpolizei des Bundesstaates gegenüber den Bundesabgeordneten, dass das Mädchen „geistig zurückgeblieben [debil mental]“ sein müsse. Denn hätte sie die Beamten davon informiert, dass sie minderjährig ist, so hätte sie auch in eine andere Haftanstalt verlegt werden können. Der Beamte wurde öffentlich von der Gouverneurin für diese Aussage schwer verurteilt und kurz darauf aus seinem Amt entlassen. In den darauffolgenden Tagen versprach die Landesregierung, dass eine

⁴³) Die Fall erregte in Brasilien einen landesweiten Medien-Rummel.

Untersuchungskommission jede Haftanstalt des Landes besuchen werde, um sicherzustellen, dass Frauen unter angemessenen Bedingungen inhaftiert seien. Amnesty International hat jedoch bislang keine Informationen darüber, ob solche Untersuchungen auch in anderen Bundesstaaten eingeleitet werden, denn auch dort wird von ähnlichen schlimmen Missständen berichtet.

Am Freitag, den 23. November 2007 bestätigte **Ana Júlia Carepa**, die Gouverneurin von Pará⁴⁴, dass die Haft von Frauen in Männerzellen ein allgemeines Problem darstellt. Sie erließ ein Dekret, das vorschreibt, dass Frauen von Männern getrennt inhaftiert sein sollten – eine Vorschrift, die bereits schon im brasilianischen Strafgesetzbuch klar festgelegt ist.

ai-Adam-id-11593

© Genna Naccache, 2005



Frauen im Talavera-Bruce-Gefängnis, Rio de Janeiro, 2005.

Im Mai 2006 besuchte Amnesty International das **Frauenstraflager [Colonia Penal Feminina]** in **Recife** im Bundesstaat **Pernambuco**. Die dort vorgefundenen Haftbedingungen und die fehlende medizinische Versorgung waren schockierend. In der Haftanstalt waren sowohl männliche als auch weibliche Militärpolizisten, was gegen brasilianisches Bundesgesetz verstößt. Die Verantwortlichen erklärten, dies sei nötig, um wegen eines Streiks ausgefallene Gefängniswärter zu ersetzen. Als Amnesty International den zuständigen Verantwortlichen berichtete, dass Inhaftierte körperlich misshandelt worden seien, erwiderten diese, dass solche Dinge vielleicht geschehen seien, jedoch keine Frau eine Anzeige vorangetrieben habe. Wachhabende Polizisten berichteten Amnesty International zudem, dass keine Nachforschungen zu von Folter oder Misshandlung angestellt wurden, als Frauen mit Verletzungen in die Haftanstalt eingeliefert wurden, obwohl diese Verletzungen nahe legten, dass die Frauen verprügelt worden seien.

Die Haftanstalt war schwer überbelegt und viele Frauen verfügten nicht einmal über eine Liege zum Schlafen. Einige waren gezwungen, in Duschkabinen zu nächtigen. Amnesty International entdeckte zudem **zwei Babys** in der Haftanstalt, von denen eines erst 13 Tage alt war. Insassinnen sagten Amnesty International, dass diese Babys sehr gefährdet seien, da sie nicht geimpft waren

⁴⁴) „Governadora, Governador [Gouverneurin, Gouverneur, englisch: Governor]“ eines brasilianischen Bundesstaates [estado] entspricht „Landeshauptfrau / Landeshauptmännin, Landeshauptmann“ eines österreichischen Bundeslandes, „Landammännin, Landammann“ eines Schweizer Kantons und „Ministerpräsidentin, Ministerpräsident“ eines deutschen Bundeslandes.

ai-Adam-id-11592



© Genna Naccache, 2005

„Negão [grosser Negerjunge]“: ein 6 Monate altes Kleinstkind einer Gefangenen. Viele Frauen kommen bereits schwanger ins Gefängnis. Die Babys werden dann durch Kaiserschnitt [Cesariana] an einem durch den Schwangerschaftsbeginn bestimmten Zeitpunkt geboren.

und Inhaftierte an Tuberkulose (TBC)⁴⁵, Hanta-Virus⁴⁶ und Hirnhautentzündung (Meningitis)⁴⁷ erkrankt seien. Zudem sei es nicht einmal möglich, solch essentiellen Dinge wie Windeln zu bekommen. Die Verantwortlichen behaupteten, dass den Säuglingen medizinische Hilfe nicht verweigert worden sei

und sie zudem keine Kenntnis von Tuberkulose- oder Meningitis-Fällen hätten. Ein bekannter Fall von Hanta-Virus sei behandelt worden. Des Weiteren wurde erklärt, dass mindestens 60 Frauen monatlich zur medizinischen Behandlung in ein Hospital gebracht würden. Unzweifelhaft musste jedoch festgestellt werden, dass die Säuglinge, welche in Zellen mit 5 bis 8 Frauen untergebracht waren, weder in ausreichenden hygienischen noch sicheren Bedingungen lebten.

Lokale Nichtregierungsorganisationen berichteten gegenüber Amnesty International, dass es zudem viele Übergriffe auch unter den Insassinnen gebe. Es war jedoch schwer, hierzu Bestätigungen durch Inhaftierte zu erhalten.

ai-Adam-id-11589



© Genna Naccache, 2005

Wäsche hängt im Innenhof des Talavera-Bruce-Gefängnisses in Rio de Janeiro, während drinnen die Alltagsroutine weitergeht.

Auch die weiblichen Gefängnisaufseherinnen leiden unter den schlechten Bedingungen in der Haftanstalt. Ihre Wohnquartiere verfügten über ähnlich schlechte sanitäre Einrichtungen wie die Haftzellen. Zudem klagen sie über die schlechten Arbeitsbedingungen, wie den niedrigen Lohn und die extrem anstrengende Arbeit und den mangelnden Schutz vor Gewaltübergriffen durch Gefangene.

Auch die Anzahl ausländischer Inhaftierter steigt an, weil die Drogenhändler oft Frauen als Drogenkuriere [„mulas“ „Maulesel“] benutzen – manchmal mit deren Einverständnis, aber manchmal auch unter Zwang. Die meisten dieser Frauen haben nach einer Inhaftierung geringe oder keinerlei finanzielle oder juristische noch familiäre Unterstützung.

ai-Adam-id-11594



© Genna Naccache, 2005

Die 28-jährige Claudia war im 6. Monat schwanger. Ironischerweise war es im Talavera-Bruce-Gefängnis, wo sich sie ihre Gottesoffenbarung erfuhr: „Dies ist der Ort, wo die Seelen gerettet werden - ich begegnete Gott in dieser Dunkelheit. [Este é o lugar onde as almas são salvas - eu encontrei Deus durante a escuridão]“.

Ein kürzlicher Bericht über das Gefängniswesen im Bundesstaat **São Paulo** schildert detailliert einen Fächer an Menschenrechtsverletzungen, die weibliche Häftlinge erleiden. Viele davon spiegeln die lange Erfahrung von

Amnesty International in der Arbeit zu Gefängnissen und insbesondere zu Frauengefängnissen.⁴⁸ Während viele dieser Menschenrechtsverletzungen von Männern und Frauen erlitten werden – so die Überfüllung der Gefängnisse, die mangelnde Hygiene und der mangelnde Zugang zur Justiz – so gibt es Felder, welche eine spezielle Auswirkung auf die Bedürfnisse und Rechte von Frauen haben.

Der Zugang zur Gesundheitsfürsorge ist fundamental, besonders für schwangere Frauen und Entbindende. Viele Frauen beklagen, dass es keine Vorsorgeuntersuchungen für Schwangere gab. Plätze in Kinderschlafzimmern, Zugang zu Kinderärzten und ärztliche Grundversorgung sind

⁴⁵ Tuberkulose (TBC) ist die weltweit verbreitetste bakterielle Erkrankung. TBC befällt vor allem die Atmungsorgane. TBC wird meist durch Tröpfchen-Infektion beim Ausatmen in engem Kontakt zu anderen Menschen übertragen.

⁴⁶ Der Hanta-Virus verursacht ein seltenes hämorrhagisches Fieber mit Starkblutungen (Hämorrhagie). Er wird zumeist durch Schmier-Infektion von Exkrementen von Ratten und Mäusen übertragen.

⁴⁷ Die Hirnhautentzündung (Meningitis) wird meist von Bakterien und teils von Viren verursacht. Auch die Rückenmarkshaut kann sich eitrig entzünden.

⁴⁸ Instituto Terra, Trabalho e Cidadania (ITTC) [Institut Land, Arbeit und Bürgerrecht] & Comissão Pastoral Carcerária (CPC) [Gefängnis-Pastoral-Kommission], „Direitos Humanos e Mulheres Encarceradas [Menschenrechte und inhaftierte Frauen]“, São Paulo. Siehe z.B. den Bericht von Amnesty International „Brazil: No one here sleeps safely – Human rights violations against detainees“ „Brasilien: Niemand hier schläft sicher – Menschenrechtsverletzungen an Häftlingen“, 74 Seiten, (AI-Index: [AMR 19/009/1999](https://www.refworld.org/docid/4a6d9d9d.html)).

begrenzt. Frauen sagten Amnesty International, wie sie in Handschellen während und nach der Arbeit gefesselt waren. Viele Frauen litten auch an ernststen psychologischen Problemen, zu denen sie wenig oder keine Behandlung erhielten.



© Genna Naccache, 2005

Religion verändert viel im Leben in einem brasilianischen Gefängnis. Täglich wird für die Gefangenen in der Gefängniskapelle ein Messe abgehalten, täglich von einer anderen Religionsgemeinde - meist von von evangelischen Gemeinden.

Unzählige Frauen sagten auch, dass sie während des Arrests, in der Untersuchungshaft vor der Verhandlung oder in den Strafhaftanstalten geschlagen und gefoltert wurden. Einige sagten, sie wurden durch die Wachen sexuell missbraucht.

Viele der Frauen sagten, dass in den Polizeiwachen oder in den Untersuchungshaftzentren männlichen Polizisten regelmässig unbegleitet in ihre Zellen kamen. Dies Praxis war in den Justizvollzugsanstalten weniger verbreitet.

Ein Bericht vom „Studienzentrum für Sicherheit und Bürgerrecht [Centro de Estudos de Segurança e Cidadania (CESeC)]“ aus dem Jahre 2002 über das Frauengefängniswesen im Bundesstaat Rio de Janeiro deckte ähnliche Verstösse auf. Der Bericht beleuchtet das extreme Ausmass an Gewalt, welche viele der Frauen schon vor ihrer Verhaftung erfahren. Rund 72% gaben an, dass sie bereits in ihrer Kindheit körperliche Gewalt erlitten; 74,6% berichteten über Gewalt in der Ehe und 57,1% sagten, dass sie als Kinder und in der Ehe Gewalt erfuhren. Ebenso sagten 31% der befragten Frauen, dass ihre Partner ermordet wurden.⁴⁹ Die meisten der Frauen waren afro-brasilianischer Abstammung, aus ärmlichen Verhältnissen, arbeiteten als Dienstmädchen oder als Verkäuferinnen. Fast die Hälfte nahm früher illegale Drogen ein oder konsumiert solche gegenwärtig.



© Genna Naccache, 2005

Eine Gefangene betrachtet ein Foto-Album aus der Zeit, in der sie frei war, und schwelgt in Erinnerungen.

Dieser Bericht befasst sich nicht detailliert mit den Menschenrechtsverletzungen an inhaftierten Frauen. Er fokussiert vielmehr die Verbindungen zwischen Gewalt in den urbanen Wohngebieten durch die Verbrecherbanden und durch die Polizei während der „Operationen für öffentliche Sicherheit“. Geschlechterspezifische Gewalt und Diskriminierung durch Verbrecherbanden und durch die Polizei leisten einen grossen Beitrag zur fortschreitenden

Kriminalisierung von Frauen. Einmal im Strafjustizwesen gefangen und unter der Aufsicht des Staates geraten, werden die Frauen doppelte Opfer, zum einen erleiden sie als Gefangene die Gewalt und Menschenrechtsverletzungen, wie sie alle Gefangenen erleiden, aber zum anderen werden ihre speziellen Bedürfnisse als Frauen weder geschützt noch beachtet.

Die Frauenpolizeiwachen

Die Frauenpolizeiwachen wurden eingerichtet, um Frauen eine sichere und angenehme Umgebung bieten zu können, in der sie Fälle von Gewalt anzeigen können. Die Polizeiwachen sollten mit spezialisierten Polizeibeamten besetzt werden, die effektive Schutz- und Präventivmassnahmen anbieten können sollten, um Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen. In der Realität ist man hinter diesen Anforderungen weit zurückgeblieben.

Die häufigste Beschwerde über Frauenpolizeiwachen ist, dass die dort arbeitenden Beamten selbst mit dem allerbesten Willen den Anforderungen nicht nachkommen können. Im Mai 2007 besuchte Amnesty International die 8.Frauenpolizeiwache [Delegacia da Mulher (DDM)] in der Metropole **São Paulo**. Diese Polizeiwache ist für ein Gebiet mit 3 Millionen Einwohnern zuständig. Unter den für diese eine Schicht zuständigen Beamten waren eine Kommissarin [delegada] und zwei Protokollschreiberinnen [escrivãs], sowie ein Psychologe und ein Rechtsanwalt, der privat angestellt war. Die Polizeiwache hatte nachts und am Wochenende nicht geöffnet, obwohl die Kommissarin zu Amnesty International sagte, dass Frauen gerade zu diesen Zeiten, wo ihre Männer und Kinder zuhause sind, selten von Gewalt berichteten.

⁴⁹) Barbara Soares, Musumesci & Ilgenfritz, Lara, „Prisioneiras: vida e violência atrás das grades [weibliche Gefangene: Leben und Gewalt hinter Gefängnisgittern]“, Garamond, Rio de Janeiro, Seiten 125-126.

Die zweithäufigste Beschwerde war die geringschätzige und beleidigende Behandlung derjenigen, die versuchen, von Missbrauchsfällen zu berichten. Amnesty International wurde mehrfach darüber informiert, dass Polizeibeamte, die in Frauenpolizeiwachen versetzt werden, dies als eine Bestrafung ansehen und sich häufig über die Versetzung ärgern.

ai-Adam-id-20157

© Marilda Campolino, 2000



Frauenhaftzentrum, 2000.

Ein kürzlicher Bericht über das Gefängniswesen in São Paulo schildert detailliert einen Fächer an Menschenrechtsverletzungen, die weibliche Häftlinge erleiden, darunter Überfüllung, schlechte Hygiene und Mangel an Gesundheitsversorgung.

Amnesty International besuchte auch Frauenpolizeiwachen in **Recife** (in Pernambuco), **Salvador** (in Bahia) und **Aracajú** (in Sergipe). Immer wieder wurde deutlich, dass diese Polizeiwachen mit der Vielzahl der Anfragen nicht zurecht kamen und dass infolgedessen die Aufmerksamkeit darunter litt, die sie den Frauen widmeten. Viele Frauen beschwerten sich bei Amnesty International, dass diese Polizeiwachen äusserst dünn gesät seien und dass die Zeit, die es in Anspruch nehmen würde, dorthin zu gelangen, sowie die Fahrtkosten viele Frauen davon abhielten, dort Hilfe zu suchen.

Die Frauen bemängelten, dass sie, dort einmal angelangt, oft lange warten mussten. Viele sagten, dass weibliche Polizeibeamte beleidigende und diskriminierende Bemerkungen machten, wenn sie ihre Berichte aufnahmen.

„Claro que ele te ameaça. Que que você quer se não abriu as pernas para ele durante um ano ?“

„Klar bedroht er dich. Was willst du denn, wenn du ihm deine Beine seit über einem Jahr nicht geöffnet hast ?“

Frau berichtet von Kommentaren von Polizisten, Salvador, Mai 2007

„Vagabunda ! A senhora não ta aqui de novo ! Você gosta de apanhar ? Você não tava usando mini-saia ?“

„Nutte ! Du bist nicht schon wieder hier ! Wirst du gern geschlagen ? Hattest du nicht einen Mini-Rock an ?“

Frau berichtet von Kommentaren von Polizisten, Porto Alegre, Mai 2007

„A delegada me disse: Se for prender todo homem que bate em mulher não vai ter mais espaço não.“

„Die Polizeikommissarin sagte zu mir: Wenn wir jeden Mann inhaftieren, der seine Frau schlägt, wird kein Platz mehr übrig bleiben.“

In São Paulo interviewte Frau, Mai 2007

Viele Frauen sagten, dass ihnen, nachdem sie ihren Fall in den Frauenpolizeiwachen vorgetragen hatten, gesagt wurde, sie sollten zu einem späteren Datum wiederkommen, manchmal etliche Monate später. Sie wurden auch dazu angewiesen, ihren Partnern zu sagen, sie sollten am selben Tag auf die Polizeiwache kommen. Infolgedessen entschieden viele, ihren Fall nicht weiter zu verfolgen.

Amnesty International sprach mit Polizeikommissarinnen in einer Reihe von Frauenpolizeiwachen und stellte fest, dass sich ihre Einstellungen von Bundesstaat zu Bundesstaat und zwischen den einzelnen Polizeikommissarinnen wesentlich unterschieden. Zum Beispiel sprach eine Polizeikommissarin während eines Besuchs einer Frauenpolizeiwache in São Paulo ein paar Monate nach der Annahme des „Maria da Penha“-Gesetzes ihr Bedauern darüber aus, wie das Gesetz sie an ihrer Arbeit hinderte. Sie sagte, dass das Arbeitspensum der Polizeiwache sich seit der Einführung des Gesetzes verdreifacht hatte, da es in jedem Fall von der Polizei verlangt, eine Strafanzeige aufzunehmen, wohingegen davor die Fälle vor einem kleinen Bezirksgericht abgehandelt werden konnten.

Ebenso beklagte sie sich darüber, nicht genug Beamte zu haben, um Schutzanweisungen und Haftbefehle durchzuführen, einen tätlich werdenden Partner aus einem Haus zu holen. Die Polizeikommissarin wies auch auf den chronischen Mangel an Frauenhäusern hin – ein Thema, das viele Male von Frauen angesprochen wurde, die von Amnesty International interviewt wurden. Vor allem sagte sie, wären viele Frauen abgeneigt, ihre Beschwerden im Rahmen eines Strafprozesses weiterzuverfolgen, weil sie Angst hatten, das würde ihre Familien zerstören und weil es schwieriger war, die Strafanzeigen zurückzuziehen. Infolgedessen ist die Zahl der Anzeigen deutlich, signifikant gesunken. Das ist ein strittiger Punkt, der in verschiedenen Kontexten überall im Land aufkam. Es schien, dass in manchen Fällen die Polizei die Konsequenzen einer solchen Strafanzeige dergestalt betonte, um die Frauen zu entmutigen.

Einige der von Amnesty International interviewten Polizeikommissare unternahmen offensichtlich aussergewöhnliche Anstrengungen angesichts unglaublicher Unterschiede. Eine Polizeikommissarin in der Stadt Salvador zum Beispiel wurde weithin von Repräsentanten der Frauenbewegung und der kommunalen Behörden⁵⁰ gelobt, mit denen sie eng zusammenarbeitete, um das Beste aus begrenzten Ressourcen zu machen und die den Frauen zugänglichen Dienstleistungen zu maximieren.

Die Schaffung von Frauenpolizeiwachen war ein wichtiger Sieg im Kampf um grössere Anerkennung dafür, dass Gewalt und andere Menschenrechtsverletzungen gegen Frauen spezielle Aufmerksamkeit und Schutz verdienen. Leider haben das Ausmass des Problems, die fortgesetzte Diskriminierung, der die Opfer ausgesetzt sind, und das tief verwurzelte Versagen des Staates, seine Pflichten bei der Bereitstellung eines grundlegenden und effektiven Schutzes von Frauen dazu geführt, dass Frauenpolizeiwachen weit davon entfernt sind, das zu bieten, was von ihnen erwartet wurde. Dennoch berichteten die meisten Frauen Amnesty International, dass sie von den Frauenpolizeiwachen wussten und eher dort einen Angriff melden würden als in einer normalen Polizeiwache. In jedem Fall muss eine Analyse darüber, wie Frauenpolizeiwachen effektiver gemacht werden können, so dass sie der enormen an sie gestellten Zahl an Anforderungen, gerecht werden können, in ein grösseres Reformpaket zur öffentlichen Sicherheit integriert werden.

Kapitel 5: Der Zugang zu staatlichen Dienstleistungen

Es ist gut dokumentiert worden, dass Bewohnern sozial ausgegrenzter Wohnviertel eine ganze Bandbreite an Staatsdiensten verweigert wird, was sie ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte beraubt. Obwohl das Fehlen eines Zugangs zu diesen Diensten weithin erkannt wird, gibt es wenig spezifische Untersuchungen, welche die Auswirkungen von Gewalt und Kriminalität auf diesen Prozess in den Blick nehmen.

Wieder und wieder berichteten Frauen Amnesty International von dem enormen Einfluss, den kriminelle und Polizeigewalt auf die Bereitstellung von zentralen Dienstleistungen ausübten. Während der fehlende Zugang zu Grunddiensten alle Einwohner betraf, schien es klare Vernachlässigungsmuster zu geben, die Frauen direkt betrafen oder sie einem grösseren Risiko an Gewalt, Armut und schlechter Gesundheit aussetzten. Das Versäumnis, bestimmte zentrale

⁵⁰) „o município [das Munizip, the municipality]“ entspricht einem „Landkreis“ oder einer „Kommune“ im deutschsprachigen Raum.

Dienstleistungen bereitzustellen, trug auch zur Entwicklung von Faktoren bei, die Gewalt und Kriminalität zulassen oder sogar stärken.

Der Zugang zur Gesundheitsversorgung

Die Probleme des Zugangs zu angemessener Gesundheitsversorgung in sozial ausgegrenzten Wohnvierteln sind vielfältig und komplex und viele können im Umfang dieses Berichts nicht dargestellt werden. Einige jedoch weisen eine direkte Verbindung zu Fragen der öffentlichen Sicherheit und der sozialen Ausgrenzung auf. So verfügen beispielsweise die meisten dieser Gemeinden nicht über effiziente oder effektive Gesundheitsdienste in ihrer Nähe und viele Menschen beschwerten sich, dass Mitarbeiter der Gesundheitsdienste aus Gründen der Angst oder wegen Vorurteilen abgeneigt waren, in die Wohnviertel zu kommen. Die Bewohner müssen oft beträchtliche Entfernungen zurücklegen, um zu einem Krankenhaus zu gelangen. Wenn sie dort ankommen, sind sie häufig einer diskriminierenden Behandlung ausgesetzt und müssen sich in der Nacht oder bei Tagesanbruch anstellen, um irgendeine Chance auf Behandlung zu haben. Zum Beispiel wurde Amnesty International in der Gemeinde **Colina do Prado** bei Porto Alegre im Bundesstaat Rio Grande do Sul von einer 80-jährigen Frau berichtet, die von 5 Uhr morgens an am Gesundheitszentrum anstehen musste, weil dort nur 10 Personen am Tag behandelt wurden.

ai-Adam-id-20349

© Bruno Domingos, Mi.27.Juni.2007



Anwohner helfen einer verletzten Frau während einer Polizei-Razzia gegen Drogenbanden im „Alemão-Komplex [Complexo do Alemão]“ in Rio de Janeiro, Juni 2007.

Die meisten ausgegrenzten Wohnvierteln haben keinen Zugang zu nahe gelegenen Gesundheitsdiensten und viele Leute beklagen, dass Mitarbeiter der Gesundheitsdienste aus Gründen der Angst oder wegen Vorurteilen abgeneigt waren, in die Wohnviertel zu kommen.

Während der Ausschluss von der Gesundheitsfürsorge alle Bewohner sozial ausgegrenzter Wohnviertel trifft, sind Frauen in besonderer Weise betroffen, oft verbunden mit den Auswirkungen krimineller Gewalt. Während es umfangreiche Daten zur Ausgrenzung marginalisierter und afro-brasilianischer Frauen vom Gesundheitswesen gibt, existiert unzweifelhaft ein Bedarf an weiteren Untersuchungen darüber, wie diese Ausgrenzung in Beziehung zum Einfluss der Gewalt in den Gemeinden steht und durch diese verschlimmert wird.

Frauen, die in Gegenden leben, die von Verbrecherbanden dominiert werden, und die physisch missbraucht oder vergewaltigt werden, haben grosse Schwierigkeiten, Zugang zu effektiven und

sicheren Gesundheitsdiensten zu bekommen. Die Angreifer, insbesondere, wenn sie Mitglied in Verbrecherbanden sind, bedrohen nicht nur die Frauen selbst, sondern auch die Mitarbeiter der Gesundheitszentren, Krankenschwestern und Ärzte, die versuchen, ihnen zu helfen. Die offensichtliche Konsequenz ist, dass weniger Gesundheitspersonal bereit ist, in Fälle verwickelt zu werden, bei denen Frauen von Verbrecherbandenmitgliedern missbraucht wurden.

In **Salvador** im Bundesstaat Bahia erfuhr Amnesty International von Frauen, welche die Arbeit der kommunalen Verwaltung zum Schutz von Frauen leiten, dass viele Berufstätige im Gesundheitsbereich berichteten, dass sie einen hohen Anteil an Fällen von Gewalt gegen Frauen und Kinder durch Drogenhändlern beobachteten. Die meisten hatten zu viel Angst, um sich dieser Fälle anzunehmen, insbesondere, da sich in vielen Gemeinden die Orte, an denen Drogen verkauft werden, in der Nähe von Gesundheitszentren befinden. In einem Fall musste eine Krankenschwester zu ihrer eigenen Sicherheit zurückgezogen werden, als sie versuchte, ein Kind zu beschützen, das von Drogenhändlern gejagt wurde, die es „zum Schweigen bringen“ wollten [„**queimar do arquivo**“, „**das Archiv verbrennen**“]. Eine andere Mitarbeiterin aus dem Gesundheitsbereich wurde gezwungen, die Gemeinde zu verlassen, wo sie versuchte, ein Drogenprojekt zu initiieren.

In Rio de Janeiro sind Frauen, die mit AIDS oder HIV leben, eine Zielscheibe der Drogenbanden. Einigen wurden die Köpfe rasiert, andere wurden vertrieben, verbannt. Amnesty International wurde berichtet, dass in manchen Gemeinden viele Frauen, am häufigsten die, welche mit Drogenhändlern Umgang pflegen, von den Kriminellen gezwungen werden, HIV-Tests zu machen. Diejenigen, bei denen der Virus festgestellt wird, werden ausnahmslos gezwungen, die Gemeinde zu verlassen und einige von ihnen erleiden gewalttätige Repressalien. In manchen Fällen, in denen Frauen oder Freundinnen von Drogenbandenmitgliedern HIV-positiv waren, wurden sie Berichten zufolge umgebracht. Mitglieder von „Criola“, einer Nichtregierungsorganisation (NRO) schwarzer Frauen, berichteten Amnesty International, wie das diejenigen, die in Kliniken arbeiteten, unter einem enormen Druck setzte, denn sie waren nicht sicher, ob sie die Testergebnisse herausgeben konnten, weil sie die Frauen damit einem schwerwiegenden Risiko aussetzten. Obwohl Angestellte im Gesundheitsbereich Mitgliedern von zivilgesellschaftlichen Organisationen von diesen Fällen berichtet hatten, hatten sie zu viel Angst, um die Polizei oder die staatlichen Behörden zu informieren, weil sie fürchteten, seitens der Mitglieder der Drogenbanden Repressalien zu erleiden.

Ein Bereich von grosser Besorgnis ist die fehlende Bereitstellung von angemessener vorgeburtlicher und Mütterfürsorge. Frauen in sozial ausgegrenzten Wohnvierteln und besonders solche mit afro-brasilianischer Abstammung sind mit Diskriminierung und extrem niedriger Bereitstellung von Dienstleistungen in diesen fundamentalen Bereichen der Gesundheitsfürsorge konfrontiert. Die Statistiken zu Müttersterblichkeit sind schockierend zu lesen. Eine Studie zur Gesundheitsfürsorge und ethnischen Zugehörigkeit zeigte, dass die Hauptgründe für Todesfälle unter der weissen Bevölkerung, in der Reihenfolge abnehmender Wichtigkeit, Krebs und Herzkrankheiten, Erkrankungen der Atemwege und des Nervensystems waren. Unter der schwarzen und ethnisch gemischten Bevölkerung waren die Hauptgründe für Todesfälle, in der Reihenfolge abnehmender Wichtigkeit, externe Gründe (einschliesslich Totschlag und Verkehrsunfälle), Infektionen, unbekannte Gründe und Schwangerschaft und Geburt.⁵¹ Hauptsächlich afro-brasilianische Frauen sterben infolge eines fehlenden Zugangs zu grundlegender Gesundheitsversorgung.

Der Mindestlohn in Brasilien beträgt 380 R\$ monatlich (etwa 228 US\$, bzw. 232 SFr oder 145 Euro) und wurde am Samstag, den 1. März 2008 auf 415 R\$ monatlich (etwa 252 US\$, bzw. 253 SFr oder 163 Euro) erhöht.⁵² Viele Arbeitergehälter werden im Vielfachen eines Mindestlohns berechnet. Diejenigen in extremer Armut leben von einem Bruchteil des Mindestlohns. (Es sind derzeit 7.200.000 Leute, also etwa 4% der Brasilianer, die weniger als 1 US\$, bzw. 1,02 SFr oder 0,63 Euro pro Tag verdienen.)

Im Jahre 2002 lagen die Müttersterblichkeitsraten bei ungefähr 73 Todesfällen auf 100.000 Lebendgeburten, was einer Gesamtzahl von 1.603 Todesfällen pro Jahr entspricht.⁵³ Von

⁵¹) Luís Eduardo **Batista**, Maria Mercedes Loureiro **Escuder**, Julio Cesar Rodrigues **Pereira**, „*The colour of death: causes of death according to race in the state of São Paulo 1999–2001 [Die Farbe des Todes: Todesursachen in Bezug auf die Rasse im Bundesstaat São Paulo 1999-2001]*“, Revista Saúde Pública [Zeitschrift öffentliche Gesundheit], Vol.38, Nr. 5, Okt.2004, Seite 630., Faculdade de Saúde Pública da Universidade de São Paulo [Fakultät der öffentlichen Gesundheit der Universität São Paulo (USP)].

⁵²) Wechselkurse in Brasilien vom Do.17.Apr.2008: 1 Real = 0,6 US-Dollar = 0,61 Franken = 0,38 Euro, bzw. 1 US-Dollar = 1,68 Reais, bzw. 1 Franken = 1,64 Reais, bzw. 1 Euro = 2,66 Reais.

⁵³) Alaerte Leandro **Martins**, „*Mortalidade materna de mulheres negras no Brasil [Sterblichkeit schwarzer Mütter in Brasilien]*“, Cadernos de Saude Pública [Hefte der Öffentlichen Gesundheit], Band 22, Nr.11, Rio de Janeiro, Nov.2006. Die „Weltgesundheitsorganisation [World Health Organization (**WHO**)]“, das „VN-Kinderhilfswerk [United Nations International Children's

diesen ereigneten sich 52,5% bei Frauen, die ein Einkommen zwischen dem Mindestlohn und dem vierfachen des Mindestlohns hatten.⁵⁴ In Brasilien sind dem Bundesgesundheitsministerium zufolge die vier Hauptgründe für Müttersterblichkeit der Bluthochdruck (Hypertonie), schwere Blutungen (Hämorrhagie), nachgeburtliche Infektionen und Abtreibungen,⁵⁵ häufig als ein Resultat von illegalen oder selbst vorgenommenen Abtreibungen.

ai-Adam-id-11599



© Genna Naccache, 2005

Einzug - eine neue Bewohnerin in der *Favela Nova Invasão* [neue Invasion] in Rio de Janeiro, 2005.

In schlecht isolierten Baracken möblieren ganze Familien ihr Heim oftmals nur mit einem Herd und einem Kühlschrank.

Aus dem ganzen Land erhielt Amnesty International Berichte, die deutlich machten, wie soziale und wirtschaftliche Ausgrenzung Frauen einem grösseren Risiko während der Schwangerschaft und Geburt aussetzt. Im Stadtbezirk **Sapopemba** im Osten von São Paulo hatte das am nächsten gelegene Krankenhaus nicht die notwendige Ausstattung, um

Kaiserschnitte durchzuführen, und die Frauen mussten in andere Krankenhäuser überführt werden; einige von ihnen starben den Berichten zufolge aus diesem Grund. Im Stadtbezirk **Jardim Ângela**⁵⁶ im Süden von São Paulo beschwerten sich Frauen über Transportschwierigkeiten, besonders, wenn sie von Krankenhäusern zurück nach Hause geschickt wurden, die behaupteten, sie hätten noch nicht geöffnet.

In **Salvador** im Bundesstaat Bahia wurde Amnesty International informiert, dass die Todeszahl unter Frauen aufgrund unsicherer Abtreibungen doppelt so hoch war wie im Rest Brasiliens und die höchste unter armen afro-brasilianischen Frauen. Man berichtete den Delegierten, dass in der Grossstadt **São Gonçalo**, östlich von Rio de Janeiro, die Mehrheit chirurgischer Eingriffe während der Schwangerschaft mit unsicheren Abtreibungen zusammenhing. Zusätzlich erzählte man Amnesty International, dass viele Ärzte sich weigern, Frauen zu behandeln, die eine Behandlung nach einer Abtreibung benötigen, was sie einer noch grösseren Gefahr aussetzt.

Eine Reihe von Fällen, auf die Amnesty International aufmerksam gemacht wurde, verdeutlichen den Einfluss, den Gewaltkriminalität auf den Zugang ausübt, den Frauen zu vorgeburtlicher Versorgung haben. Im Stadtbezirk **Jardim Ângela** blieben Ärzte kaum länger als ein Jahr auf ihrem Posten. Ärzte und Schwestern, die im lokalen Gesundheitszentrum arbeiteten, trugen kaum, wenn überhaupt, ihre Uniformen. Tatsächlich war die Angst, das Wohnviertel zu betreten, so gross, dass Frauen, die kurz vor der Entbindung standen, von Polizeibeamten der Gemeinde zum Krankenhaus gebracht wurden, weil es keine alternative Transportmöglichkeit gab. Dennoch gaben Frauen aus mehreren Gemeinden in Rio de Janeiro zu Protokoll, dass sie aufgehört hatten, die Polizei um Hilfe beim Transport von Frauen zum Krankenhaus zu bitten, weil Drogenbandenmitglieder begonnen hatten, jeden zu bedrohen, der im Gespräch mit der Polizei beobachtet wurde.

Ebenso beschwerte sich eine Zahl von Frauen, dass sie richtiggehend Probleme hatten, regelmässige vorgeburtliche Untersuchungen durchführen zu lassen. Einige dieser Probleme hatten mit Öffnungszeiten, Diskriminierung im System und der geringen Anzahl der Versorgungsangebote zu tun. Andere hingegen hingen unmittelbar mit der Gegenwart von Verbrecherbanden zusammen. In einigen Gemeinden in Rio de Janeiro war es Frauen nicht möglich, ein Gesundheitszentrum zu besuchen, weil es in einer angrenzenden Gemeinde lag, die von einer rivalisierenden Drogenbande kontrolliert wurde. Sie wären getötet worden, wenn man sie auf dem Weg dorthin gesehen hätte. Für viele war die einzige Alternative, quer durch die Stadt zu fahren, was sowohl sehr viel Geld, als auch sehr viel Zeit kostete. Manche Frauen sagten, dass sie um 4 Uhr früh aufstehen mussten, um den Weg auf sich zu nehmen und manchmal sich durch Schiessereien manövrieren mussten, bevor sie öffentliche Verkehrsmittel erreichten. Viele sagten, dass sie am Ende einfach aufgegeben hatten.

Emergency Fund ([UNICEF](#))“ und die „Welternährungsbehörde [United Nations Food Programme Authority ([UNFPA](#)) bzw. World Food Programme ([WFP](#))]“ schätzen, dass im Jahr in ganz Europa 1.700 Mütter starben, was einer Zahl von 24 Todesfällen pro 100.000 entspricht. (siehe: „*Maternal Mortality in 2000: estimates developed by WHO, UNICEF and UNFPA* [Müttersterblichkeit 2002: Schätzungen von WHO, UNICEF und UNFPA]“, [Genf, 2004](#).)

⁵⁴) Alaerte Leandro [Martins](#), „*Mortalidade materna de mulheres negras no Brasil* [Sterblichkeit schwarzer Mütter in Brasilien]“, Cadernos de Saude Pública [Hefte der Öffentlichen Gesundheit], [Band 22, Nr. 11](#), Rio de Janeiro, Nov.2006, ISSN 0102-311X.

⁵⁵) Abtreibung ist illegal, es sei denn, das Leben einer Mutter ist in Gefahr oder wenn die Schwangerschaft das Resultat einer Vergewaltigung ist. Amnesty International liegen keine neuen Informationen darüber vor, ob der Staat in diesen Situationen Abtreibung effektiv unterstützt oder ob er Fälle illegaler Abtreibung strafverfolgt.

⁵⁶) Der Stadtbezirk **Jardim Ângela** [Angela-Gartenstadt] weit im Südwesten der Metropole *São Paulo-SP* liegt am Stausee *Represa de Guarapiranga* und grenzt an den Landkreis *Itapeverica da Serra-SP*.

ai-Adam-id-11588



© Genna Naccache, 2005

Lucilia war eine typische Bewohnerin der *Favela Rocinha*. Sie kam als Jugendliche aus dem Nordosten - einer der ärmsten Regionen Brasiliens - in Rio de Janeiro an. Sie arbeitete hart und schaffte es, sich ein kleines Häuschen zu bauen.

Beinahe alle Frauen, die mit Amnesty International sprachen, litten an einer Art Trauma oder psychischer Krankheit; einige hatten ernste Störungen. Viele der Frauen – die meisten von ihnen mussten mit Überstunden klarkommen, schulterten die alleinige Verantwortung für mehrere Kinder und waren täglich mit Gewalt konfrontiert – nahmen irgendeine Art von Medikamenten. Wenige, wenn überhaupt, hatten Zugang zu adäquater, angemessener medizinischer oder psychologischer Hilfe und diejenigen, die Hilfe bekamen, erhielten sie ausnahmslos von sozialen Projekten, nicht vom Staat.

Das Recht auf Gesundheit

Die Verpflichtung der Staaten, das allgemeine Menschenrecht auf Gesundheit zu garantieren, wird in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEdMR)“ anerkannt.⁵⁷ Es ist auch in verschiedenen internationalen Menschenrechtsverträgen festgelegt, einschliesslich des „Internationalen Pakts über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte (IPWSKR)“, des „Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau“;⁵⁸ der „Kinderrechtskonvention“;⁵⁹ und des „Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung“.⁶⁰ Das Recht auf Gesundheit ist auch durch das „Zusatzprotokoll zur Amerikanischen Menschenrechtskonvention“ im Bereich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte („Protokoll von San Salvador“) geschützt.⁶¹

„Die Vertragsstaaten ... erkennen das Recht eines jeden auf das für ihn erreichbare Höchstmass an körperlicher und geistiger Gesundheit an.“

Artikel 12 des Internationalen Pakts über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte.

Dem „VN-Komitee für Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte“ zufolge sollte das Menschenrecht auf Gesundheit in dem Sinne verstanden werden, dass es nicht nur das Recht auf zeitnahe und angemessene Gesundheitsversorgung mit einschliesst, sondern auch grundlegende, für die Gesundheit bestimmende Faktoren.⁶² Mit anderen Worten umfasst das Recht auf Gesundheit das Recht, von einer ganzen Bandbreite an Einrichtungen, Gütern, Dienstleistungen und Bedingungen zu profitieren, die notwendig sind, um das erreichbare Höchstmass an Gesundheit zu erlangen. Ein weiterer wichtiger Aspekt dieses Rechtes ist dem Komitee zufolge die Teilhabe (Partizipation) der Bevölkerung an allen auf Gesundheit bezogenen Entscheidungen der Gesellschaft, auf nationaler wie internationaler Ebene.

Gemäss Artikel 2 des „Internationalen Pakts über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte (IPWSKR)“ sollte die vollständige Verwirklichung der durch den Pakt anerkannten Rechte (WSK-Rechte), einschliesslich des Rechts auf Gesundheit, stufenweise erfolgen. Dennoch hat das „VN-Komitee für Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte“ festgestellt, dass es Verpflichtungen gibt, welche die Vertragsstaaten des Pakts sofort erfüllen müssen. Zu diesen Verpflichtungen zählt auch die Garantie, dass die Rechte des Pakts „ohne Diskriminierung“ ausgeübt werden.⁶³

Dem Komitee zufolge „versagt ein Vertragsstaat augenscheinlich, seine im Pakt festgelegten Verpflichtungen zu erfüllen, wenn eine bedeutende Anzahl von Individuen keinen Zugang zu lebenswichtigen Nahrungsmitteln, lebenswichtiger Basisgesundheitsversorgung, grundlegender Unterkunft und Behausung oder den grundlegendsten Formen von Bildung hat.“⁶⁴

⁵⁷ Artikel 25 der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEdMR) [Universal Declaration of Human Rights (UDHR)]“.

⁵⁸ Artikel 12 der „Konvention zur Abschaffung aller Formen der Diskriminierung von Frauen [Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women (CEDAW)]“

⁵⁹ Artikel 24 der „Konvention über Kinder-Rechte [Convention on the Rights of the Child (CRC)]“.

⁶⁰ Artikel 5 der „Internationalen Konvention über die Abschaffung aller Formen von Rassischer Diskriminierung [Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination (CEAFRD)]“.

⁶¹ Artikel 10 des „Protokolls von San Salvador [Protocol of San Salvador]“, (CIDH-IACHR).

⁶² Siehe Vereinte Nationen Dokument E/C.12/2000/4 vom Fr.11.Aug.2000.

⁶³ Siehe Vereinte Nationen Dokument, „Die Natur der Verpflichtungen von Vertragsstaaten [The nature of States Parties' obligation]“ (Artikel 2, Abs.1 der Übereinkunft) vom Fr.14.Dez.1990. „Internationaler Pakt über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte (IPWSKR) [Convention on Economic, Social and Cultural Rights (CESCR)]“ Allgemeiner Kommentar 3.

⁶⁴ Siehe Vereinte Nationen Dokument HRI/GEN/1/Rev.7, Abs.10.

Die Kinderbetreuung und die Bildung

Der Mangel an Kinderbetreuung und Bildungsangeboten in sozial ausgegrenzten Wohnvierteln ist eine zusätzliche Quelle von Stress und Sorge für Frauen und setzt ihre Kinder einem erhöhten Risiko aus. Das Fehlen einer Kinderbetreuung war eine der Hauptbeschwerden der Frauen, die mit Amnesty International sprachen.

Viele Faktoren machen die Kinderbetreuung zu einem besonderen Thema in diesen Gemeinden. Die Familien sind meist gross und die Frauen müssen häufig lange an Orten arbeiten, die weit weg von ihrem Zuhause liegen. Viele arbeiten in unsicheren und schlecht bezahlten Jobs; eine grosse Anzahl sind Hausangestellte.

Eine kürzlich erschienene Studie des „Brasilianischen Instituts für Geographie und Statistik [Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística (IBGE)]“ fand heraus, dass in Familien, die vom Dreifachen des Mindestlohns leben, über 40% der unter dreijährigen Kinder in Kinderkrippen [creche] gingen, während in Familien mit einem Einkommen in Höhe des halben Mindestlohns dieser Anteil auf unter 10% fiel. In den reichsten Familien gingen über 95% der Kinder zwischen 4 und 6 Jahren in eine Kinderkrippe oder Schule, während diese Zahl in den ärmsten Familien auf etwas mehr als 68% fiel.⁶⁵

ai-Adam-id-11596



© Genna Naccache, 2005

Abenddämmerung in der *Favela Terra Encantada* [verzaubertes Land] in Rio de Janeiro, 2005.

Es ist nicht einfach, dort aufzuwachsen. Auf den wenigen vorhandenen Spielwiesen müssen Kinder zerbrochenem Glas, verbogenem Metall und Tümpeln ungeklärter Abwässer ausweichen.

Einige Frauen haben die Möglichkeit, die Kinder bei Familienmitgliedern oder Freunden zu lassen. Andere jedoch berichteten Amnesty International, dass sie gezwungen waren, ihre Kinder im Haus einzuschliessen, während sie weggingen. Es gab Berichte von Kindern, die nicht heraus konnten und durch Feuer im Haus getötet wurden. Andere treiben sich auf den Strassen herum, wo sie zur Beute von Drogenbanden werden, die nach neuen Mitgliedern suchen. Amnesty International wurde über Kinder informiert, die nicht älter als fünf Jahre waren und als „Botenjungen [aviãozinhos, kleine Flugzeuge]“ rekrutiert wurden, dem niedrigsten Rang in der Hierarchie der Drogenbanden. Diese kleinen Kinder sind es gewöhnt, kleine Botengänge zu erledigen, oft zum Preis eines Erfrischungsgetränks.

Einige Frauen sagten, dass sich Mütter manchmal entscheiden, im Drogenhandel zu arbeiten, weil es der einzige Weg ist, zuhause bleiben und auf die Kinder aufpassen zu können. In Sapopemba berichteten Frauengruppen und Menschenrechtsgruppen Amnesty International von ihrer Besorgnis, dass mehr Frauen gezwungen würden, sich dem Drogenhandel zuzuwenden, nachdem die Kommunalverwaltung entschieden hatte, den Zugang zu staatlichen Kinderkrippen auf Kinder unter drei Jahren zu beschränken. Vorher hatten Kinder die Möglichkeit, dort bis zum Alter von sechs Jahren hinzugehen. Kinder im Alter zwischen vier und sechs Jahren können Vorschuleinrichtungen besuchen, jedoch nur halbtags aufgrund der Knappheit der Plätze.

Das Recht auf Bildung im Völkerrecht

Das „Recht auf Bildung“ ist in vielen internationalen Menschenrechtsstandards festgelegt, einschliesslich der „Allgemeinen Menschenrechtserklärung (AEdMR)“, dem „Internationalen Pakt über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte (IPWSKR)“, der „Kinderrechtskonvention“, dem „Übereinkommen gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen“ und dem „Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau“.

Nach internationalen Menschenrechtsverträgen müssen Staaten freie und verbindliche (obligatorische) Grundschulbildung vorrangig fördern und den Zugang zu weiterführenden Schulen, Fachausbildung, Berufsausbildung und höherer Bildung erweitern. Der unterrichtete Stoff sollte mit menschenrechtlichen Prinzipien übereinstimmen. Das schliesst die Förderung von Vielfalt und Verständigung anstatt von Ausgrenzung und Vorurteil ein.

⁶⁵ Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística (IBGE) [Brasilianisches Institut für Geographie und Statistik], „*Sintese de Indicadores Sociais 2007* [Synthese der sozialen Indikatoren 2007]“, <http://www.ibge.gov.br/home/estatistica/populacao/condicaoodevida/indicadoresminores/sinteseindicisociais2007/default.stm> (eingesehen am Mo.12.Nov.2007).

Ausgedehnte Forschungen des VN-Kinderhilfswerks UNESCO haben gezeigt, dass viele Schulen in Brasilien extrem gewalttätige Plätze sind, wo das Leben von Schülern wie Lehrern in Gefahr sind. Anwohner erzählten Amnesty International, dass Schulen in der Nähe des *Favela*-Komplex Alemão in Rio de Janeiro einige Wochen lang im Juni und Juli aufgrund anhaltender bewaffneter Polizei-Razzien in dem Wohnviertel schliessen mussten. Im Oktober 2007 wurde der Nationale Berichterstatter für Bildung von Anwohnern und Vorsitzenden der Gemeinde darüber informiert, wie andauernde Gewaltausübung durch Kriminelle und Polizei die Lehrer davon abgehalten hatten, ihre Arbeit zu tun. Diese Gewalt hatte die Schliessung von Schulen und Kinderkrippen bewirkt, sowie die Verkürzung der Schultage und das Ansteigen unentschuldigter Fernbleibens von der Schule. Der Berichterstatter beschrieb die Situation als schockierend und sagte weiterhin, „Es nützt nichts, nur in öffentliche Sicherheit zu investieren und strukturelle Festungen zu schleifen, wenn vor Ort keine Schule, keine soziale Infrastruktur oder kein angemessenes Gesundheitszentrum eingerichtet wird. [Não adianta você só investir em segurança pública, desmantelar estruturas e não colocar no lugar uma escola, uma estrutura de assistência social e saúde adequadas.]”⁶⁶

Der Zugang zu Wohnraum

Die Kampagne für angemessenen Wohnraum in Brasilien ist ein fundamentaler Teil des Kampfes für menschliche Sicherheit. Das Versäumnis, einen adäquaten Mindeststandard für Wohnraum bereitzustellen, hat das Wachstum informeller Gemeinden gefördert. Der Staat war in diesen Gemeinden überwiegend nicht präsent, was mit der Zeit dazu geführt hat, dass sie unter die Kontrolle krimineller Gruppen gerieten.



468 Familien lebten über zwei Jahre lang in dem Prestes-Maia-Gebäude im Stadtzentrum von São Paulo-SP.

Aktive Organisationen, die sich für die Rechte Obdachloser und der Menschen einsetzen, die in solchen „informellen“ Siedlungen leben, haben viel getan, um diese Thematik öffentlich zu machen. Dennoch sind der Einfluss, den Gewalt auf die Wohnsituation hat, und insbesondere ihr Effekt auf Frauen bisher kein Thema. Viele der Probleme, die im Zusammenhang mit Wohnraum stehen, übersteigen den Umfang dieses Berichts. Trotzdem wurden in Diskussionen mit Gemeinden und Gruppen von Aktivisten, die sich für die Rechte Obdachloser einsetzen, klare Muster deutlich.

Im Mai 2007 besuchte Amnesty International das Prestes-Maia-Gebäude im Zentrum von



Roberta versucht für ihre Familie zu Mittag zu kochen im achten Stock des Prestes-Maia-Gebäudes in São Paulo, Mai 2007. Die Stromversorgung wurde ohne Vorwarnung in der Vornacht von Arbeitern der Stromgesellschaft gekappt, die von 10 Polizeiwagen begleitet wurden.

⁶⁶) „Guerra no Complexo do Alemão viola direito à escola [Der Krieg im Complexo do Alemão verletzt das Recht auf Schule]“, Notícias do Planalto [Nachrichten vom Planalto], Do.11.Okt.2007.

São Paulo. Das Hochhaus war von Mitgliedern der „Bewegung der Obdachlosen des Zentrums von São Paulo [Movimento Sem Teto do Centro (MSTC)]“ besetzt worden. Nach ausgedehnten nationalen und internationalen Kampagnen⁶⁷ hatte die Besetzung dazu geführt, dass allen Bewohnern neue Wohnungen überall in der Stadt versprochen wurden. Fast alle Vertreter der Obdachlosen-Bewegung (MSTC) waren Frauen. Sie beschrieben, dass die meisten der Bewegung angeschlossenen Familien von einer Frau geleitet werden. Das Fehlen angemessener Wohnmöglichkeiten setzt Familien, besonders die mit einer Frau als Haushaltsvorstand, einem erhöhten Risiko aus. Frauen selbst finden sich oft einem besonderen Risiko ausgesetzt und leben auf der Strasse, entweder, weil sie häuslicher Gewalt entflohen sind, oder wegen finanzieller Schwierigkeiten.

ai-Adam-id-21421

© Tatiana Cardeal, 2007



Ivaneti de Araújo, eine Koordinatorin der Obdachlosen-Bewegung [Movimento Sem Teto do Centro (MSTC)], spricht zu einer Menschenmenge, die das Prestes-Maia-Gebäude in São Paulo besetzt hält, 2007.

Viele Frauen erzählten Amnesty International, wie ihre Beteiligung bei der Obdachlosen-Bewegung (MSTC) sie gestärkt hat.

Nach nationalen und internationalen Kampagnen wurden alle Bewohner des Prestes-Maia-Gebäudes wieder angesiedelt.

Die Mitglieder der Obdachlosen-Bewegung (MSTC) beschrieben, wie die derzeitige Politik, die darin besteht, Familien, die leere Gebäude im Stadtzentrum besetzen, zwangsweise zu vertreiben, sie zurück auf die Strasse oder in *Favelas* trieb, wo sie dem Risiko von Gewalt und grösserer Ausgrenzung ausgesetzt waren. Es war klar, dass die Frauen in der Obdachlosen-Bewegung (MSTC) aufgeblüht waren und viele ihre ersten Erfahrungen mit politischer Aktion und Führung machten.

Es gibt dringenden Bedarf für sehr viel weitergehende Untersuchungen darüber, wie Menschen, die inmitten krimineller Gewalt leben, und insbesondere Frauen in diesen Gemeinden ihre Rechte auf grundlegende Dienstleistungen verweigert werden. Dennoch sind einige Muster klar. Dürrtige

⁶⁷ Siehe entsprechende Amnesty-Eilaktionen ([ua 035/2007](http://www.amnesty.de), ai-Index AMR 19/004/2007) und Folgeaktionen. (Die können auf <http://www.amnesty.de> nachgeschlagen werden.)

Gesundheitsdienste, begrenzte Kinderbetreuung, prekäre Wohnverhältnisse und bruchstückhafte Bildung verdammen Gemeinden zu weiterem Elend, sozialer Ausgrenzung und Gewaltkriminalität. Es ist von grundlegender essentieller Bedeutung, dass diejenigen, die für die Bereitstellung von Gesundheits-, Bildungs- und Wohnungsdienstleistungen zuständig sind, mit den für öffentliche Sicherheit verantwortlichen Behörden zusammenarbeiten, um integrative Strategien zu gestalten, die für die nachhaltige Sicherheit von Frauen und sozial ausgegrenzten Wohnvierteln sorgen.

Kapitel 6: Die gute Praxis und der Weg vorwärts

Während Frauen, die in sozial ausgegrenzten und von krimineller Gewalt dominierten Wohnvierteln leben, in ernster Gefahr bleiben, ist es wichtig, die erzielten Fortschritte beim Schutz anzuerkennen. Die Frauenbewegung im ganzen Land spielt eine vitale Rolle dabei, die Erfahrungen von Millionen Frauen auf die politische Tagesordnung (Agenda) zu setzen. Sie hat viele wichtige Ziele erreicht, sicherzustellen, dass Frauen Zugang zu Schutz und Justiz erlangen.

Die Frauenbewegung in Brasilien ist mannigfaltig, viel-facettig und dynamisch. Obwohl klar noch ein langer Weg zu gehen ist, haben die Frauenrechte ein höheres Profil als zuvor. Dies ist ein Vermächtnis der Hartnäckigkeit und Effektivität der Kampagnen-Jahre der Frauenbewegung und der Zivilgesellschaft.

Auf allen Ebenen haben Frauen an der vordersten Front im Kampf um Gerechtigkeit, gegen Diskriminierung und zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte gestanden. Für viele waren persönliche Umstände die Initialzündung und die treibende Kraft hinter dem selbstlosen, couragierten, aber weitgehend unbeachteten Ringen. Viele konzentrierten sich auf den Kampf, Gerechtigkeit für ihre Lieben zu erlangen, so sehr bis zum Ausblenden der Verletzungen ihrer eigenen Menschenrechte. Das grundlegende von „Viva Rio“ und der Universität von Coimbra (in Portugal) initiierte und vom „Studienzentrum für Sicherheit und Bürgerrecht [Centro de Estudos de Segurança e Cidadania (CESeC)]“ unterstützte Projekt ist besonders deswegen wichtig, weil es die Bedürfnisse der Frauen selber anspricht.

Ähnlich ist das vom Pernambuco-Frauenforum geleistete Werk vital für die Rahmgestaltung der Diskussion über die Gewalt gegen Frauen im öffentlichen Raum gewesen. Seine Kampagne erweckte das Bewusstsein über Hunderte von Morden an Frauen im Bundesstaat Pernambuco und öffnete ein neues Verständnis für das Antlitz der Gewalt gegen Frauen. Seine Anstrengungen haben erfolgreich zur Schaffung einer Politik zum Schutz der Frauen in dem Bundesstaat geführt.

Auf einer anderen Ebene war es die Interaktion zwischen Frauen in Gefahr und der Frauenbewegung und der Menschenrechtsbewegung, die eine völlig neue Form des Aktivismus und der Erstarkung entwickelt hat. In Porto Alegre im Bundesstaat Rio Grande do Sul hat die Frauen-Nichtregierungsorganisation „Themis“ Pionierarbeit geleistet bei den Projekten der „Volksanwältinnen [Promotoras Legais Populares (PLP)]“ und der „Jungen Bürgerrechts-Multiplikatoren [Jovem Multiplicadoras de Cidadania (JMC)]“, welche in einer Vielzahl von Bundesstaaten, vor allem durch die „Frauen-Union [União de Mulheres]“ in São Paulo entwickelt wurden.

Das Ziel dieser preisgekrönten Projekte war, ein Bewusstsein für die Frauenrechte bei Frauen aus sozial ausgegrenzten Wohnvierteln zu erwecken und das Verständnis zu vergrößern, wie diese Rechte zu verteidigen sind. Sie verhalfen auch dazu, die Frauen als „Bürgerrechts-Anwältinnen“ zu etablieren, ihnen zu erlauben, andere Frauen bei deren Ringen gegen ein System zu unterstützen, welches sie ausgrenzt und diskriminiert. Die Frauen bringen in ihre Gemeinden – lange als vom übrigen Stadtteil und den öffentlichen Strukturen abgeschnitten betrachtet – ein Verständnis, wie die staatlichen Dienste dazu gebracht werden können, zu ihrem Wohlergehen zu arbeiten. Viele Frauen beschrieben, wie – mit dem diskriminierenden und missbrauchenden Verhalten der öffentlichen Bediensteten konfrontiert – sie in der Lage waren, dies zu stoppen und die Herausforderung anzunehmen, in dem sie für sich in Anspruch nahmen, dass sie „Volksanwältinnen [Promotoras Legais Populares (PLP)]“ seien. Die Frauen drückten ein klares Gefühl für ihre grosse Leistung und ihren Stolz aus.

Eine ähnlich wichtige Leistung wurde von der nationalen Menschenrechtsorganisation „Globale Gerechtigkeit [Justiça Global]“ mit ihrer Arbeit mit Ehefrauen und Freundinnen von Häftlingen und später mit Frauen aus sozial ausgegrenzten Wohngebieten erbracht. Dieses Projekt wurde ursprünglich angesetzt, um das Menschenrechtstraining zu befördern, aber seitdem hat es zu einem Programm entwickelt, welches die Frauen zu stärken sucht und ihnen hilft, sich zu Aktivistinnen und Menschenrechtsverteidigerinnen in ihren Wohngebieten zu entwickeln. Es hat auch die Dokumentation und die Berichterstattung über Menschenrechtsverletzungen innerhalb dieser Wohngebiete erleichtert. Eines der erfolgreichsten Elemente dieses Projekts war die

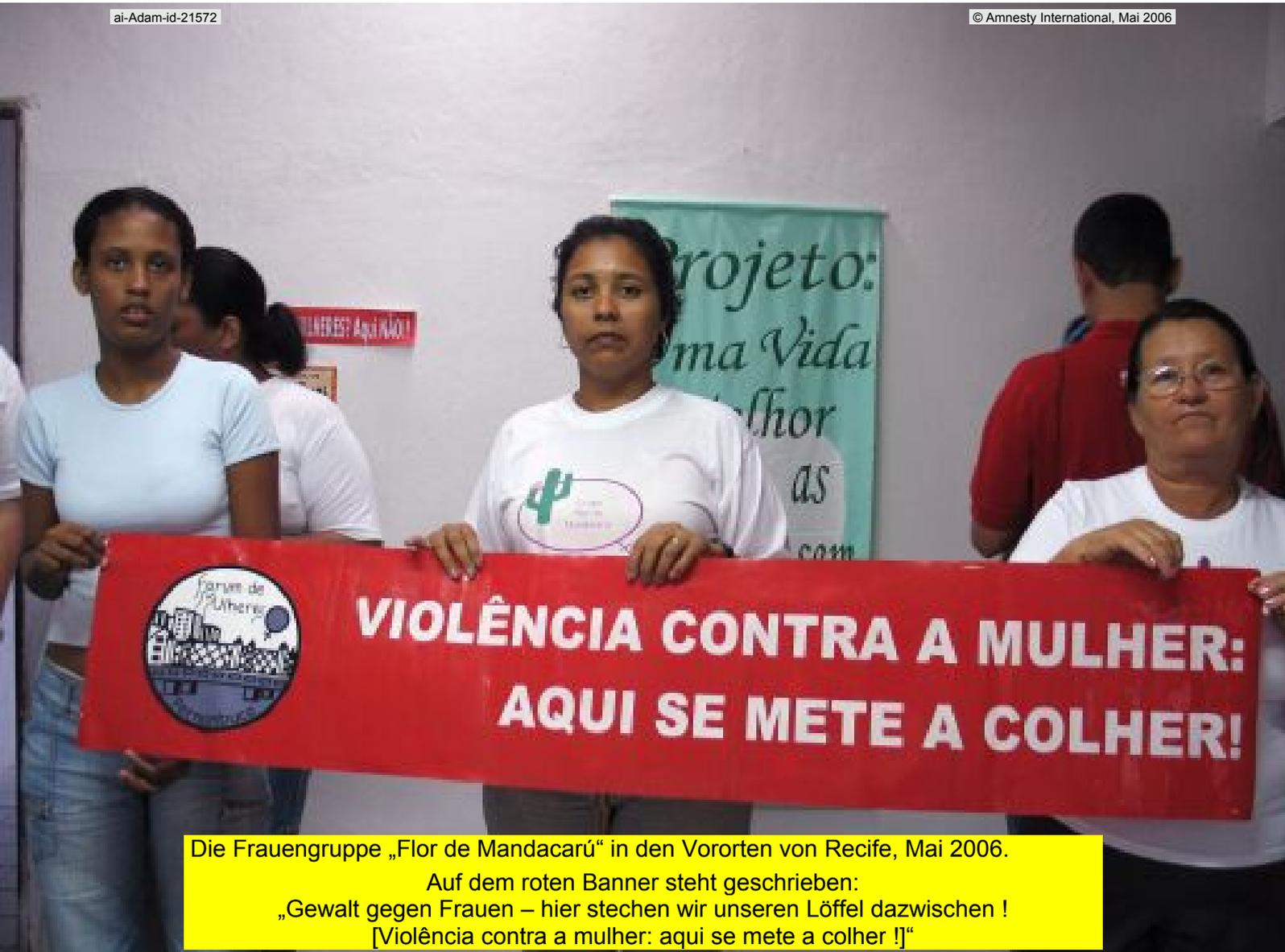
Einführung der Frauen in Arenen, von denen sie lange ausgeschlossen waren, so den Universitäten und der Rechtsanwaltskammer.

Amnesty International bezeugt viele solcher Initiativen. Viele waren klar erfolgreich. Jedoch illustrieren sie auch das Versagen des Staates, indem von der Zivilgesellschaft diese Projekte zur Beförderung der Rechte und der Verstärkung der Einbeziehung auf die Beine gestellt wurden. Der Staat bleibt weitgehend abwesend.

Nichtsdestotrotz haben diese und vorangegangene Regierungen richtungweisende Änderungen eingeführt, welche die Lage der Frauen verbessert haben. Der erste und breit anerkannte Fortschritt in Brasilien war die Einrichtung der Frauenpolizei, die ersten weltweit. Trotz einiger in diesem Bericht beleuchteter andauernden Probleme gibt es keinen Zweifel, dass deren Einrichtung einen Wendepunkt markiert. Sie signalisieren deutlich, dass der Staat eine Rolle beim Schutz der Frauen in ihren Häusern spielen muss. Es widerlegt das Argument, dass häusliche Gewalt eine Privatangelegenheit sei oder - wie ein brasilianisches Sprichwort besagt: „zwischen Mann und Frau darf kein Löffel gesteckt werden [entre homem e mulher não se mete colher]“.

ai-Adam-id-21572

© Amnesty International, Mai 2006



Die Frauengruppe „Flor de Mandacará“ in den Vororten von Recife, Mai 2006.

Auf dem roten Banner steht geschrieben:

„Gewalt gegen Frauen – hier stechen wir unseren Löffel dazwischen !

[Violência contra a mulher: aqui se mete a colher !]“

Es gab auch Fortschritte auf der politischen Ebene. Im Jahre 2003 schuf Präsident Luis Inácio (Lula) da Silva das erste Bundesfrauenministerium in seiner neu geformten Bundesregierung. Die Schaffung dieses Ministeriums auf Bundesebene war eine weitere und wichtige Anerkennung, dass die Probleme von Frauen eine wichtige Bedeutung für das Land und für seine politische Führung haben. Eine Zahl von Körperschaften ist seitdem auf kommunaler und bundesstaatlicher Ebene im ganzen Land geschaffen worden. Amnesty International traf einige derjenigen, die in der wachsenden Zahl von solchen Körperschaften bei der ausführenden Gewalt (Exekutive), gesetzgebenden Gewalt (Legislative) und rechtsprechenden Gewalt (Judikative) arbeiten.

Das National-Programm für öffentliche Sicherheit mit Bürgerrechten (PRONASCI)

Während der Abfassung dieses Berichtes hat die brasilianische Bundesregierung einen Plan verabschiedet, von dem sie annimmt, dass er die kombinierten Sozial- und Sicherheits- Bedürfnisse von elf urbanen Zentren aufgreift, welche auf extrem hohem Niveau an Verbrechen leiden. Es bleibt abzuwarten, ob die versprochenen Investitionen von 6,7 Milliarden R\$ (etwa 4,02 Milliarden US\$, bzw. 4,09 Milliarden SFr oder 2,55 Milliarden Euro)⁶⁸ mit einer Serie von verschiedenen Projekten das Morden schliesslich stoppen wird. Das „National-Programm für öffentliche Sicherheit mit Bürgerrechten [Programa Nacional de Segurança Pública com Cidadania (PRONASCI)]“ wird schliesslich die Anerkennung der Behörden signalisieren, dass etwas unternommen werden muss, um die Probleme anzugehen, welche Brasilien Generationen junger Leute kostet. Es ist weit davon entfernt, die Bedürfnisse der Frauen richtig würdigen. In einem kürzlichen Brief an den Bundesjustizminister haben eine Reihe von Frauengruppen und Menschenrechtsgruppen die Einbindung von Geschlecht (Gender) und Rasse in die Politikstrategien in den PRONASCI-Plan gefordert. Darunter war die Forderung, dass die Öffentliche Sicherheitspolitik gemeinsam von den Bundesministerien für Gesundheit, Bildung, Frauen, Menschenrechte und Rasse, sowie der Justiz entworfen werden sollte.⁶⁹

Im September 2007 wurde das „Maria da Penha“-Gesetz vom Kongress⁷⁰ angenommen. Das bemerkenswerteste Element dieses Gesetzes war, die Angelegenheit der häuslichen Gewalt aus den kleinen Schadensersatz-Gerichten herauszulösen, wo sie mehr zum Verdruss der Meisten aus der Frauenbewegung dahinwelkte. Jedoch beschränkt sich das „Maria da Penha“-Gesetz nicht auf die Kriminalisierung, die Strafverfolgung der häuslichen Gewalt. Vielmehr bietet es eine Unmenge von verschiedenen Massnahmen zum Schutz der Frauen in dem es die Verantwortlichkeiten der verschiedenen Behörden festlegt. Die Auswirkung des Gesetzes kann nicht überschätzt werden und an allen von Amnesty International besuchten Orten gab es Diskussionen, Seminare, Schulungskurse und andere Veranstaltungen zur Förderung des Gesetzes. Die von der Frauenbewegung und den meisten Offiziellen empfundene Aufregung über den potentiellen Nutzen des neuen Gesetzes war allenthalben greifbar.⁷¹

Das „Maria da Penha“-Gesetz.

Das neue Gesetz definiert rechtlich die familiäre und häusliche Gewalt gegen Frauen nicht nur als physisch-körperliche Attacken, sondern auch als psychologische, sexuelle und emotionale Gewalt, sowie als Eigentumsverletzung. Es führt einen integrierten Ansatz ein, welcher die Notfallhilfe und die Langzeithilfe für Frauen, die häusliche Gewalt erleiden, und Vorbeugemassnahmen, wie Öffentlichkeitskampagnen und die Erfassung und Analyse von Daten, sowie die Sorge zur Rehabilitation der Aggressoren umfasst.

Nach diesem Gesetz müssen die Fälle vor einen auf häusliche Gewalt spezialisierten Richter zur Strafverfolgung gebracht werden. Die beendet das alte System von Anhörungen in kleinen Schadensersatz-Gerichten, welche in der Bezahlung von Geldbussen oder Lebensmittel-Körben [cestas básicas] mündete. Die für Gewalt gegen weibliche Familienangehörige verantwortlichen Männer – egal, ob sie diese zuhause oder sonst wo begingen – müssen nun Arrest und Haft bis zu drei Jahren gewärtigen.

⁶⁸) Wechselkurse in Brasilien vom Do.17.April 2008: 1 Real = 0,6 US-Dollar = 0,61 Franken = 0,38 Euro, bzw. 1 US-Dollar = 1,68 Reais, bzw. 1 Franken = 1,64 Reais, bzw. 1 Euro = 2,66 Reais.

⁶⁹) Ministério da Saúde (MS) [Bundesministerium für Gesundheit], Ministério da Educação (MEC) [Bundesministerium für Bildung], Ministério da Justiça (MJ) [Bundesjustizministerium], Sonderstaatssekretariate [Secretarias Especiais] unterstehen direkt dem Staatspräsidenten [Presidente da República Federal (PRF)]: Secretaria Especial dos Direitos Humanos [Sonderstaatssekretariat der Menschenrechte], Secretaria Especial de Políticas para as Mulheres [Sonderstaatssekretariat der Politik für Frauen], Secretaria Especial de Políticas de Promoção de Igualdade Racial [Sonderstaatssekretariat der Politik zur Förderung der Rassengleichheit],

⁷⁰) Der brasilianische „Nationalkongress [Congresso Nacional]“ besteht aus zwei Kammern: dem Bundessenat [Senado Federal (SF)] und der Bundesabgeordnetenversammlung [Câmara dos Deputados Federais (CDF)].

⁷¹) Artigo 3: „Serão asseguradas às mulheres as condições para o exercício efetivo dos direitos à vida, à segurança, à saúde, à alimentação, à educação, à cultura, à moradia, ao acesso à justiça, ao esporte, ao lazer, ao trabalho, à cidadania, à liberdade, à dignidade, ao respeito e à convivência familiar e comunitária.“

Artikel 3: „Den Frauen werden Bedingungen garantiert zur effektiven Ausübung der Rechte auf Leben, auf Sicherheit, auf Gesundheit, auf Nahrung, auf Bildung, auf Kultur, auf Wohnung, auf Zugang zur Justiz, auf Sport, auf Freizeit, auf Arbeit, auf Bürgerschaft, auf Freiheit, auf Würde, auf Respekt und auf familiäres und gemeinschaftliches Zusammenleben.“

Das Gesetz zielt auf die Integration von Staatsanwaltschaft, Polizei und Gerichtsbarkeit beim Umgang mit häuslicher Gewalt. Es befördert auch die Ausdehnung der auf die Bedürfe der Frauen zugeschnittenen öffentlichen Dienste, wie die Sondergerichte, die Frauenpolizeiwachen, die Hilfszentren, die Gesundheitsdienste, die Schutzhäuser, die auf psychisch-seelische und physisch-körperliche Gesundheit und Rechtsberatung spezialisierten multidisziplinären Teams. Das Gesetz mandatiert Hilfsdienste für Frauen in Gefahr einschliesslich der Sicherstellung von Unterbringung in Frauenschutzhäusern oder als Langzeitmassnahme der Finanzhilfe durch Bundes- und bundesstaatliche Wohlfahrtsprogramme.

Das „Maria da Penha“-Gesetz legt die Verantwortlichkeiten und die Zuständigkeiten der staatlichen Organe bezüglich der häuslichen Gewalt fest. Innerhalb der ersten 48 Stunden nach einem Vorfall sind die Richter ermächtigt, dringende Schutzmassnahmen anzuordnen, so etwa die Wegweisung, Verbannung des Aggressors aus dem Hause, die Ausschluss-Anordnungen, die Vorbeugehaft (Präventivhaft) und die Aufhebung (Suspendierung) einer Schusswaffen-Erlaubnis für den Aggressor. Die Polizei muss einen Polizeibericht ausfüllen, Beweise einschliesslich medizinischer Befunde und Zeugenaussagen sichern und, wenn nötig, Schutz garantieren. Die Staatsanwaltschaft ist verantwortlich für die Überwachung der öffentlichen Dienste für die Frauen, die häusliche Gewalt erleiden, und muss administrative oder gerichtliche Massnahmen im Falle von Unregelmässigkeiten ergreifen.

ai-Adam-id-21573

© Amnesty International, Mai 2006



In Salvador protestieren Familienangehörige gegen das Versagen, die für die Morde an Kindern und Jugendlichen Verantwortlichen vor Gericht zu stellen.

Einige der bekannt gewordenen Morde wurde von Todesschwadronen ausgeführt.

Auf den Bannern und Plakaten steht geschrieben:

„Die Gewalt löscht schon zu viele Lächeln. Schluss damit !

[A violência já apagou sorrisos demais. Basta !]”,

„Wir verloren unsere Kinder. Unsere Hoffnung werden wir nicht verlieren !

[Perdemos nossas crianças, Não vamos perder a esperança]”,

„heimtückisch ermordet [Assassinado Covardemente]”,

„Wir wollen Gerechtigkeit [Queremos justiça]”, „Mütter im Kampf [Mães em luta]”.

Das Gesetz ist klar ein Sieg der Frauenbewegung. Jedoch ist es noch zu früh, einzuschätzen, wie effektiv es bei der Umsetzung (Implementierung) ist und was seine Wirkung (Impact) sein wird. Die Lücke zwischen Erwartungen und Umsetzung von einigen fortschrittlichen, progressiven Gesetzen

ist ein lang-anhaltender Grund für Enttäuschung in Brasilien. Angesichts der Bedürfnisse der Frauen, welche häusliche Gewalt erlitten haben, war ein Schlüsselanliegen einerseits der chronische Mangel an Ressourcen, Geldmitteln beim Investieren in die öffentlichen Körperschaften, das nötig ist, das Gesetz umzusetzen, und ebenso die mangelhafte Vorbereitung derjenigen, die in diesen Körperschaften arbeiten. Wegen ihrer begrenzten Ressourcen sind die Frauenpolizeiwachen von ihren Aufgaben überfordert. Richter erzählten Amnesty International in Porto Alegre von dem verzweiferten Bedürfnis nach speziellen Gerichtshöfen, um die Fälle zu verhandeln. Die vorsitzende Richterin des Frauen-Gerichtes⁷² in Porto Alegre im Bundesstaat Rio Grande do Sul, als eines der ersten nach dem Erlass des Gesetzes eingerichtet, sagte, dass sie zwischen Januar 2007 und Mai 2007 über 3.000 Fälle angehört hat. Sie konstatierte ebenso, dass sie oft mehrere Fälle gleichzeitig anhört, um die Gerichtsprozesse zu beschleunigen. Selbst bei solch begrenzten, limitierten Ressourcen anerkennen die Richterin und die Vertreterinnen der Frauenbewegung, dass wichtige Fortschritte gemacht wurden. In den meisten anderen von Amnesty International besuchten Bundesstaaten gibt es keine Frauengerichte.

ai-Adam-id-21575

ai-Adam-id-9769



© Silvia Izquierdo / AP / PA Photo, Di.8.Aug.2006

© Marianne Brittin, Feb.2006

Eine Frau trägt ihr Kind im Stadtteil Vidigal, Rio de Janeiro, August 2006.

Der Polizeipanzerwagen von Mercedes Benz im Hintergrund wird allgemein Caveirão [grosser Totenkopf, Big Skull] genannt, weil die Militärpolizei [Polícia Militar] in Rio de Janeiro solch ein Emblem zur Abschreckung der Leute darauf gemalt hat. Der Caveirão wird unterschiedslos zur Disziplinierung der Wohnviertel eingesetzt.

73

Viele Leute drückten ihre Besorgnis aus, dass das Gesetz sich auf die Kriminalisierung der Straftäter konzentriert und das mag auf die Berichterstattung über die Gewalt und die der häuslichen Gewalt angeklagten und in einem gewalttätigen und repressiven Gefängniswesen gefangenen Männer den Effekt haben, der die Häftlinge ausnahmslos noch gewalttätiger macht. Eine Landgerichtsrichterin [desembargadora] in Porto Alegre im Bundesstaat Rio Grande do Sul betonte, dass die Schutzmassnahmen viel wichtigere Elemente des Gesetzes sind als die Kriminalisierung der Straftäter. Klar muss noch viel Arbeit geleistet werden, um ein besseres Verständnis unter allen Beteiligten zu erzeugen, besonders den potentiellen Opfern, wie das Gesetz sie ernsthaft beschützen kann.

⁷²) Juizgado de Violência Doméstica e Familiar [Gericht zu häuslicher und familiärer Gewalt]

⁷³) Der Stadtteil **Vidigal** und die **Favela Vidigal** liegen am Atlantikküsten-Abhang des 533 m hohen *Pedra Dois Irmãos* [Zwei-Brüder-Felsen] unweit des feinen Badestrand-Stadteils *Leblon* von Rio de Janeiro-RJ.

Kapitel 7: Die Schlussfolgerung und die Empfehlungen

Dieser Bericht wird herausgegeben, um die Realität hinter den dramatischen Bildern und den schockierenden Statistiken des Blutzolls in den brasilianischen urbanen Zentren ans Licht zu zerren. Er hat versucht, jenseits Todes von Zehntausenden von jungen afro-brasilianischen Männer, welcher traditionell die zentrale Rolle in den Diskussionen über die urbane Gewalt einnimmt, auf die Frauen in den sozial ausgrenzten Gemeinden zu schauen.

Die Frauen in diesen Gemeinden sind die direkten Gewalt-Opfer und etliche sind zunehmend in der Welt der Verbrecherbanden gefangen. Jedoch noch mehr kämpfen damit, mit dem Verlust ihrer Familienangehörigen fertig zu werden, ihre Familien in einer mit Gefahren befrachteten Umwelt durchzubringen und sich selbst und ihre Kinder sowohl vor der Gewalt und Einschüchterung durch Verbrecherbanden als auch der durch die Polizei sicher zu bewahren.

Angesichts von oft heftiger wirtschaftlicher Not und Unsicherheit setzen die Frauen ihren Kampf für Gerechtigkeit, Sicherheit und Respekt fort. Es ist an der Zeit, dass diese Realität eingesehen wird. Wenn, wie die Regierungen wiederholt sagen, die Wurzeln der Gewalt im Zusammenbruch der Familien liegt, dann ist es an der Zeit, dass sie einsehen, wie ihre Fahrlässigkeit und ihr Versagen den Schutz zu garantieren, diesen Zerfallsprozess befördert hat.

Der PRONASCI-Plan (siehe Seite 44) mag ein Hinweis sein, dass die Behörden erkannt haben, dass etwas unternommen werden muss, um den Problemen zu entgegnen, die Brasilien Generationen von jungen Menschen kostet. Bislang werden die Bedürfnisse der Frauen bei Weitem noch nicht bedacht. In einem jüngsten Schreiben an den Bundesjustizminister fordert eine Vielzahl von Frauengruppen und Menschenrechtsgruppen die Einbeziehung von Politikmitteln zur Berücksichtigung von Geschlecht (Gender) und Rasse im PRONASCI-Plan. Darunter befand sich die Aufforderung, dass die Öffentliche Sicherheitspolitik gemeinsam von den Bundesministerien für Gesundheit, Bildung, Frauen, Menschenrechte und Rasse, sowie dem Bundesjustizministerium eronnen werden sollte.

Im Jahre 2005 forderte Amnesty International die brasilianischen Behörden des Bundes und der Bundesstaaten auf, einen Nationalen Aktionsplan zu schaffen, umzusetzen (implementieren) und zu überwachen, um die Gewaltkriminalität zu verringern und zu verhindern und das Hauptaugenmerk auf die Verhinderung der Morde zu richten.⁷⁴ Amnesty International meint, dass der effektive Schutz von Frauen und die Sicherstellung ihres Rechtes auf Sicherheit nur innerhalb einer breiteren Reform des öffentlichen Sicherheitssystems erzielt werden kann. Amnesty International ruft die brasilianischen Behörden weiterhin auf, einen vielschichtigen Ansatz zur Schaffung und Umsetzung (Implementierung) von jedweden Sicherheitsvorschlägen zu garantieren, unter Einschluss aller relevanten Ministerien und Staatssekretariate auf allen Ebenen. Die Verringerung der Gewaltkriminalität, speziell der Morde, muss ein zentrales Element dieser Vorschläge sein, was Folgendes einschliessen sollte:

- Die Einführung von auf Menschenrechten basierenden Politikmitteln;
- Die Verringerung des Einsatzes von tödlicher Gewalt durch die Polizei; und
- Die weitere Kontrolle der Verfügbarkeit von Gewehren.

⁷⁴) Diese sollten im Einklang stehen mit den Empfehlungen des „Welt-Berichtes über Gewalt und Gesundheit“ der „Weltgesundheitsorganisation [World Health Organization (WHO)]“, Genf 2002.

Mit diesem Bericht ruft Amnesty International die Behörden des Weiteren auf:

- Die Wechselseitigkeit von Gender- und Rassen-Angelegenheiten offen zu legen und angemessene Politikmittel und Projekte zur Behandlung dieser Erfordernisse zu schaffen.

Insbesondere anerkennt Amnesty International, dass, seit sie als Organisation diese Empfehlungen gegeben hat, die brasilianische Bundesregierung ihr „National-Programm für öffentliche Sicherheit mit Bürgerrechten (PRONASCI)“ gestartet hat und das „Maria da Penha“-Gesetz erlassen hat. Weiterhin fordert Amnesty International die Behörden des Bundes und der Bundesstaaten auf:

1. unabhängige und transparente Beobachtung der Umsetzung (Implementierung) der PRONASCI-Projekte abzusichern; dies sollte einschliessen: die Erfassung besserer Daten über Verbrechen und Gewalt und die Festlegung von klaren Zielen zur Verringerung (Reduktion) von Gewaltkriminalität, speziell von Mord;
2. die Botschaft öffentlich anerkennen und bestärken, dass Gender- und Rassen-Angelegenheiten ein wesentlicher, essentieller Teil der Umsetzung des Menschenrechtsfokus von PRONASCI sind;
3. die Sammlung von gender-spezifischen Daten zu verbessern, um zu garantieren, dass die angezielten Politikstrategien mit einem Gender-Fokus ausgestattet werden, dass die Mittel (Ressourcen) akkurat eingesetzt und dass die effektive Umsetzung der Politikmittel präzise und unabhängig gemessen und beobachtet werden können;
4. zu garantieren, dass auf der gesammelten Datenbasis die Bundesregierung, einschliesslich das Bundesfrauenministerium, das Bundesjustizministerium, das Sondersekretariat für Menschenrechte sowie die anderen relevanten Bundesministerien und die Mitgliedern der Zivilgesellschaft zusammen finden, um sicherzustellen, dass relevante gender-spezifische Projekte in die PRONASCI-Vorschläge eingebunden werden;
5. zu garantieren, dass ein Prozess zur unabhängigen Auswertung (Evaluierung) der Umsetzung der Gender-Auswirkungen in den PRONASCI-Vorschlägen und zur Identifizierung der Schlüsselbereiche von Frauen-Sicherheitsbedürfnissen in Gang gesetzt wird;
6. sofort in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft eine Überprüfung (Revision) der Lage der Frauen und Mädchen im Gefängniswesen zu starten, einen gezielten und zeitlich angebrachten Plan einzurichten, der alle deren spezifischen Bedürfnisse anspricht, speziell die Garantie ihrer Sicherheit vor Menschenrechtsverletzungen und sexuellem Missbrauch, und ihnen angemessenen Zugang zur Gesundheitsversorgung garantiert;
7. zu garantieren, dass ein Prozess zur unabhängigen Auswertung des „Maria da Penha“-Gesetzes eingeleitet wird, welcher die Mitglieder der Zivilgesellschaft einbindet; die Ergebnisse dessen sollten über die Zuweisung und die effektive Umsetzung der Mittel des Gesetzes informieren, um eine „angemessene Sorgfalt“ und einen „angemessenen Prozess“ zu garantieren;
8. öffentlich zu machen, welche Schritte zur Erfüllung, zur Umsetzung von Artikel 8 des „Maria da Penha“-Gesetzes unternommen wurden; dies setzt Bedingungen an die Erfüllungen von öffentlichen Sicherheitsstrategien, welche Rasse- und Geschlechter-Sichtweisen (Gender-Perspektiven), die Datensammlung und die Einbindung von Mitgliedern der Zivilgesellschaft als Teilnehmer und unabhängige Beobachter voll umfassen;
9. sicherzustellen, dass klare Zielvorgaben für die Bereitstellung von Diensten gesetzt werden, besonders für den Zugang zu Gesundheit, Kinderversorgung, Wohnraum und Bildung;
10. als Teil des National-Programms für Menschenrechtsverteidiger spezifische Drohungen und Menschenrechtsverletzungen zu identifizieren und anzusprechen, welche von weiblichen Menschenrechtsverteidigerinnen erlitten werden.

Die Mitmach-Aktionen

(Alle Angaben sind freiwillig und unterliegen den Datenschutzbestimmungen)

<p>Ob in brisanten Konfliktgebieten oder in vergessenen Ecken der Welt – AMNESTY INTERNATIONAL setzt sich für Gerechtigkeit und Freiheit aller Menschen ein und sucht die Öffentlichkeit zur Unterstützung beim Aufbau einer besseren Welt zu bewegen.</p> <p>Die Menschenrechtsarbeit von AMNESTY INTERNATIONAL wurde am Fr.26.Mai 1961 mit einem Zeitungsartikel des britischen Rechtsanwalts Peter Benenson im Londoner „Observer“ gegründet.</p> <p>Die Menschenrechtsarbeit von AMNESTY INTERNATIONAL wurde am So.10.Dez.1977 mit dem Friedensnobelpreis in Oslo in Norwegen geehrt.</p> <p>Besuchen Sie die angegebenen Internet-Seiten von AMNESTY INTERNATIONAL. Dort finden sich Informationen und Aktionen zu Menschenrechtsverletzungen (in fast allen Ländern) weltweit. Der „Jahresbericht“ von AMNESTY INTERNATIONAL ist als Taschenbuch überall im Buchhandel erhältlich.</p> <p>Bei den nationalen AMNESTY-Sekretariaten, den regionalen AMNESTY-Bezirksbüros und den lokalen AMNESTY-Gruppen sind viele Länder- und Themen-Berichte erhältlich.</p> <p><input type="checkbox"/> Ich suche Kontakt zum regionalen AMNESTY-Bezirksbüro. <input type="checkbox"/> Ich suche Kontakt zur lokalen AMNESTY-Gruppe. <input type="checkbox"/> Ich suche Kontakt zu AMNESTY-Koordinatoren: Land: _____, Thema: _____;</p>	<p><input type="checkbox"/> Ich möchte AMNESTY INTERNATIONAL helfen. <input type="checkbox"/> Ich bin an Informationen zur Mitgliedschaft interessiert. <input type="checkbox"/> Frau <input type="checkbox"/> Herr Alter: <input type="text"/> <input type="text"/> Jahre</p> <p>Nachname: _____ Vorname: _____ Adresse: _____ Strasse, Nr.: _____ Stadtteil: _____ Stadt: _____ Kanton / Bundesland: _____ <input type="checkbox"/> Deutschland <input type="checkbox"/> Österreich <input type="checkbox"/> Schweiz PLZ: D-<input type="text"/><input type="text"/><input type="text"/><input type="text"/> A-<input type="text"/><input type="text"/><input type="text"/> CH-<input type="text"/><input type="text"><input type="text"/> anderes Land: _____ Tel: 00<input type="text"/><input type="text"> (<input type="text"/><input type="text"/><input type="text"><input type="text"/>) <input type="text"/><input type="text"/> <input type="text"><input type="text"/> <input type="text"><input type="text"/> Cel: 00<input type="text"><input type="text"/> (<input type="text"><input type="text"/><input type="text"><input type="text"/>) <input type="text"/><input type="text"/> <input type="text"><input type="text"/> <input type="text"><input type="text"/> Fax: 00<input type="text"><input type="text"/> (<input type="text"><input type="text"/><input type="text"><input type="text"/>) <input type="text"/><input type="text"/> <input type="text"><input type="text"/> <input type="text"><input type="text"/> e-mail (priv.): _____@_____ e-mail (dstl.): _____@_____</input></input></input></input></input></input></input></input></input></input></input></input></input></input></input></p>
<p>Was können Sie machen ?</p> <p><input type="checkbox"/> Appell-Briefe zu dieser Brasilien-Kampagne schreiben, <input type="checkbox"/> Appell-Briefe zu Brasilien-Eilaktionen schreiben, <input type="checkbox"/> Appell-Briefe zu Eilaktionen zu anderen Ländern schreiben: Land: _____</p> <p>Seit Fr.13.März 1973 gibt es täglich neue Eilaktionen [urgent action (ua)] mit Appell-Brief-Vorschlägen. Die erste war zu Brasilien. Sie bestimmen selber, wie häufig Sie mitmachen wollen.</p> <p><input type="checkbox"/> Appell-Briefe zu bestimmten Themen schreiben: - zu Menschenrechtsverletzungen an: <input type="checkbox"/> Frauen, <input type="checkbox"/> Kindern & Jugendlichen, <input type="checkbox"/> Gewerkschaftern, <input type="checkbox"/> Indigenen (Ureinwohnern), <input type="checkbox"/> Schriftstellern & Journalisten, <input type="checkbox"/> Menschenrechtsverteidigern, <input type="checkbox"/> Ordensleuten & Priestern; - gegen: <input type="checkbox"/> Todesstrafe, <input type="checkbox"/> Folter, <input type="checkbox"/> politischer Mord & Morddrohung, <input type="checkbox"/> Verschwindenlassen, <input type="checkbox"/> politische Haft, <input type="checkbox"/> religiöse Haft, <input type="checkbox"/> Attentat, <input type="checkbox"/> Massaker, <input type="checkbox"/> Landkonflikt; - zu: <input type="checkbox"/> Militär & Polizei, <input type="checkbox"/> Wirtschaft & Menschenrechte, <input type="checkbox"/> Geschlechter-Identität; <input type="checkbox"/> in Berufsgruppen-Aktionsnetzen mitarbeiten: <input type="checkbox"/> Heilberufe, <input type="checkbox"/> Juristen, <input type="checkbox"/> Kirchen, <input type="checkbox"/> Polizei, <input type="checkbox"/> Jugendliche, <input type="checkbox"/> Studierende, <input type="checkbox"/> Medienberufe; <input type="checkbox"/> ehrenamtliche Übersetzungsdienste anbieten: in folgende Sprachen: _____ <input type="checkbox"/> Sonstiges: _____</p>	<p><input type="checkbox"/> Ich möchte an AMNESTY INTERNATIONAL spenden: Summe: _____ SFr (Franken), _____ € (Euro) <input type="checkbox"/> Ich überweise einmalig eine Spende, <input type="checkbox"/> Ich spende per Dauerauftrag (bis auf Widerruf) monatlich <input type="checkbox"/>, vierteljährlich <input type="checkbox"/>, halbjährlich <input type="checkbox"/>, jährlich <input type="checkbox"/> an: AMNESTY INTERNATIONAL, Deutschland: <input type="checkbox"/> KoNr. 80.90.100, BLZ 370.205.00, Bank für Sozialwirtschaft (BfS), Köln; AMNESTY INTERNATIONAL, Österreich: <input type="checkbox"/> KoNr. 10.300.000, BLZ 60.000, Postsparkasse (PSK); AMNESTY INTERNATIONAL, Schweiz: <input type="checkbox"/> KoNr. 30-3417-8, Postscheck Bern, <input type="checkbox"/> KoNr. 16.117.981.281, Berner Kantonalbank (BKB); <input type="checkbox"/> Ich erteile einen Abbuchungsauftrag (jederzeit kündbar): einmalig <input type="checkbox"/>, monatlich <input type="checkbox"/>, vierteljährlich <input type="checkbox"/>, halbjährlich <input type="checkbox"/>, jährlich <input type="checkbox"/>, bitte belasten Sie dazu mein: Visa <input type="checkbox"/>, Mastercard <input type="checkbox"/>, Bankkonto <input type="checkbox"/>, Bankleitzahl (BLZ): <input type="text"/><input type="text"/><input type="text"/><input type="text"/>.<input type="text"/><input type="text"/><input type="text"/><input type="text"/> Konto-Nummer (KoNr.): <input type="text"><input type="text"/><input type="text"/><input type="text"/>.<input type="text"><input type="text"/><input type="text"/><input type="text"/>.<input type="text"><input type="text"/><input type="text"/><input type="text"/> Geltungsdatum: bis: <input type="text"><input type="text"/>.<input type="text"/><input type="text"/>.20<input type="text"><input type="text"/> Ort: _____, Datum: <input type="text"><input type="text"/>.<input type="text"/><input type="text"/>.20<input type="text"><input type="text"/> Unterschrift: _____; AMNESTY INTERNATIONAL ist als gemeinnützig anerkannt und stellt für Spenden eine steuerabzugfähige Spenden-Quittung aus. <input type="checkbox"> Ich möchte AMNESTY als Förderer unterstützen. <input type="checkbox"/> Ich möchte AMNESTY mit einem Vermächtnis unterstützen.</input></input></input></input></input></input></input></input></p>
<p>Machen Sie mit bei AMNESTY INTERNATIONAL und werden Sie Teil einer weltweiten Bewegung zur Abschaffung von schweren Menschenrechtsverletzungen. Helfen Sie uns beim Verändern.</p> <p>Geben Sie bitte eine Spende zur Unterstützung der Arbeit von AMNESTY INTERNATIONAL.</p> <p>Aktivisten rund um die Welt haben gezeigt, dass es möglich ist, sich den gefährlichen Kräften zu widersetzen, welche die Menschenrechte untergraben. Seien Sie Teil dieser Bewegung.</p> <p>Bekämpfen Sie jene, die Furcht und Hass säen. Treten Sie AMNESTY INTERNATIONAL bei.</p> <p>Zusammen können wir unsere Stimmen hörbar machen. Geben wir gemeinsam unsere Stimmen den Opfern von Menschenrechtsverletzungen.</p> <div data-bbox="140 1915 550 2060" style="text-align: center;">  </div>	<p>Bitte senden Sie diesen Abschnitt an das Büro von Amnesty International in Ihrem Land:</p> <p>AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V. D-53.108 Bonn, NW Fax 0049 (228) 630 036, i: http://www.amnesty.de Tel 0049 (228) 420248-0, e: info@amnesty.de</p> <p>AMNESTY INTERNATIONAL, Österreichische Sektion Moeringgasse 10, A-1150 Wien Fax 0043 (1) 78008-44, i: http://www.amnesty.at Tel 0043 (1) 78008-0, e: info@amnesty.at</p> <p>AMNESTY INTERNATIONAL, Schweizer Sektion Speichergasse 33, CH-3011 Bern Fax 0041 (31) 30722-33, i: http://www.amnesty.ch Tel 0041 (31) 30722-0, e: info@amnesty.ch</p> <p>Wenn es in Ihrem Land kein Büro von Amnesty International gibt, senden Sie bitte diesen Abschnitt an:</p> <p>AMNESTY INTERNATIONAL International Secretariat (IS) Peter Benenson House, 1 Easton Street, Clerkenwell London WC1X 0DW, England, United Kingdom Fax 0044 (20) 7956 1157, i: http://www.amnesty.org Tel 0044 (20) 7413 5500, e: amnestyis@amnesty.org</p>

Die Geographie und die Statistik



Die kleine Weltkarte zeigt die Länder (Brasilien, Deutschland, Österreich und Schweiz) flächentreu (in wahrer Grösse) an. Die grosse Karte zeigt die Pampa-Nachbarstaaten (Argentinien, Uruguay und Paraguay), die Anden-Nachbarstaaten (Chile, Bolivien, Peru, Ecuador, Kolumbien und Venezuela), die Karibik-Nachbarstaaten (Suriname, Guyana und Französisch-Guyana) mit deren Hauptstädten, den brasilianischen Bundesdistrikt (mit der Bundeshauptstadt Brasília), die 26 brasilianischen Bundesstaaten (mit ihren Landeshauptstädten), die grossen Flüsse und die wichtigsten brasilianischen Fernstrassen (BRs),

Brasilien (BR) ist mehr als doppelt so gross wie die Europäische Union (EU) und hat fast doppelt so viele Einwohner wie die drei deutschsprachigen Länder (D+A+CH) zusammen genommen.

Land	Fläche	Einwohner (2007)	Wohndichte	Hauptstadt	Einwohner (2006)
Brasilien (BR)	8.547.404 km ²	182.032.600 Ew.	21,5 Ew./km ²	Brasília-DF	2.043.200 Ew.
Europäische Union (EU)	4.210.824 km ²	484.893.500 Ew.	115,2 Ew./km ²	Brüssel	1.018.804 Ew.
Deutschland (D)	357.022 km ²	82.398.300 Ew.	230,8 Ew./km ²	Berlin	3.395.189 Ew.
Österreich (A)	83.845 km ²	8.188.200 Ew.	97,7 Ew./km ²	Wien	1.626.440 Ew.
Schweiz (CH)	41.285 km ²	7.367.800 Ew.	178,5 Ew./km ²	Bern-BE	122.178 Ew.

Der Bundesstaat Rio de Janeiro (RJ) ist grösser als die Schweiz (CH), der Bundesstaat Pernambuco (PE) ist grösser als Österreich (A), der Bundesstaat Bahia (BA) ist grösser als die drei deutschsprachigen Länder (D+A+CH) zusammen genommen.

Bundesstaat	Fläche	Einwohner (2007)	Wohndichte	Hauptstadt	Einwohner (2007)
Rio Grande do Sul (RS)	282.100 km ²	10.179.800 Ew.	36,1 Ew./km ²	Porto Alegre-RS	1.420.667 Ew.
São Paulo (SP)	248.800 km ²	36.966.500 Ew.	148,6 Ew./km ²	São Paulo-SP	10.886.578 Ew.
Rio de Janeiro (RJ)	43.900 km ²	14.367.200 Ew.	327,3 Ew./km ²	Rio de Janeiro-RJ	6.093.472 Ew.
Bahia (BA)	567.300 km ²	13.066.800 Ew.	23,0 Ew./km ²	Salvador-BA	2.892.625 Ew.
Sergipe (SE)	22.100 km ²	1.779.500 Ew.	80,5 Ew./km ²	Aracajú-SE	520.303 Ew.
Pernambuco (PE)	98.900 km ²	7.911.000 Ew.	80,0 Ew./km ²	Recife-PE	1.533.580 Ew.
Pará (PA)	1.253.200 km ²	6.188.700 Ew.	4,9 Ew./km ²	Belém-PA	1.280.000 Ew.

In der Stadt São Paulo-SP leben mehr Menschen als in Österreich (A) oder in der Schweiz (A). In den beiden Metropolen São Paulo-SP und Rio de Janeiro-RJ zusammen leben etwa so viele Menschen wie in Nordrhein-Westfalen (NW).

Stadtteil, Stadt	Einwohner (2004)	Stadt	Einwohner (2006)
Abaetetuba-PA	104.900 Ew.	Graz-ST	240.278 Ew.
Sapopemba-São Paulo-SP	286.900 Ew.	Zürich-ZU	347.517 Ew.
Jardim Ângela-São Paulo-SP	266.700 Ew.	Bonn-NW	312.818 Ew.
São Gonçalo-RJ	807.800 Ew.	Köln-NW	983.347 Ew.

Die beiden (vernachlässigten) Stadtteile von São Paulo sind so bevölkerungsreich wie hiesige Grossstädte.

statistische Daten laut:

„Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística (IBGE) [Brasilianisches Institut für Geographie und Statistik]“, „Fischer Weltalmanach“;

ai-Adam-id-7790

© Genna Naccache, Mai 2005

Drogenhändler sprengen Feuerwerkskörper in die Luft, um vor einer Invasion der Polizei zu warnen, als ein Hubschrauber mit schwer bewaffneter, schussbereiter Besatzung schon dicht über die *Favela* fliegt. Von Hubschraubern aus wird oft direkt in die Barackensiedlung gefeuert - was in solchen städtischen Zonen extrem gefährlich ist, da die dünnen Wände und Dächer der Behausungen leicht von den Kugeln durchschlagen werden. Rio de Janeiro, Mai 2005.

rückwärtiger Buchdeckel

Brasilien: Das Schweigen brechen - Leiden der Frauen unter urbaner Gewalt

Allein im Jahre 2006 sind in Brasilien 34.648 Menschen aufgrund von bewaffneter Gewalt ums Leben gekommen. Zunehmend werden Frauen ermordet. Aber stets sind sie Opfer solcher Gewalt, wenn ihre Familienangehörigen getötet werden.

In Brasilien engagieren sich Frauen schon lange an vorderster Front im Kampf um Gerechtigkeit. Jedoch wurde nur wenig Beachtung den Auswirkungen der Gewalt und des Kampfes um Gerechtigkeit auf die Frauen selber gewidmet. „Das Schweigen brechen“ richtet den Blick auf die meist verschwiegenen Geschichten der Frauen, die sich abmühen, ihr Leben zu leben und um Gerechtigkeit zu kämpfen angesichts der ständig erlittenen Gewalt seitens der Polizei und der Verbrecher.

Die Frauen, mit denen Amnesty International sprach, vermittelten eine klare Botschaft, was ihre Bedürfnisse sind: genuine Sicherheit; eine Polizeimacht, die sie und ihre Familien schützt; gleichen Zugang zur Justiz für alle ohne Ansehen ihrer sozialen Herkunft; Schutz so, dass sie ihren Einsatz zur Verteidigung der Menschenrechte fortsetzen können; und das Bedürfnis nach sozialer und wirtschaftlicher Unterstützung, wenn ein Familienangehöriger durch Gewalt seitens der Polizei oder seitens der Verbrecher verletzt oder getötet wird.

Die erstarkte Frauenbewegung hatte bereits Auswirkungen auf die bundesstaatliche Politik erreicht. Jedoch sind weitreichende und radikale Reformen vonnöten, um das Thema der Gewalt gegen Frauen in den Gemeinden anzugehen.

<p>http://www.amnesty.org http://www.amnesty.at http://www.amnesty.ch http://www.amnesty.de</p> <p>ai-Index: AMR 19/001/2008</p>	<p>ISBN 978-0-86210-432-0 (englisch) ISBN 978-3-____-____-__ (deutsch)</p>
<p>Stoppt die Gewalt gegen Frauen</p> <p>AMNESTY INTERNATIONAL</p> 	<p>Europäische Artikel-Nummer (EAN) Bar-Strich-Code Bar-Strich-Code-Nummer</p> 

Eine Papierdruck-Fassung (mit besserer Foto-Qualität) wird auf [Anfrage](#) gegen Kosten-Erstattung zugesandt.
Eine CD-Fassung (mit besserer Foto-Qualität) wird auf [Anfrage](#) gegen Kosten-Erstattung zugesandt.
Weiteres Material zu diesem Bericht wird auf [Anfrage](#) gegen Kosten-Erstattung zugesandt.